

Zeitschrift für Diskursforschung / Journal for Discourse Studies, 02/2014

Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Keller, Reiner, Werner Schneider, and Willy Viehöver, eds. 2014. "Zeitschrift für Diskursforschung / Journal for Discourse Studies, 02/2014." Weinheim: Beltz.
<https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/soziologie/zfd>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under the following conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publizieren>





Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Jens Soentgen**

Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den Risikodiskursen über Grüne Gentechnik und Mobilfunk

■ **Florian Elliker**

Nationale Identität und Staatsbürgerschaft.
Diskursive Identifikationen am Beispiel der schweizerischen Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«

■ **Jules Duchastel / Danielle Laberge**

Beyond the quantitative and qualitative cleavage:
Confluence of research operations in discourse analysis

■ **Constanze Spieß**

Sprachstrukturelle Ebenen, linguistische Methoden und Perspektiven der Diskurslinguistik



Karl-Werner Brand

Umweltsoziologie

Entwicklungslinien, Basiskonzepte und Erklärungsmodelle

Grundlagentexte Soziologie, 2014, 308 Seiten, broschiert
€ 24,95 (44-2609)

Der Band zeigt auf, welche Antworten die Soziologie auf die ökologische Herausforderung gibt, wie sich die Umweltsoziologie in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat und inwieweit die Umweltthematik zu einer Erweiterung soziologischer Analysekonzepte nötigt.



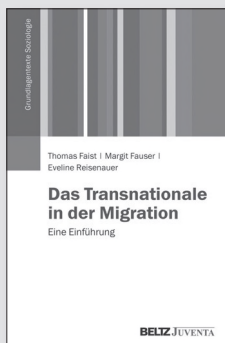
Barbara Rendtorff / Birgit Riegraf / Claudia Mahs (Hrsg.)

40 Jahre Feministische Debatten

Resümee und Ausblick

2014, 228 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-2931)

Entlang von vier ausgewählten Themenschwerpunkten unternimmt der Band eine Bestandsaufnahme der feministischen Debatten der letzten vierzig Jahre in Deutschland und fragt: Was ist aus den ehemals zentralen Themen und Ansätzen geworden? Sind sie im gesellschaftlichen Diskurs noch präsent? Und wenn sie es nicht sind, warum nicht? Und wenn sie es sind, wie haben sie sich verändert?



Thomas Faist / Margit Fauser / Eveline Reisenauer

Das Transnationale in der Migration

Eine Einführung

Grundlagentexte Soziologie, 2014, 216 Seiten, broschiert
€ 24,95 (44-2607)

Grenzübergreifende Verflechtungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Damit erscheint die transnationale Perspektive als zentrales Instrument zum Verständnis der gegenwärtigen sozialen Welt. Insbesondere für die Analyse internationaler Migration kann sie wichtige Erkenntnisse liefern. Dieses Buch bietet einen Überblick über die theoretischen und methodologischen Konzepte.

Inhaltsverzeichnis

Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider
Editorial 114

Themenbeiträge

Jens Soentgen
Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den
Risikodiskursen über Grüne Gentechnik und Mobilfunk 117

Florian Elliker
Nationale Identität und Staatsbürgerschaft.
Diskursive Identifikationen am Beispiel der schweizerischen
Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« 142

Jules Duchastel / Danielle Laberge
Beyond the quantitative and qualitative cleavage:
Confluence of research operations in discourse analysis 166

Constanze Spieß
Sprachstrukturelle Ebenen, linguistische Methoden und
Perspektiven der Diskurslinguistik 184

Rezension

Sebastian Friedrich
Matthias Kaufmann: Kein Recht auf Faulheit.
Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen. 204

Bericht zur internationalen Tagung

Janine Luth
»Risikodiskurse, Diskursrisiken: Europäische Perspektiven
auf den sprachlichen Umgang mit Technikrisiken«
vom 9. bis 11. September 2013 in Heidelberg 209

Reiner Keller, Rolf Parr
Publikationsreihen zur Diskursforschung im Überblick (Teil 1) 215

Obituary/Nachruf, Univ.-Prof. Dr. Herbert Gottweis 221

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

aus gegebenem Anlass möchten wir, bevor wir auf die thematischen Beiträge der vorliegenden Ausgabe zu sprechen kommen, kurz an das erste Symposium der Zeitschrift für Diskursforschung erinnern, dass am 28. März 2014 an der Universität Augsburg stattfand. Da sich die Zeitschrift für Diskursforschung als explizit interdisziplinäres und thematisch breit angelegtes Forum für *discourse studies* versteht, nahmen die Herausgeber das einjährige Bestehen der ZfD zum Anlass, um mit Vertreterinnen und Vertretern des wissenschaftlichen Beirates und weiteren Gästen über zukünftige Perspektiven der Zeitschrift sowie über Fragen der Inter- und Transdisziplinarität in der Diskursforschung zu diskutieren. Im Rahmen von anregenden Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurden bisherige Erträge sowie die Chancen und Grenzen inter- und transdisziplinärer Kooperationen im Feld der Diskursforschung beleuchtet. Trotz aller Differenzen im Detail bestand weitgehend Einigkeit in der Einschätzung, dass Diskursforschung als Forschungsprogramm und -perspektive jenseits akademisch-disziplinärer Grenzen inzwischen zum festen Bestandteil empirisch orientierter Analysen gehöre. Gleichwohl wurde im Laufe der Diskussionen auch deutlich, dass der Bedeutungsgehalt der Begriffe Interdisziplinarität sowie Transdisziplinarität nur schwer fassbar ist; nicht zuletzt daher gestalte sich eine disziplinübergreifende Zusammenarbeit oft schwierig. Letztlich waren sich die TeilnehmerInnen des Symposiums jedoch einig, dass die Zeitschrift für Diskursforschung aufgrund ihrer explizit interdisziplinären Ausrichtung ein wichtiges Forum biete, entsprechende Diskussionen zu fördern. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch auf die Notwendigkeit einer noch stärkeren internationalen Ausrichtung der Zeitschrift verwiesen. Zudem könne, so ein weiterer Hinweis, auch Kritik neue Motive für künftige interdisziplinäre Zusammenarbeit, aber auch für die Diskursforschung allgemein liefern, was für eine verstärkte Auseinandersetzung mit diskurskritischen Perspektiven, wie etwa dem *new materialism*, spreche. Diese Anregungen aufnehmend, hoffen wir, dass die ZfD auch künftig ein interdisziplinäres und kritikoffenes Forum für Diskursforschungen bieten wird. Wir möchten uns als Herausgeber an dieser Stelle nochmal bei allen TeilnehmerInnen des Symposiums für die angenehme und produktive Arbeitsatmosphäre bedanken.

Leider müssen wir an dieser Stelle noch eine traurige Nachricht vermelden. Ende März 2014 verstarb unser Kollege und Beiratsmitglied Prof. Dr. Herbert Gottweis. Herbert Gottweis unterstützte seit langem diskursorientierte sowie interpretative Ansätze der Politikwissenschaften (zuletzt etwa als Organisator des Jahreskongresses 2013 der Gesellschaft für Interpretative Policy Analysis in Wien) und setzte sie selbst auch in außerordentlich

eindrucksvoller Weise ein. Dies zeigt sich etwa in seiner Habilitationsschrift, der diskursbasierten Gen- und Biotechnologie-Studie über »Governing Molecules«. Sie gehört inzwischen zu den weltweit wegweisenden sozialwissenschaftlichen Arbeiten im Bereich der Life Sciences. Herbert Gottweis hatte vor einiger Zeit auf unsere Anfrage hin und trotz seiner schweren Krankheit eingewilligt, die Zeitschrift für Diskursforschung als Beirat zu unterstützen; wir hatten dazu noch zuletzt bei der erwähnten Wiener Konferenz im Juli 2013 über weitere Schritte der Etablierung gesprochen. Sein Tod ist ein großer Verlust nicht nur für seine Angehörigen sowie Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für die sozialwissenschaftliche Community der Diskursforschung bzw. der Forschungen zu den Life Sciences. Durch seine Ideen und Schriften wird er weiterwirken, und wir hoffen, dass auch diese Zeitschrift dazu in seinem Sinne beitragen kann. Am Ende dieser Ausgabe werden wir seine Arbeiten mit einem ausführlichen Nachruf würdigen.

Nun kommen wir zu den inhaltlichen Beiträgen dieses Heftes: Der Philosoph *Jens Soentgen* schlägt in seinem Beitrag zu Nichtwissenskulturen eine argumentationsbasierte Rekonstruktion der Risikodiskurse über Grüne Gentechnik und Mobilfunk in Deutschland vor. Soentgen stützt sich dabei insbesondere auf das durch Douglas Walton prominent gemachte Konzept des »argumentum ad ignorantiam« (Nichtwissensargument), um es für die Diskursforschung fruchtbar zu machen. Hierfür greift er auf empirisches Forschungsmaterial aus einem Nichtwissenskulturen vergleichenden Projekt über Grüne Gentechnik und Mobilfunk zurück. Der Autor verbindet Elemente der Argumentationstheorie, dabei den Fokus auf Nichtwissensproblematiken legend, mit dem Programm der Diskursforschung bzw. Science Studies auf gelungene und methodisch aufschlussreiche Weise.

In dem darauf folgenden Themenbeitrag geht der Soziologe *Florian Elliker* mit Bezug auf die Schweizer Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« der Frage nach, welche kollektiven Identifikationen und Mitgliedschaftsvorstellungen die diesbezügliche Debatte prägten. Im Zentrum des analysierten politischen und medialen Diskurses stehen Fragen der Einbürgerung und der Staatsbürgerschaft. Laut Ellikers Wissenssoziologischer Diskursanalyse strukturieren vier diskursive Deutungen die Debatte: (1) Demokratie als (absolute) Volksherrschaft, (2) Ausländer(massen), die nicht passen, (3) Demokratie in rechtsstaatlichem Rahmen und (4) integrierende Demokratie. Anhand dieses Interpretationsrepertoires zeigt der Autor schließlich auf, wie die medialen und politischen Diskurse die Schweiz als Nationalstaat, seine BürgerInnen sowie auch zugewanderte Personen imaginieren und charakterisieren.

Der Soziologe *Jules Duchastel* und die Soziologin *Danielle Laberge* plädieren in ihrem gemeinsamen Beitrag für eine stärker interdisziplinär orientierte Auffassung von Diskursanalyse und unterbreiten davon ausgehend den Vorschlag, die strikte Gegenüberstellung von qualitativen und quantitativen Ansätzen aufzugeben, nicht zuletzt angesichts der Vorteile, die »mixed methods« Perspektiven bieten würden. Sie gehen davon aus, dass sich diese unterschiedlichen empirischen Methoden keineswegs ausschließen, sondern sich auf gemeinsame Wissensmuster und Forschungsabläufe beziehen. Ungeachtet ihrer epistemologischen und methodologischen Differenzen repräsentieren Erklären und Verstehen, so Duchastel und Laberge, keine widersprüchlichen Zugangsweisen.

Vielmehr sind quantitative und qualitative Verfahren letztlich mit den gleichen Problemen konfrontiert: der Reduktion und Wiederherstellung von Komplexität.

Im letzten Themenbeitrag der vorliegenden Ausgabe stellt die Linguistin Constanze Spieß im Anschluss an Foucaults Diskurs- und Dispositivkonzept einerseits sowie der pragmalinguistischen Theoriebildung andererseits ein mehrdimensionales und multimodales Analysemodell vor. Diskurse werden in diesem sprachwissenschaftlich begründeten Modell als eine Ansammlung von Texten und Aussagen aufgefasst. Bei der Beschreibung von Diskursen werden verschiedene Dimensionen (Situationalität, Kontextualität, Funktionalität, Thematisierung) in den Blick genommen und miteinander in Beziehung gesetzt.

Schließlich setzt sich der Sozialwissenschaftler *Sebastian Friedrich* in einer längeren Buchrezension mit der von Matthias Kaufmann verfassten diskursanalytischen Studie »Kein Recht auf Faulheit« kritisch auseinander, die das Bild von Arbeitslosen in den öffentlichen Debatten der ersten Legislaturperiode der Regierung Gerhard Schröders von 1998 bis 2002 analysiert. Daran anschließend folgt ein Bericht der Sprachwissenschaftlerin *Jeanine Luth* zur internationalen Tagung »Risikodiskurse, Diskursrisiken: Europäische Perspektiven auf den sprachlichen Umgang mit Technikrisiken« des Internationalen Wissenschaftsforums der Universität Heidelberg (IWH) vom 9. bis zum 11. September 2013. Schließlich folgen Hinweise auf aktuelle und diskursanalytisch relevante Publikationsreihen. Das vorliegende Heft endet mit dem bereits angekündigten Nachruf auf Herbert Gottweis.

Wir wünschen Ihnen eine informationsreiche und angenehme Lektüre.
Willy Viehöver, Reiner Keller, Werner Schneider

Anschriften:

Prof. Dr. Willy Viehöver
Lehrstuhl für Soziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
wilhelm.viehoever@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Reiner Keller
Lehrstuhl für Soziologie
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Werner Schneider
Lehrstuhl für Soziologie/Sozialkunde
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg
werner.schneider@phil.uni-augsburg.de

Jens Soentgen

Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den Risikodiskursen über Grüne Gentechnik und Mobilfunk

Zusammenfassung: Der Aufsatz schlägt eine neue, argumentationsbasierte Rekonstruktion der Risikodiskurse über Grüne Gentechnik und Mobilfunk in Deutschland vor. Dabei wird das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel benutzt. Dieses Argument wurde in den letzten Jahren vielfach untersucht, insbesondere durch Douglas Walton; der erreichte Forschungsstand soll im Folgenden für die empirische Diskursforschung fruchtbar gemacht werden. Indem empirisches Forschungsmaterial aus einem Forschungsprojekt über Grüne Gentechnik und Mobilfunk herangezogen wird, zeige ich, dass der Diskurs in der Tat Argumentationslinien verfolgt, die auch theoretisch zu erwarten sind. Der Text versucht darzustellen, wie eine methodische Verbindung von Argumentationstheorie und Diskursforschung bzw. Science Studies gelingen kann.

Schlüsselworte: Nichtwissen, Mobilfunk, Grüne Gentechnik, Risiko, Argumentation, Diskursforschung, Rhetorik, Dialektik, Nichtwissensargumente

Summary: The paper suggests a new way of reconstructing the risk discourses on green gene technology and mobile telecommunications in Germany focussing on the arguments. Hereby, a special type of ignorance-based argumentation, i.e. the so called »argumentum ad ignorantiam«, is used as a key. This argument has been studied in detail in the recent years by several scholars, especially by Douglas Walton. The results of these theoretical studies are used to analyse the argumentation structure and the dynamics of the two discourses. Drawing on material from an empirical research project on green gene technology and mobile communications in Germany, it is shown that the discourse indeed follows the pathways which the argument suggests. The paper tries to demonstrate the possibility of a fruitful connection between argumentation theory and discourse analysis resp. science studies.

Key Words: Ignorance, GMOs, Mobile Telecommunication, Risk, Argumentation, Public Discourse, Dialectic, Rhetoric

Einleitung

Die Risikodiskurse über Grüne Gentechnik und Mobilfunk waren Gegenstand zahlreicher soziologischer Untersuchungen. Auch die Argumente, die in diesen Diskursen ausgetauscht werden, sind vielfach untersucht worden.¹

1 Zu beiden Risikodiskursen, besonders aber zum Gentechnikdiskurs und den in ihnen ausgetauschten Argumenten gibt es inzwischen umfangreiche Literatur. Stellvertretend für viele seien genannt: Lassen/Jamison (2006), Cook (2004), Wiedemann et al. (2001), Wiedemann et al. (2005), van den Daele (2001), van den Daele/Pühler/Sukopp (1997).

Im folgenden soll ausgehend von empirischem Material, das in dem vom BMBF geförderten Projekt »Nichtwissenskulturen – Analysen zum Umgang mit Nichtwissen im Spannungsfeld von epistemischen Kulturen und gesellschaftlichen Gestaltungsöffentlichkeiten« anhand von insgesamt rund 56 Interviews und 11 Vorgesprächen erhoben wurde, mithilfe des »argumentum ad ignorantiam« ein Modell konstruiert werden, das einen Überblick über die beiden Diskurse ermöglicht. Weil diesem Modell allgemeinere Überlegungen zugrundeliegen, dürfte es auch bei der Analyse anderer Risikodiskursen brauchbar sein, insbesondere bei solchen über riskante Substanzen.

Die Interviews wurden zwischen 2004 und 2007 geführt. Insgesamt versucht mein Beitrag, die von einzelnen Autoren (z.B. Keith/Rehg 2008, S. 211–239) geforderte, aber nur sehr selten vollzogene Verbindung von argumentativen Analysen und Science Studies bzw. Diskursanalyse zu realisieren.

Das »argumentum ad ignorantiam«, das seit der Antike in Gebrauch ist,² schließt, kurz gesagt, vom Nichtfinden (bzw. Nichtwissen) von etwas auf sein (und sei es auch nur wahrscheinliches) Nichtvorhandensein. Ein offensichtlich prekärer, angreifbarer Schluss, der mit ›Widersprüchen schwanger geht‹, wie man in der Tradition Hegels sagen würde. Hinter dem Argument steht die Einsicht in die prinzipielle Unmöglichkeit, einen möglichen Schaden ausschließen zu können, wie intensiv auch immer geforscht wird. Der an sich einfache Satz: »Diese Technologie ist unschädlich« kann nicht bewiesen werden. Nur Schäden lassen sich eindeutig nachweisen, Unschädlichkeit aber nicht. Dennoch muss jede Risikoforschung irgendwann zu einem Ergebnis kommen. An dieser Stelle taucht das Argument auf.

Wird dieses Argument in einer Diskussion vorgebracht, so kann der Gegner in seiner Antwort die internen Probleme dieses Argumentes thematisieren. Das kann zwar auf unterschiedliche, nicht jedoch auf beliebige Arten und Weisen geschehen. Das Argument eröffnet einen bestimmten Spielraum von Reaktionsmöglichkeiten, der inzwischen, vor allem dank der theoretischen Arbeiten des kanadischen Philosophen und Argumentationstheoretikers Douglas N. Walton (1996)³ recht gut untersucht ist. Es lohnt sich, von dem Diskussionsstand der Forschung zu diesem Argument zu lernen und diesen für das Verständnis der Risikodiskurse über Mobilfunk und Grüne Gentechnik (und womöglich weiterer Risikodiskurse) fruchtbar zu machen.

- 2 Vgl. etwa eine Bemerkung, mit der Plinius Berichte von »Magiern« kommentiert, wonach der Salamander ein Tier sei, das Feuer löschen könne: »si forent vera, iam esset experta roma«. Wenn diese Berichte wahr wären, wäre der Sachverhalt in Rom längst bekannt. Den Schluss, dass die Berichte eben falsch sind, weil der Sachverhalt nicht zum konsolidierten römischen Wissen gehört, darf der Leser selbst ziehen, womit sich das Argument als Enthymem, also als rhetorischer Schluss erweist (vgl. Plinius Secundus, hrsg. von Mayhoff/Jan 1897, liber xxix, XXIV (manchmal auch XXIII)).
- 3 Zum Hintergrund und Kontext der Arbeit Waltons vgl. Eemeren/Grootendorst (2004, insbesondere Kapitel 7: Fallacies, S. 158–186). Hingewiesen sei auch auf Arbeiten von Gerd Gigerenzer, der das Argument, ohne es explizit zu bezeichnen, und ohne Bezug zu den Untersuchungen, die diesem in der Philosophie und Argumentationstheorie gewidmet wurden, im Kontext seiner Studien zur »Rekognitionsheuristik« diskutiert (vgl. etwa Gigerenzer 2007, S. 117–144).

Warum gerade dieses Argument? Beim Stichwort »Nichtwissensargument« könnte man auch an anderes denken, zum Beispiel an die Überlegung: »Man weiß nicht, ob es schädlich ist, lassen wir es also lieber«. Auch dieses Enthymem,⁴ von dem, wie jeder weiß, viele volkstümliche Varianten im Umlauf sind (»wat de Bur nich kennt, dat frett he nich«, wie man am Niederrhein sagt usw.), spielt eine bedeutende Rolle beim Umgang von Menschen mit Risiken und unbekanntem Situationen. Es bietet Menschen Orientierung in risikoreichen Situationen, insbesondere bei der Ernährung: Unbekannte Speisen werden stehen gelassen, die Schwelle, Neues, Unbekanntes zu probieren ist nahezu überall sehr hoch. Erst wenn man sich durch vorsichtiges Probieren kleiner und kleinster Mengen, durch Beobachtung folgenlosen Verzehrs durch andere usw. mit der Speise vertraut gemacht hat, wird sie eventuell genossen. Dieses Verhalten ist zweifellos sinnvoll, es ist emotional tief verankert und findet sich auch bei Tieren. Das Verhaltensmuster, das dem Argument entspricht, wird unter dem Stichwort Neophobie erforscht (Jones 1990, S. 40 und passim). Auch über die Ernährung hinaus ist das Verhalten zweifellos bedeutend und spielt bei Risikodiskursen stets eine beträchtliche Rolle, jedoch, und das ist hier entscheidend, vor allem am Anfang solcher Diskurse. Bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in einer freiheitlichen, demokratischen und innovationsfreudigen Gesellschaft ist das Argument nicht, wie in manchen traditionellen Gesellschaften, Grund genug, die neue Technik oder Praktik zu unterlassen, sondern Ausgangspunkt für Forschung und Erprobung. Man sagt: »Wir kennen es nicht, es könnte schädlich sein, vielleicht aber auch harmlos, untersuchen wir es also näher«. Dies ist der Ausgangspunkt der Sicherheitsforschung, wie sie unter anderem zur Grünen Gentechnik und zum Mobilfunk stattgefunden hat und, in inzwischen vermindertem Umfang, weiterhin stattfindet. Auch Sicherheitsforschung aber führt nicht zu Unbedenklichkeitsgarantien. Zum einen kann das Argument auf höheren Stufen, wenn schon eingehende Beschäftigung mit möglichen Risiken stattgefunden hat, wiederholt werden, denn stets kann man sagen: »Wir wissen einfach noch nicht genug«. Zum anderen führt Sicherheitsforschung selbst für den, der der Überzeugung ist, dass »nichts« gefunden wurde, höchstens zu jener Feststellung, die ich als »argumentum ad ignorantiam« bezeichnet habe. Jetzt hört man: »Gäbe es Schäden, hätten wir sie finden müssen. Wir haben aber nichts gefunden. Also ...«

Das »argumentum ad ignorantiam« taucht demnach erst in einer Spätphase von Risikodiskursen auf, weil es einiges voraussetzt. Das Argument zieht ein Zwischenfazit, das eine neue Phase der Auseinandersetzung einleitet, um die es hier geht. Im reifen Stadium von Sicherheits- und Technikfolgenforschungsdiskursen, das heißt in dem Stadium, in dem bereits einige Risikoforschung stattgefunden hat, spielt das »argumentum ad ignorantiam« oft eine bedeutende Rolle, und insofern ist es sinnvoll, es auch für eine Strukturierung des Diskurses einzusetzen.

4 Rhetorischer Schluss, der (in der aristotelischen Explikation) im Unterschied zu formal korrekten Syllogismen unvollständig ist und/oder nur wahrscheinliche (nicht gewisse) Prämissen verwendet. Enthymeme sind nicht nur Abkürzungen, denn sie enthalten zudem, was meist übersehen wird, auch rhetorisch sinnvolle, aber logisch entbehrliche Erweiterungen. Zur klassischen Enthymemtheorie siehe Sprute (1982, S. 68–115 und passim).

Öffentliche Diskurse wurden bislang meistens und durchaus erfolgreich mit soziologischem Vokabular untersucht; hier soll nun, wie bereits dargelegt, der Versuch erfolgen, rhetorische beziehungsweise dialektische⁵ Begriffe und Forschungsergebnisse fruchtbar zu machen, was zwar naheliegend ist, jedoch, wenn man von der ganz einseitigen Konjunktur der Metapher absieht, noch allzu selten geschieht.⁶

Ich möchte zeigen, dass die formalen und verallgemeinerten Studien zur Struktur des Argumentes auf Hauptlinien der Argumentation verweisen, die auch in dem empirischen Diskurs auffindbar sind. Deshalb liefert eine Betrachtung des »argumentum ad ignorantiam« so etwas wie einen Schlüssel für die Risikodiskurse über Grüne Gentechnik und Mobilfunk.

Entsprechend gehe ich im Folgenden zunächst auf das Argument selbst ein, charakterisiere das empirische Material und werde dann die Risikodiskurse von diesem Argument her darstellen. Ein Vergleich der beiden Diskurse und eine Prognose über ihren weiteren Verlauf schließen die Darstellung ab.

Allgemeine Charakterisierung und Geschichte des »argumentum ad ignorantiam«

Gegen Ende des Kapitels »Of Reason« seines Werkes »An Essay Concerning Human Understanding« (Locke 1975) zählt John Locke vier Argumente auf, »that Man in their Reasonings with others, do ordinarily make use of to prevail on their Assent, or at least so to awe them as to silence their Opposition« (Locke 1975, S. 685 f.). Zu diesen vieren zählt⁷ auch der folgende Argumentationstyp:

»Another way that Men ordinarily use to drive others and force them to submit their Judgments and receive the Opinion in debate is to require the Adversary to

- 5 Für Aristoteles ist die Dialektik die Kunst der Disputation, und die Rhetorik ein Teilgebiet der Dialektik (vgl. Aristoteles 1968, S. 27 sowie Aristoteles 1989, 1. und 2. Kapitel). Die Dialektik ist bei Aristoteles eher für den Gebrauch in philosophischen und wissenschaftlichen Debatten, die Rhetorik mehr für die volkstümliche Kommunikation bestimmt (vgl. Sprute 1982, S.43–55). Die neuere Literatur orientiert sich wieder an der aristotelischen Einteilung und nicht am platonischen oder gar hegelianischen Dialektikbegriff (vgl. Eemeren/Grootendorst 2004).
- 6 Sogar unter dem expliziten Titel einer Argumentativen Diskursanalyse findet man in einem aktuellen Handbuch der Diskursanalyse vor allem eine Metaphernanalyse (Hajer 2003, S. 271–298). Siehe aber auch Schünemann (2013) und Römer/Wengeler (2013).
- 7 Weiter erwähnt Locke das argumentum ad verecundiam, ad hominem und ad iudicium. Ad verecundiam (verecundia = Ehrfurcht): gemeint ist der Versuch, andere durch Benennung von Experten oder andere Autoritäten zu beeindrucken, ad iudicium (iudicium = Urteil, Einsicht): wenn jemand, auf der Grundlage des Wissens oder der Wahrscheinlichkeit argumentiert; solche Argumente sind laut Locke die besten, da sie wirklich belehren; ad hominem: bei John Locke ist damit gemeint, dass man einen Gegner mit Aussagen angeht, die von ihm selbst stammen. Vgl. auch die vier »Weisen, die Gewinnung eines Schlusses zu verhindern«, welche Aristoteles gegen Ende des achten Buches seiner Topik darstellt (Aristoteles 1968, S. 192).

admit what they allege as a Proof or to assign a better. And this I call *Argumentum ad Ignorantiam*.« (Locke 1975, S. 686; Hervorhebung im Original)

Es scheint, dass Locke in der Tat selbst diese Bezeichnung geprägt hat, zumindest konnte ich sie in der älteren rhetorischen Literatur nicht auffinden, obwohl das Argument als solches, ohne durch irgendeine Bezeichnung hervorgehoben zu werden, nachweislich bereits in der Antike gebraucht wurde.

Lockes Kennzeichnung ist allgemeiner und ungenauer als das, was in der modernen dialektischen und rhetorischen Literatur unter dem Titel »argumentum ad ignorantiam« untersucht wird; es ist nicht einmal auszuschließen, dass er selbst einen ganz anderen Schluss im Sinn hatte. Jedenfalls wurde seine prägnante neulateinische Bezeichnung übernommen. Das Argument wird heute vor allem in der angelsächsischen Logikliteratur dargestellt und untersucht, wobei es dabei meist als Fehlschluss betrachtet wird.⁸ Der kanadische Philosoph Douglas N. Walton hat demgegenüber in mehreren Publikationen, deren wichtigste in seinem Werk »Arguments from Ignorance« (1996) zusammengefasst sind, nachgewiesen, dass es vom Kontext abhängt, ob solche Argumente tatsächlich Fehlschlüsse (bzw. untrifftige Argumente) sind oder nicht. Dabei weist er nach, dass das Argument nicht nur in Risikodiskursen (Walton führt die Diskussion über Risiken von Brustimplantaten aus Silikon an), sondern auch zum Beispiel in Diskussionen über die Existenz von Geistern oder Außerirdischen, in Hexenprozessen ebenso wie in manchen politischen Debatten eine zentrale Rolle einnimmt. Walton gibt dem Argument, im Anschluss an die umfangreiche Literatur⁹, die folgende Form:

»If A were true, it would be known (proved, presumed) to be true.
A is not known (proved, presumed) to be true.
Therefore, A is (presumably) false.« (Walton 1996, S. 277)

Dabei bezeichnet A einen bestimmten Sachverhalt. Die von Walton gewählte Umschreibung weicht, wie gesagt, nicht unerheblich von der Lockeschen Vorlage ab; sie entspricht indessen dem, was seither in der Logikliteratur unter dem Titel dieses Arguments verhandelt wird. Die etwas umständliche Formulierung verfremdet das Argument – und verdeckt, dass es sich um ein überaus häufiges, geradezu alltägliches Muster handelt. Es

8 Siehe für viele das im angelsächsischen Sprachraum sehr verbreitete Logiklehrbuch von Irving M. Copi (1968, S. 63 f.). Formal ist das Argument korrekt, es handelt sich um einen Modus tollens; strittig ist lediglich der Inhalt der zwei Prämissen. Ein Überblick über die historische Entwicklung findet sich bei Hansen/Pinto (1995) sowie Krabbe (1995).

9 Walton widmet das zweite Kapitel seines Buches dem historischen Rückblick (vgl. 1996, S. 24–63). Rätselhaft ist, weshalb er in diese Darstellung nicht auch Leibniz einbezieht, der doch bekanntlich unter dem Titel »Nouveaux Essais« eine eingehende und detaillierte Auseinandersetzung mit Locke formuliert hat. Gerade das Kapitel »Über die Vernunft«, in dem Leibniz auch auf das von Locke getaufte »argumentum ad ignorantiam« mit lesenswerten Bemerkungen eingeht, ist für die Geschichte der Logik von höchster Bedeutung, weil Leibniz hier auch seine Erweiterung der Aristotelischen Syllogismen darlegt.

ist in abgekürzter, gerundeter Form geradezu redensartlich, besonders in dem Ausruf: »Das wüsste ich aber!«, mit dem alltäglich bestimmte Behauptungen gekontert werden: »Der Sowieso soll der bedeutendste lebende Philosoph sein!? – Das wüsste ich aber!« Hier wird aus dem eigenen Nichtwissen auf das Nichtsein (bzw. auf die Unwahrheit der Behauptung) geschlossen.

Es handelt sich also um ein Argument, welches gerade aus dem Nichtwissen und dem Nichtkennen von etwas noch eine Information bezieht. Da die Situation des Nichtwissens und Nichtkennens von etwas aber so etwas wie die allgemeine *conditio humana* ist, handelt es sich nicht etwa um irgendein Argument, das nur in ganz speziellen Situationen auftaucht, sondern im Gegenteil um ein verbreitetes und zentrales Argumentationsmuster.¹⁰

Das besondere an dieser Gedankenfigur ist, dass hier ausgerechnet aus dem Nichtwissen ein Informationsgewinn, eine Sicherheit gezogen wird, was freilich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in ganz bestimmten Kontexten überzeugend möglich ist. Nichtwissen wird so gewendet, dass es nicht mehr Anlass zu Verlegenheit ist, sondern zur produktiven Kraft wird. In Situationen sehr fragmentarischer Evidenz, wie sie nicht nur in Risikodiskursen, sondern auch in der Wissenschaft, z.B. beim Studium antiker Quellen regelmäßig vorkommen, ist das »argumentum ad ignorantiam« eine routinisierte Praktik, um auf spärlicher Grundlage noch nützliche Informationen folgern zu können. So ist es bei Althistorikern etwa üblich, aus dem Schweigen eines Textes über ein bestimmtes Ereignis, das dem Autor hätte bekannt sein müssen und das für seinen Text relevant gewesen wäre, zu folgern, dass der Text vor diesem Ereignis entstanden sein muss. Man spricht dann vom »argumentum e silentio«. Mit seiner Hilfe werden antike und historische Texte häufig datiert.

Was geschieht nun mit dem Argument, wenn es im Anschluss und mit Verweis auf wissenschaftliche Risikoforschung vorgebracht wird? Sorgt es für klare Verhältnisse? Der Schriftsteller Jules Verne, dessen Wissenschaftsverständnis mehrere Generationen von Europäern prägte, konnte noch einen seiner Protagonisten sagen lassen: »Assez. Quand la science a prononcé, il n'y a plus qu'à se taire« (Verne 2014, Kapitel XIV) (Genug. Wenn die Wissenschaft gesprochen hat, muss man schweigen.). Doch eine solche Haltung wurde im 20. Jahrhundert zunehmend brüchig, im 21. Jahrhundert hat sie nur noch antiquarisches Interesse.¹¹ Tatsächlich schließt das Argument nur selten einen Diskurs ab, sondern es zieht ein Zwischenfazit, d.h. es läutet eher eine neue Phase desselben ein. Denn es kann offensichtlich bestritten werden.

Walton schließt aus seinen Fallstudien, dass es auf ein solches Argument zwei Reaktionen gibt:

- 10 Gerd Gigerenzer identifiziert daher genau dieses Argument mit der von ihm so genannten Rekognitionsheuristik (vgl. Gigerenzer 2007, S. 29–49).
- 11 Gregor Schiemann hat die Entwicklung der wissenschaftlichen Aussagen im Theoriebereich als zunehmende Hypothesisierung gekennzeichnet, eine offensichtlich parallele Erscheinung (vgl. Schiemann 2005).

- »1. If A were true, would it be known (proved, presumed) to be true?
 2. Is it the case, that A is not known (proved, presumed) to be true?«
 (Walton 1996, S. 277)¹²

In beiden Fragen wird die Wissensgrundlage, auf deren Basis das Argument vorgetragen wird, in Frage gestellt, und zwar in zwei Richtungen: Zum einen, ob sie wirklich vollständig oder zumindest ausreichend ist, und zweitens, ob es sich wirklich um Wissen handelt (und nicht zum Beispiel um vorschnelle Verallgemeinerungen, Irrtümer oder gar Fälschungen) bzw. ob das Wissen richtig interpretiert wird. In den Fragen werden die schwachen Punkte des Arguments zur Sprache gebracht. Denn es ist offenkundig, dass das Argument inhaltlich keineswegs zwingend ist und Widerspruch in einer ganz bestimmten Weise geradezu herausfordert. Es kann ein anmaßendes, bigottes Argument sein, wenn jemand sein eigenes Wissen zum Maß von Sein und Nichtsein macht und das, was er selbst nicht kennt, für inexistent erklärt.

Das Argument kann andererseits auch sehr überzeugend sein, wenn es sich um ein gut abgrenzbares Thema handelt. Oder auch, wenn dahinter eine gewaltige, über mehrere Generationen fortgesetzte, kollektive Anstrengung steht, etwas Bestimmtes in Erfahrung zu bringen. So hat die Physik zum Beispiel die Tatsache, dass bislang trotz zahlreicher Versuche kein funktionierendes perpetuum mobile erster Art erfunden werden konnte, ein System also, das Energie aus Nichts erzeugt, den Satz abgeleitet, dass ein solches generell unmöglich ist. Dieser Satz ist heute der erste Hauptsatz der Thermodynamik. Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik besagt, dass es auch kein perpetuum mobile zweiter Art gibt, ein System also, das Wärme ohne Temperaturgefälle in Arbeit umwandelt.

Die Funktion des Arguments in Risikodiskursen

Für meinen Zweck, die Nutzung des Arguments für eine Analyse der Argumentationsstruktur und -dynamik der Risikodiskurse über Grüne Gentechnik und Mobilfunk, möchte ich nun sowohl die Darstellung des Argumentes selbst als auch die Formulierung der Sätze, mit denen es in Frage gestellt werden kann, etwas weiterentwickeln und auch um neue Aspekte ergänzen. In beiden Diskursen geht es um die Frage, ob diese Technologien gesundheitliche und/oder ökologische Schäden verursachen. Dieser Frage wurden und werden zahlreiche Studien gewidmet. Die Befürworter der jeweiligen Technologien formulieren nun das »argumentum ad ignorantiam« in etwa so:

12 In einer zehn Jahre später veröffentlichten erneuten zusammenfassenden Darstellung (Walton 2006, S. 321–326) nennt er folgende zwei Gegenfragen: »How complete is the search for knowledge found in the argumentation?« und »How complete does the knowledge need to be to support the argument adequately?«

»Wenn es Schäden gäbe, hätte man sie mittlerweile in den Studien gefunden. Man hat aber keine Schäden gefunden. Also kann man (bis auf weiteres) davon ausgehen, dass die Technologien unschädlich sind.«

Dieses Argument ist nicht etwa eine unter vielen Möglichkeiten, aus einem negativen Ergebnis gründlicher Sicherheitsforschung einen Schluss zu ziehen, sondern die einzig mögliche. Würde man nämlich nicht erwarten, dass durch Sicherheitsforschung (»Studien«) Probleme eher gefunden werden als ohne, dann könnte man sich diese Forschung sparen. Wäre es von vornherein illegitim, von einem negativen Ergebnis von Studien auf eine, sei es auch eingeschränkte Unbedenklichkeit zu schließen, bräuchte man ebenfalls keine Sicherheitsforschung zu betreiben; dann wäre ein präventives Verbot aller neuen Produkte anzudenken. Gleichwohl kann das Argument natürlich bestritten werden.

Gegner oder Skeptiker knüpfen an das Argument folgende Fragen:

1. Waren die bisherigen Untersuchungen ausreichend?

Walton hatte ausgeführt, dass es beim »argumentum ad ignorantiam« unter anderem von der Struktur der zugrundeliegenden »knowledge base«¹³ abhängt, ob es ein triftiges Argument ist oder ein unplausibles. So konnte er zeigen, dass das »argumentum ad ignorantiam« unter anderem dann fast zwingend ist, wenn der Bereich der Suche beschränkt oder legitim beschränkbar ist.¹⁴

In der Risiko- und Sicherheitsforschung geht es nun sehr oft darum, ob eine bestimmte Technologie oder ein bestimmter Stoff neben den erwünschten auch unerwünschte Effekte hat, typischerweise negative Effekte auf die Gesundheit. Das klingt simpel, wenn man sich vorstellt, dass man einfach den Faktor X an einer hinreichend großen Zahl von Versuchspersonen oder Versuchstieren testen müsse, um feststellen zu können, ob dieser negative gesundheitliche Effekte hervorbringe oder nicht. Das Problem, das sich in ähnlicher Weise allen kausalanalytischen Untersuchungen stellt, liegt aber darin, dass viele Wirkungen, insbesondere gesundheitliche Wirkungen, nicht von einer Ursache

13 Direkt übersetzt: Wissensbasis. Man könnte etwas freier auch mit »Erfahrungsraum« übersetzen, und so einen Begriff nutzen, den Peter Wehling für die soziologische Nichtwissensforschung fruchtbar gemacht hat (vgl. Wehling 2006, besonders S. 24 f.). Der Ausdruck Erfahrungsraum wurde von Reinhart Koselleck geprägt, der auch darauf hinwies, dass jeder Erfahrungsraum durch einen Erwartungshorizont geprägt sei (vgl. Koselleck 1995).

14 Man kann den Suchraum auf einer Skala anordnen, je nachdem, ob er mehr oder weniger begrenzt und lokal ist. Der größtmögliche Suchraum ist der Kosmos, und tatsächlich tauchen »argumenta ad ignorantiam« immer wieder, auch in sehr ausgearbeiteter Form, in astronomischen Debatten auf, etwa in denen der Bioastronomie (Suche nach außerirdischem Leben). Schon in der »Encyclopaedia of Ignorance« (Duncan/Weston-Smith 1977) beschäftigten sich die meisten Artikel mit astronomischen Themen, was zweifellos mit der Unendlichkeit dieses Erfahrungsraumes zusammenhängt, aber auch damit, dass wir ihn, wie John Kendrew in seiner Einleitung zu Band 2 der Enzyklopädie bemerkte, nur sehr eingeschränkt erkunden können (Kendrew 1977, S. 206 f.).

abhängen, sondern von bestimmten Kombinationen von Ursachen. Wenn daher ein Prüffaktor keine Wirkung zeigt, muss dies nicht heißen, dass er generell kausal irrelevant ist. Vielleicht wirkt er nur in Kombination mit bestimmten anderen Faktoren, zum Beispiel mit bestimmten Vorerkrankungen. Oder er bringt nur bei Abwesenheit eines gewöhnlich vorhandenen, hemmenden Faktors die Wirkung hervor. Theoretisch ist daher die Aufgabe nahezu jeder Sicherheitsforschung unendlich, da nicht nur einzelne Faktoren, sondern auch alle denkbaren Kombinationen mit anderen Faktoren zu testen wären. Hier liegt auch ein wichtiger Grund, weshalb ein negatives Ergebnis nicht der Beweis der Unschädlichkeit ist. Daher rührt die Asymmetrie, dass man zwar aus positiven Tests, wenn diese korrekt durchgeführt wurden, auf kausale Relevanz, aber aus negativen Tests nicht ohne weiteres auf kausale Irrelevanz schließen kann.¹⁵

Viele Stoffe entfalten schädliche Wirkungen nur dann, wenn ganz bestimmte organische oder genetische Faktoren hinzukommen. Die unendliche Vielfalt der potentiell relevanten Faktorenkombinationen lässt sich in einer realen Risikoforschung, sofern sie nicht über unendlich viel Zeit und unendliche Mittel verfügt, nicht abarbeiten. Auch sehr aufwändige Sicherheitsforschung kann immer nur die naheliegendsten Kombinationen in den Blick nehmen. So kommt es, dass auch bei gründlich getesteten Technologien und insbesondere bei Substanzen nach einiger Zeit negative Wirkungen erkannt werden können, die trotz intensiver Sicherheitsforschung übersehen wurden und die durchaus so gravierend sein können, dass die Produktion gestoppt werden muss. Ein bekanntes Beispiel ist das Thalidomid, das in dem Sedativum Contergan, das von 1957 bis Ende 1961 vermarktet wurde, enthalten war. Es bewirkt Missbildungen bei neugeborenen Menschen, nicht aber bei üblichen Labortieren. Andererseits sind auch positive Wirkungen möglich und kommen vor. Auch hierfür ist Thalidomid ein Beispiel, denn es wirkt, wie sich 1964 herausstellte, gegen Lepra.

Die Unmöglichkeit, den Prüffaktor mit allen relevanten Ko-faktoren zu kombinieren, die möglicherweise gemeinsam unbekannte, vielleicht unerwünschte Wirkungen hervorbringen können, ist nur eines der grundlegenden Probleme jeglicher Sicherheitsforschung. Ein anderes ist die Unmöglichkeit, in Studien die gesamte Zeit abzudecken, in der Wirkungen sich manifestieren können. Sicherheitsstudien haben typischerweise einen Horizont von Monaten bis Jahren, Langzeiteffekte können aber auch erst nach Jahrzehnten auftreten. Ein weiteres Problem liegt in bestimmten Methoden, etwa dem Einsatz von Versuchstieren. Resultate aus Tierversuchen sind nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragbar, wie wiederum das Beispiel Thalidomid zeigt, bei dem zwar die sedierende Wirkung an Labormäusen entdeckt werden konnte, nicht aber die frucht-schädigende Wirkung, da sich diese bei Labormäusen nicht entfaltet. Insgesamt ist Risiko- und Sicherheitsforschung stets ein Kompromiss zwischen den inhaltlichen Zielsetzungen und organisatorischen, zeitlichen, methodischen und finanziellen Limitationen. Dies lässt immer wieder die kritische Rückfrage zu, ob denn die Untersuchungen ausreichend waren.

15 Vgl. für eine moderne, formalisierte Darstellung dieses Problems kausalen Schließens Baumgartner/Graßhoff (2004, S. 213 f.).

2. Stimmt es, dass wirklich nichts gefunden wurde?

In nahezu allen Diskursen, die sich an ein »argumentum ad ignorantiam« knüpfen, werden Ergebnisse kontrovers diskutiert. Schon ob etwas gefunden wurde, kann kontrovers sein, wenn Studien nicht reproduzierbar sind. Noch umstrittener ist dann die Interpretation der Ergebnisse, bei der oft Unterscheidungen, etwa zwischen Schaden und »bloßem« Effekt einerseits, zwischen Nachweisen und Hinweisen andererseits wichtig sind.¹⁶

Unterscheidungen dienen nicht nur der Einteilung, sondern haben auch einen argumentativen Sinn. Sie entstehen, wie Perelman betonte, in Situationen des Dissenses, wenn eine Mehrzahl von Stimmen sich widerspruchsvoll äußert. In dieser Situation hilft die Unterscheidung von Hinweisen und Nachweisen. Man kann dann sagen: Es gibt Hinweise, aber keine wirklichen Nachweise. Eine aporetische Situation im Diskurs ist damit überwunden. Sie ist sozusagen »aufgehoben«, der Meinungs austausch kann nun, anknüpfend an diese Unterscheidung, weitergehen. Zugleich entsteht natürlich neuer Streit, denn nun muss diskutiert werden, wie genau man zwischen Nachweisen und Hinweisen unterscheidet und ob es nicht noch weitere Stufen zwischen beiden gibt (Kastenhofer 2007).

3. Sind die Umstände so beschaffen, dass wir diesen Stand der Dinge akzeptieren sollten, auch wenn er keine abschließende Sicherheit bietet?

Dies ist eine normative Frage, die in gewisser Weise außerhalb des Argumentes selbst liegt. Möglicherweise ist sie aus diesem Grund nicht von Walton aufgeführt. Sie ist aber deshalb zu berücksichtigen, weil im konkreten Diskurs sehr oft von der sachlichen auf die normative Ebene gewechselt wird. Dies ist aufgrund der Aporien des Arguments auch notwendig, bedenkt man die Unmöglichkeit, in endlicher Zeit und mit endlichen Mitteln definitiv über die Unbedenklichkeit neuer Technologien urteilen zu müssen. So kann ein Technologiebefürworter, der der Ansicht ist, dass nunmehr genug geforscht sei, behaupten: »Wir verlieren kostbare Zeit, wenn wir uns auf weitere exzessive Sicherheitsforschung einlassen. Deutschland verliert den Anschluss in einem zentralen Technologiebereich der Zukunft!« Worauf ein Gegner kontern könnte: »Die befürchteten Schäden sind

16 Beim Thema Unterscheidungen denkt der deutsche Leser an Niklas Luhmann, der sich seit den 1980er Jahren, ausgehend von George Spencer Browns Werk »Laws of Form« (1972), aber auch mit deutlichen Anknüpfungen an Hegels Logik, eingehend mit Unterscheidungen und ihrer Bedeutung vor allem für die Operationen gesellschaftlicher Funktionssysteme beschäftigt hat. Schon in den fünfziger Jahren hatte sich auch der Logiker und Rhetoriktheoretiker Chaïm Perelman mit Unterscheidungen befasst, auf deren Bedeutung für konkrete Argumentationen er in seinem Werk »Traité de l'Argumentation – La Nouvelle Rhétorique« (1958, mit Lucie Olbrechts-Tyteca) ausführlich eingeht. Ich halte mich im folgenden ausschließlich an Perelman, dessen Bemerkungen auf einer ähnlichen Linie wie Luhmanns Ausführungen liegen, aber näher an konkreten Argumentationen gearbeitet und daher für unsere Zwecke brauchbarer sind.

so groß, dass es zu gefährlich wäre, die Technologie beim derzeitigen Wissensstand umzusetzen«. Wie kann auf die Frage reagiert werden? Man kann den Stand der Dinge zum Beispiel akzeptieren, wenn das erwartete Schadensausmaß bei Nichthandeln geringer ist als das erwartete Schadensausmaß bei Handeln oder auch, wenn das Handeln reversibel ist, also alles zurückgerufen werden kann, sollten doch Probleme auftreten.

Natürlich gibt es neben diesen Optionen auch noch die Möglichkeit, das Argument grundsätzlich zu bestreiten, und etwa zu sagen: »Es reicht nicht, dass keine Schäden gefunden wurden, es muss auch die Unschädlichkeit nachgewiesen werden«. Jedoch führt diese Stellungnahme in einen toten Bereich – denn nichts ist unter allen Umständen unschädlich. Es scheint mir, dass es außer den genannten keine weiteren, grundsätzlich anderen Möglichkeiten gibt, das Argument kritisch in Frage zu stellen. Nun zu den zwei Risikodiskursen. In beiden taucht das Argument, wenn auch nur in abgekürzter Weise (als Enthymem), immer wieder auf, in der Regel auf der Seite derjenigen, die den Gebrauch dieser Technik befürworten und der Ansicht sind, dass die durchgeführten Studien keine Hinweise auf mögliche Gefährdungen geben. Man versucht, aus vorangehenden Bemühungen eine verbindliche Schlussfolgerung zu ziehen. Zugleich fasst das Argument die bisherigen Stimmen gewissermaßen zusammen und versucht, ein Fazit zu ziehen¹⁷ – und gerade an dieses Fazit knüpfen sich natürlich wieder viele widerstrebende Stimmen.

Unter dem Diskurs über Grüne Gentechnik (bzw. über Mobilfunk) verstehe ich die Gesamtheit aller Stimmen, die öffentlich zu Risiken dieser Technologien Stellung beziehen. Wer auch immer sich öffentlich zu einer dieser Technologien äußert und sich dabei implizit oder explizit auf andere Meinungen zum Thema bezieht, bucht sich in den Diskurs ein. Dies ist, verglichen mit den Diskursbegriffen etwa von Foucault oder auch von Habermas, ein schwacher Diskursbegriff, der aber für die folgenden Überlegungen brauchbar ist, weil er die Aufmerksamkeit auf die Argumente lenkt.

Es wurden nun in dem bereits genannten Projekt insgesamt 28 Experten zur Grünen Gentechnik befragt und ebenso viele Experten zum Thema Mobilfunk; hinzu kamen 11 Vorgespräche. Die Interviewpartner wurden aus unterschiedlichen fachlichen und disziplinären Kontexten ausgewählt. Die Interviews waren von einem Leitfaden strukturiert.

Die Interviews zeichnen einzelne Stimmen, die an dem Diskurs beteiligt sind, auf. Um nachzuweisen, dass es tatsächlich Stimmen sind, die zum Diskurs gehören und nicht lediglich persönliche Meinungen von Privatpersonen, war es nicht nötig, auf die Intention der Sprecher zurückzugehen. Vielmehr ließ sich dies in jedem Fall an einer formalen Eigenheit der Äußerungen zeigen: In vielen Sequenzen äußerten sich die Interviewpartner nämlich nicht nur direkt zu den Fragen der Interviewerin, sondern antworteten zugleich auf Stimmen, die zuvor in diesem Diskurs geäußert wurden, kommentierten frühere Diskussionsbeiträge, polemisierten versteckt oder offen oder parodierten andere Ansichten. Die Interviewten sprachen gewissermaßen nicht nur zu der anwesenden Interviewpartnerin, sondern zugleich auch zu unsichtbaren, abwesenden Anderen, Geg-

17 Daher taucht das Argument typischerweise auch in den Resümees von Studien auf, siehe zum Beispiel die Formulierungen der vier Metagutachter in Wiedemann/Schütz/Thalmann (2003, S. 10 ff.).

nern oder Befürwortern, die in diesem Diskurs zugleich mit ihnen unterwegs waren oder sind. In jeder der von uns befragten Stimmen waren deutliche Echos und Resonanzen auf andere Stimmen vernehmbar, nicht nur in einzelnen Aussagen, sondern manchmal sogar noch in den kleinsten Einheiten der Aussagen: Bis in die Wortwahl waren manche Bemerkungen dialogisiert. Die Stimmen des Diskurses hören einander ständig und rufen sich Antworten zu.

Der Diskurs begegnet den Forschenden zunächst als eine Polyphonie solcher Stimmen, die sich in vielfältiger Weise aufeinander beziehen, einander hervorlocken und sich aneinander ausformen. Jedes Argument, jede Meinung darin kann als Replik auf zuvor geäußerte Argumente und Meinungen, als ein gebrochenes Echo auf andere, zuvor oder gleichzeitig (oder sogar zukünftig) geäußerte Standpunkte dargestellt werden.

Argumente sind in Diskursen wesentliche Elemente, denn ihre Funktion ist, die Zustimmung zu bestimmten Meinungen, die in dem Diskurs geäußert werden, zu schwächen oder zu stärken. Ich möchte im Folgenden eine Rekonstruktion des Diskurses vorschlagen, die von dem oben besprochenen Nichtwissensargument ausgeht. Die Rekonstruktion ist ein Schema, das genauso gebaut ist wie der Diskurs selbst – als ein Wechselspiel von Fragen und Antworten, als eine Folge von – oftmals zerdehnten – Wortwechseln. Die Stimmen werden vereinfachend aufgeteilt in befürwortende Stimmen und Gegenstimmen (»Befürworter« und »Gegner«).

Das Nichtwissensargument steht jeweils am Anfang, und zwar in der folgenden, bereits dargestellten Form:

- Wenn es Schäden gäbe, hätte man sie mittlerweile in den Studien gefunden.
- Man hat aber keine Schäden gefunden.
- Also kann man (bis auf weiteres) davon ausgehen, dass die Technologien unschädlich sind.

An dieses Argument knüpfen sich nun folgende Fragen:

1. Waren die bisherigen Untersuchungen ausreichend? Gibt es systematische Gründe, weshalb die Studien, so wie sie betrieben wurden, gar keine Schäden nachweisen konnten?
2. Stimmt es wirklich, dass keine Schäden entdeckt wurden?
3. Sind die Umstände so beschaffen, dass wir diesen Stand der Dinge akzeptieren sollten, auch wenn er keine abschließende Sicherheit bietet?

An dem Modalverb *sollte* der dritten Frage erkennt man, dass es hier nicht mehr nur um eine Wissens- bzw. Nichtwissensfrage geht. Es wird der Kontext einbezogen, aber zugleich auch eine Abwägung verlangt.

Wenn man nun das Argument und die Gegenfragen präzisiert und erweitert, erhält man eine Sequenz, welche den Streit um Mobilfunk bzw. Grüne Gentechnik überraschend übersichtlich wiedergibt. Natürlich handelt es sich nicht um den Diskurs selbst, sondern um eine Beobachtung des Diskurses:

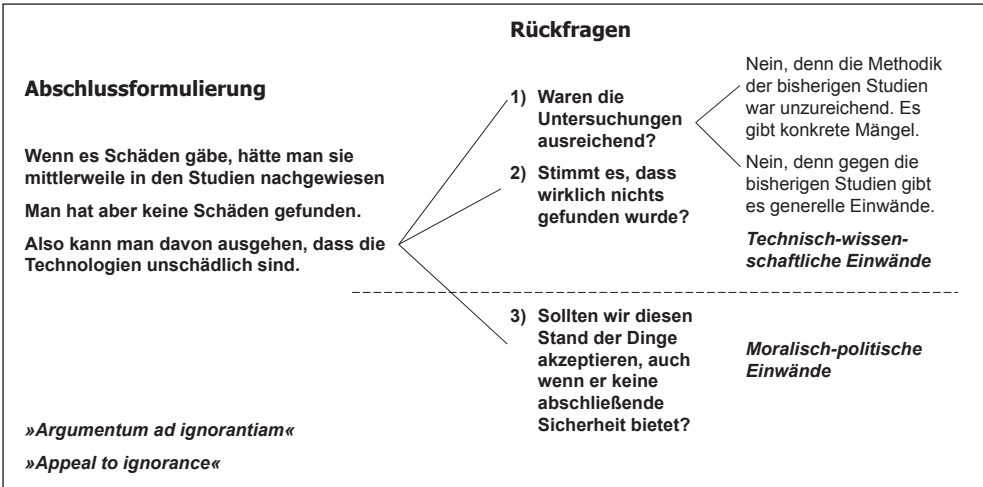


Abbildung 1: Das »argumentum ad ignorantiam« als Schlüssel zu den Risikodiskursen Mobilfunk und Grüne Gentechnik

Und es lässt sich im »oberen Teil« nun eine Dynamik erkennen, die schon von Walton benannt wurde. Zu den inhaltlichen Aporien des Arguments zählt ja, wie wir oben festgestellt hatten, die Schwierigkeit, in endlicher Zeit und mit endlichen Mitteln einen potentiell unendlichen Suchraum, z.B. eine unendliche Zahl von Faktorenkombinationen abzuarbeiten.

Ist nun der Suchraum irgendwie plausibel schließbar, dann ist das »argumentum ad ignorantiam« nahezu zwingend. Es ist daher kein Wunder, dass die Technologie-Befürworter immer wieder die Tendenz erkennen lassen, den Suchraum zu schließen und/oder jedenfalls nur ganz bestimmte Suchmethoden zuzulassen. Dazu gibt es verschiedene Strategien. Zum einen kann man versuchen zu vermitteln, dass man an allen »Orten«, an denen es Sinn macht, auch nachgesehen habe – und mit allen Instrumenten und Methoden, die bei einer Suche zweckmäßigerweise eingesetzt werden. Das setzt natürlich voraus, dass andere Methoden diskreditiert werden müssen. Demgegenüber weisen die Gegner darauf hin, dass bestimmte »Orte« eben bislang ignoriert wurden, dass mit den falschen Methoden oder sogar mit ungeeigneten Instrumenten gesucht wurde, dass bestimmte relevante Faktoren gar nicht betrachtet wurden. Oft wird auch darauf hingewiesen, dass immer wieder bei technologischen Innovationen unerwartete Effekte und Schäden auftreten, mit denen niemand gerechnet hat, dass also der Erfahrungsraum durch einen zu engen Erwartungshorizont eingeschnürt sei.

Befürworter und Gegner können in diesem Wortwechsel dabei nicht auf Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft verteilt werden. Die Vertreter der Wissenschaft agieren hier keineswegs, wie man erwarten könnte, einheitlich (vgl. Cook 2004, S. 30–44). Im Gentechnikdiskurs finden sich auf der einen Seite Laborwissenschaftler, wie zum Beispiel Molekularbiologen, auf der anderen Seite Feldwissenschaftler (Ökologen), welche die Übertragung der Ergebnisse von Laborversuchen ins Freiland mit Skepsis verfolgten

und auf viele unkontrollierbare kausale Faktoren im Freiland hinwiesen. Im Diskurs über Mobilfunk ergab sich eine ähnliche Zweiteilung zwischen Feldwissenschaften und Laborwissenschaften. Hier entsprachen den Ökologen die niedergelassenen Ärzte und Umweltmediziner (Böschen et al. 2010, S. 783–811).

Eine zweite Methode, die Suche schließbar zu machen, und zugleich den Schluss des »argumentum ad ignorantiam« zu stützen, besteht darin, ein verbindliches Maß für eine gründliche Suche festzustellen. Hier gibt es erneut verschiedene Möglichkeiten. Zum einen kann man auf die lange Zeit verweisen, welche die Suche bislang dauert. Zum anderen kann man erklären, dass in dem Diskurs nun schon seit langer Zeit keine neuen Argumente aufgetaucht seien. Schließlich kann man auch darauf hinweisen, dass diese potentiellen Risikoträger nun schon sehr viel intensiver auf mögliche Gefahren abgeklopft worden seien als anderes, mit denen die Kritiker tagtäglich hantieren. So kontern Gentechnik-Befürworter zum Beispiel gern, indem sie darauf hinweisen, dass Lebensmittel, die GVOs (Gentechnisch veränderte Organismen) enthalten, inzwischen genauer hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Schäden untersucht seien als herkömmliche oder gar ökologische Lebensmittel. Freilich werden die Kritiker auch hier nicht um naheliegende Antworten verlegen sein. Sie können darauf hinweisen, dass herkömmliche Lebensmittel schon seit vielen Generationen »im Test« sind und damit den Zeitfaktor ins Spiel bringen. Denn zu den grundsätzlichen, bereits oben dargestellten Problemen jeder Risikoforschung zählt neben der Unmöglichkeit, alle denkbaren Kombinationen kausaler Faktoren zu prüfen, dass sie zeitlich meist auf wenige Jahre befristet ist, wo aufgrund der langen Karenzzeit vieler Schäden eher Jahrzehnte angemessen wären. Eine Risikoforschung, die auf zwei Generationen, also 60 Jahre angelegt wäre, mag inhaltlich sehr überzeugend sein, ist jedoch unbezahlbar und käme im Effekt einem Innovationsverbot gleich. Zu den unauflösbaren Aporien jeder Sicherheitsforschung zählt die Unmöglichkeit, die Zeithorizonte des manifest-Werdens möglicher Risiken und die Zeithorizonte wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Organisationen zu versöhnen.

Wenn auch die Hoffnung, dass die Wissenschaft ein für alle Male eine abschließende Aussage über Risiken des Mobilfunks treffen könnte, enttäuscht werden muss, so haben die Studien dennoch wichtige Details zutage gefördert, die sehr wohl erheblichen Orientierungswert haben. So geben sie Hinweise darauf, wie die Strahlungsexposition durch individuelles Nutzungsverhalten gemindert werden kann. Zugleich geben sie auch Hinweise auf technische Alternativen. So könnte die Strahlungsexposition durch die Basisstationen gesenkt werden, wenn statt dreier Anbieter, die in Deutschland jeweils ein Netz aufgebaut haben, und entsprechende Basisstationen unterhalten, nur ein einziger zugelassen wäre.

Rekonstruktion des Risikodiskurses Mobilfunk

Nun gehe ich zunächst auf den Risikodiskurs Mobilfunk ein, wobei ich als Leitfaden der Darstellung die Fragen wähle, die man an das Argument stellen kann. Hier zunächst ein Überblick:

1) Waren die Untersuchungen ausreichend?	<ul style="list-style-type: none"> { Nein, denn gegen die Methodik der bisherigen Studien gibt es konkrete Einwände. { Nein, denn gegen die bisherigen Studien gibt es generelle Einwände. { Ja, denn letzte Eindeutigkeit wird man wissenschaftlich nie erzielen können.
2) Hat die Suche <u>wirklich</u> keine Nachweise erbracht?	<ul style="list-style-type: none"> { Es gibt zwar keine Nachweise, wohl aber Hinweise. Es gibt zwar Effekte, aber keine Schäden. { Natürlich gibt es Nachweise, so wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass...
Wissenschaftsdiskurs	
Politisch-gesellschaftlicher Diskurs	
3) Sollten wir diesen Stand der Dinge akzeptieren, auch wenn er keine abschließende Sicherheit bietet?	<ul style="list-style-type: none"> { Nein, nach dem Vorsorgeprinzip müssen wir schon Hinweise ernst nehmen. { Nein, die Grenzwerte müssen weiter gesenkt werden. { Nein, denn Kinder, die noch im Wachstum sind, sind besonders gefährdet. { Nein, denn es gibt Alternativen { Ja, denn die Technik hat viele positive Effekte. { Ja, denn wenn man jetzt noch immer skeptisch ist, müsste man konsequenterweise auch Fernsehen und Radio einschränken oder abschaffen. { Ja, denn die Technik ist von den Konsumenten breit akzeptiert als wichtig und notwendig. { Ja, denn wenn sich doch etwas Negatives herausstellt, kann die Technik wieder zurück geholt werden, sie ist reversibel. { Ja, denn es liegt überwiegend in der Hand des einzelnen Nutzers, wie hoch seine Belastung ist. Der Einzelne kann Vorsorge treffen

Abbildung 2: Der Wortwechsel im Mobilfunkdiskurs

Die mit »Nein« beginnenden Stimmen sind Stimmen der Gegner, die mit »Ja« beginnenden Sätze sind Argumente der Befürworter. Deutlich ist, dass das Bild zweigeteilt ist – oben findet man die wissenschaftlich-technischen Argumente und unten in die ethisch-politischen. Im »oberen« Bereich wird um Wissen und Nichtwissen gerungen, im »unteren« Bereich geht es um Werte bzw. Interessen. Ganz chemisch rein ist beides freilich nicht voneinander zu trennen.

Waren die bisherigen Studien ausreichend?

Auf diese Fragen antworten Befürworter und Gegner, wie zu erwarten, im Mobilfunkdiskurs unterschiedlich. Bei den Befürwortern sind die erwähnten Versuche einer Schließung unverkennbar, die Gegner sind um eine Öffnung bemüht, wie die beiden folgenden Graphiken, welche die erfassten Argumente auflisten, erkennen lassen (s. Abb. 3 und 4).

Sichtbar ist, dass eine Einigung wohl schwierig ist – selbst wenn die Befürworter plausible Gründe darlegen können, weshalb die bisherige Untersuchung ausreichend war, können die Gegner auf immer neue Erfahrungsräume verweisen. Hier kommt dann aber der Faktor Geld und auch der Faktor Zeit ins Spiel: Je intensiver Forschung wird, desto langwieriger und desto teurer gerät sie. Ein Zusammenhang, auf den im Kontext allgemeiner wissenschaftsphilosophischer Erwägungen besonders Nicholas Rescher (1999 und 2009) immer wieder hingewiesen hat.

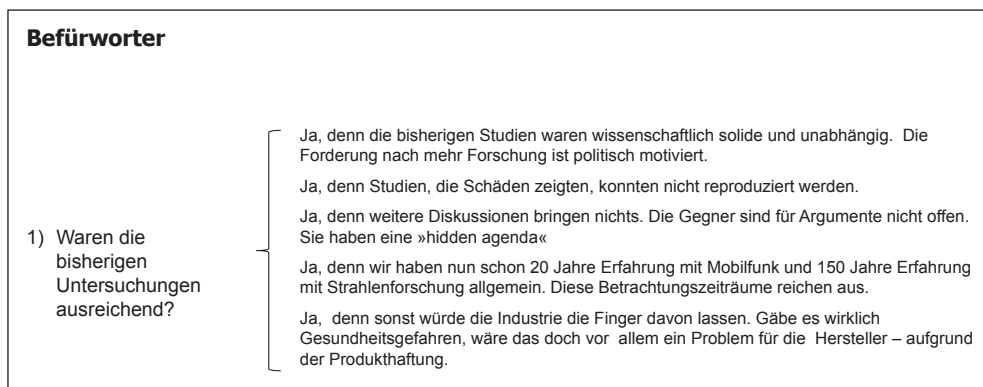


Abbildung 3: Stimmen der Befürworter: Die Untersuchungen waren ausreichend

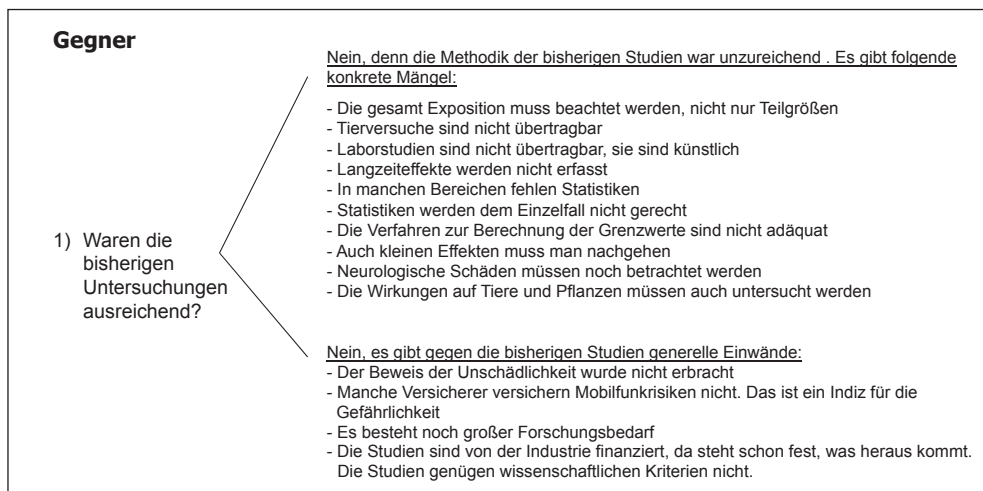


Abbildung 4: Stimmen der Gegner: die Untersuchungen waren nicht ausreichend.

Stimmt es, dass wirklich nichts gefunden wurde?

Auf diese Frage antworten die Befürworter mit einem herzhaften »Ja«. Damit ist die Sache aber nicht abgeschlossen, wie die Abbildung 5 zeigt. Die Gegner haben mehrere Einwände, erinnern an bestimmte Studien, die bestimmte Schäden gezeigt hätten. Die Befürworter leugnen entweder diese Schäden oder bagatellisieren sie (»Keiner kann beurteilen, wie schlimm jetzt ein paar Kopfschmerzpatienten mehr sind«, sagte ein Interviewpartner), oder sie verweisen darauf, dass diese Schäden nicht der Technik selbst vorzuwerfen seien, sondern dem Gebrauch, der von ihr gemacht wird (zum Beispiel, wenn Mobiltelefone beim Autofahren genutzt werden, wodurch die Unfallgefahr steigt). Eine bedeutende Antwortstrategie ist die Unterscheidung von Nachweisen und Hinwei-

sen, auf die ich im Folgenden etwas näher eingehen will. Ein Hinweis ist nur ein Anzeichen, das nicht zwingend ist. Ein Nachweis hingegen ist ein kompletter Beweis des infrage stehenden Sachverhalts.

Auch die Unterscheidung von Schäden und Effekten wird eingesetzt, um den Dissens darüber, ob sich etwas nachweisen lässt oder nicht, auf eine neue Stufe zu heben. Es lässt sich manches finden, kann man mit dieser Unterscheidung sagen, aber das sind zunächst noch keine Schäden, sondern Effekte. Bei dieser Unterscheidung scheint es aber so zu sein, dass sie eher von den Befürwortern verwendet wird und zwar zur Verteidigung gegen die Gegner. So dient sie insbesondere als Antwort auf die Feststellung, dass sich bei Leuten, die Mobilfunkstrahlung ausgesetzt sind, durchaus physiologische Effekte nachweisen lassen. Nun ja, kann dann der Befürworter sagen, es ist aber nicht jeder Effekt auch ein Schaden. Dennoch ist die Unterscheidung auch vom Gegner zu verwenden, der ja sagen kann (und sagen wird), dass sich jeder Effekt über längere Zeit zu einem Schaden summieren kann.

Sollten wir den Stand der Dinge akzeptieren, auch wenn er keine definitive Sicherheit bietet?

Die Frage, ob die Umstände so beschaffen sind, dass man das Argument, auch wenn es keine definitive Sicherheit bietet, doch gelten lassen sollte, öffnet das Spektrum der moralisch-politischen Argumente. Hier geht es, wie in vielen gesellschaftlichen Diskussionen, um Nutzen und um (möglichen) Schaden. Und hier lassen sich natürlich viele Pluspunkte für die Mobiltelefonie namhaft machen. Nicht nur die üblichen ökonomischen Gründe sprechen für die Technologie, nicht nur die Tatsache, dass die Konsumenten in ihr einen Nutzen zu finden vermögen. Vielmehr lässt sich eine überzeugende Verbindung zwischen dieser Technologie und dem Thema Rettung aus der Not herstellen – denn durch Mobiltelefone werden die Anfahrtszeiten der Rettungsfahrzeuge nachweislich deutlich verkürzt. Schließlich verstärkt die Technologie auch das Sicherheitsgefühl gerade schwächerer Bevölkerungsgruppen.

Neben Nutzen und möglichem Schaden geht es bei den moralisch-politischen Argumenten aber darum, *wer* Nutznießer und *wer* potentiell Geschädigter ist. Diese Frage ist zentral und es zeigt sich auch hier wieder, dass unter dem Titel des Risikos oft Gerechtigkeitsfragen verhandelt werden, bzw. dass Risikofragen ihre Brisanz gerade daraus beziehen, dass in ihnen Gerechtigkeitsfragen verborgen sind. Denn wenn, wie so oft, von Chancen und Risiken gesprochen wird, so ist die Unterstellung, dass es »unsere« Chancen und »unsere« Risiken sind, oft ungenau, denn diejenigen, die bei neuen Risiken von den Chancen profitieren werden, sind nicht selten von denen verschieden, die mit den möglichen Schäden zurechtzukommen haben.

Im Falle des Mobilfunks ist es nun auffällig, dass nirgends die an sich mögliche kritische Position vertreten wird, dass es nur wenige Profiteure gebe, die »ihre« Technologie auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen möchten. Vielmehr scheint es so zu sein, dass breit akzeptiert wird, dass die Technologie *Vielen* Nutzen bringt.

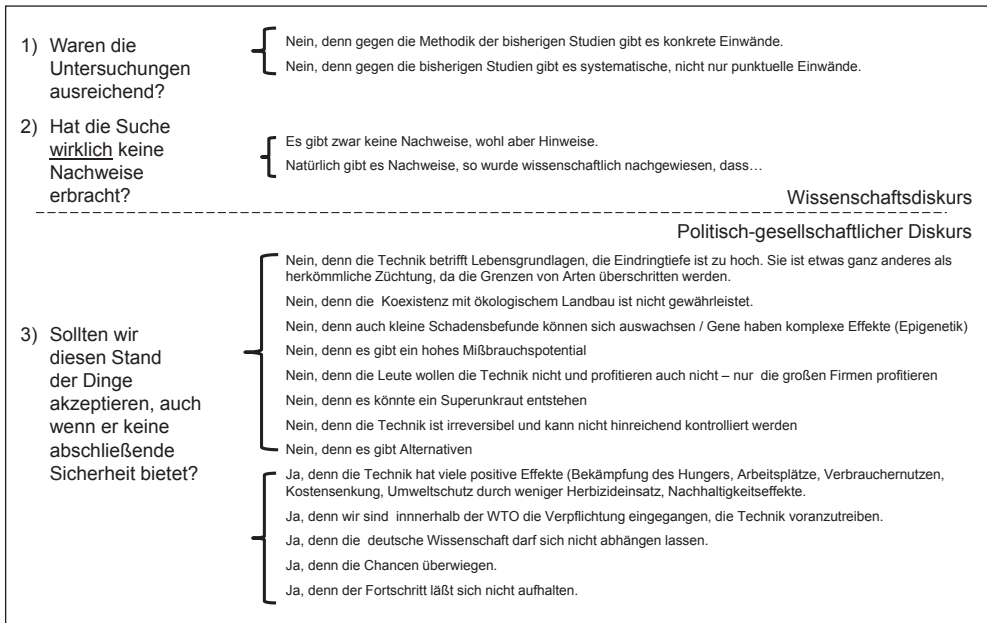


Abbildung 5: Details

Aufgrund der Struktur der Technologie entsteht die bei weitem höchste Strahlenbelastung nicht im Umfeld der Basisstationen, sondern an den Endgeräten. Insofern ist tatsächlich derjenige, der diese Technologie nutzt, auch derjenige, der den möglicherweise schädigenden Effekten ausgesetzt ist. Zu den relevanten Umständen gehört schließlich auch noch die Eigenschaft, dass die Technologie als solche reversibel ist – sie kann sozusagen, zumindest technisch gesehen, zurückgerufen werden, was typisch für eine elektronische Technik ist und sie in einer für Risikodiskurse relevanten Art und Weise von biologisch-chemischen Technologien unterscheidet, die meist nicht reversibel sind, weil sich Moleküle nicht mehr einsammeln lassen.

Rekonstruktion des Risikodiskurses Grüne Gentechnik

Mehrere Interpreten meinen, eine zentrale Rolle ideologischer Streitpunkte im Gentechnikdiskurs erkennen zu können und ziehen in Zweifel, dass es in der Auseinandersetzung um die Gentechnik tatsächlich (noch) um Risiken gehe.¹⁸ Mir erscheint es demgegenüber

18 Besonders deutlich formuliert Wolfgang van den Daele: »Die Motive des Konflikts über die Gentechnik liegen in der Angst vor Unbekanntem, in moralischem Widerstand gegen das Verhältnis zur Natur, das durch die modernen Biotechnologien hergestellt wird, und in politischem Protest gegen die Macht und das Mandat der privaten Wirtschaft, die Gesellschaft mit technischen Innovationen und dem dadurch bedingten sozialen Wandel zu überziehen – und all das tendenziell in globalem Maßstab« (Van den Daele 2001, S. 24–89).

durchaus vertretbar, diesen Diskurs wie auch den über Mobilfunk als Risikodiskurs zu beschreiben. Das ergibt sich schon daraus, dass unser »argumentum ad ignorantiam« in ihm eine prominente Rolle hat.

Der Risikodiskurs über die Grüne Gentechnik ist komplizierter als der Diskurs über Mobilfunk, weil hier nicht nur mögliche Gesundheitsgefahren diskutiert werden, sondern auch ökologische Schäden. Gleichwohl lassen sich auch hier die vielfältigen Stimmen, die wir eingefangen haben, in übersichtlicher Weise an das »argumentum ad ignorantiam« anknüpfen und auch die drei Fragen, welche den Finger auf die schwachen Punkte des Arguments legen, können wieder die Spektren der konkreten Argumente eröffnen.

Waren die Untersuchungen ausreichend?

Die Thematik der Schließung des Erfahrungsraumes ist im Falle der Grünen Gentechnik wesentlich virulenter als im Falle des Mobilfunks, da es hier nicht nur um mögliche gesundheitliche Auswirkungen geht, sondern auch um mögliche Umwelteffekte. Und die können potentiell alle Organismen betreffen, neben anderen Pflanzen auch Insekten, Vögel, Säugetiere, oder andererseits auch Mikroorganismen und Pilze. Das scheint die Sache der Befürworter fast aussichtslos zu machen.

Immerhin hat die ökologische Schadensvermutung einen konkreten Anhaltspunkt: Die Auskreuzung. Gentechnisch veränderte Pflanzen können über ihren Pollen ihr verändertes Erbgut auch auf andere Pflanzen übertragen. Ist dies ein Schaden? Es kann zum Beispiel ein ganz handfester ökonomischer Schaden sein, wenn diese anderen Pflanzen zu dem Acker eines ökologisch wirtschaftenden Nachbarbauern gehören, der daraufhin seine Ernte nicht mehr als ökologisch erzeugt absetzen kann und konkrete finanzielle Einbußen hat. Nach dem von der damaligen rot-grünen Regierungskoalition in Deutschland beschlossenen Haftungsrecht ist dies sogar für den Bauern, der die GMOs gesät hat, ein handfester Schaden, da er für den finanziellen Verlust seines Nachbarn haftbar gemacht werden kann. Kreuzen die gentechnisch veränderten Pflanzen jedoch auf Wildpflanzen aus, so hat zunächst einmal niemand einen unmittelbaren Schaden davon. Es ist aber, sagen die Gegner, zu beachten, dass die Gene ja ganz besondere Eigenschaften transportieren, zum Beispiel Resistenz gegen Unkrautvernichtungsmittel oder Resistenz gegen bestimmte Schädlinge. Kreuzen nun auch diese Eigenschaften auf Wildpflanzen aus, so könnte es sein, dass sehr robuste Pflanzen das Ergebnis sind. Solche Pflanzen könnten sowohl auf dem Acker als Unkräuter Probleme machen, wie auch in natürlichen Habitaten andere Arten verdrängen; sie stellen somit auch eine Gefährdung für die Biodiversität dar.

Größer ist die Einigkeit, was als ein gesundheitlicher Schaden, der durch den Konsum von Produkten, die mithilfe von oder aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt wurden, anzusehen ist. Der Streit geht dann um die Frage, ob solche Schäden nachgewiesen wurden oder nicht. Tatsächlich weisen die Befürworter darauf hin, dass die gentech-

nisch modifizierten Produkte wesentlich aufwendiger geprüft seien als die allermeisten herkömmlichen Produkte. Zum anderen seien da die vielen Millionen Nordamerikaner, die seit Jahren schon gentechnisch veränderten Mais und andere GMO-Produkte konsumieren – ohne dass bislang nachteilige gesundheitliche Effekte (die sich auf die genetische Modifikation zurückführen ließen) deutlich geworden seien. Hierzu merken jedoch die kritischen Stimmen unter anderem an, dass keineswegs überprüft worden sei, ob tatsächlich keine gesundheitlichen Schäden auftraten.

Stimmt es, dass wirklich nichts gefunden wurde?

Auch in diesem Diskurs ist die Unterscheidung von Nachweisen und Hinweisen, auf die ich oben bereits einging, wichtig, und auch die Unterscheidung von Effekten und Schäden findet man: Und hieran knüpft sich erneut ein Streit, wie man beides unterscheiden soll – ein Streit, der besonders im ökologischen Bereich nicht leicht zu unterscheiden ist.

Auskreuzung wird auch unabhängig von konkreten Schadenshypothesen von vielen Gegnern als etwas Unerwünschtes angesehen. Dies ist nur verständlich vor dem Hintergrund der kontroversen Beurteilung der Gentechnik als solcher. Für die einen ist sie eine Weiterentwicklung und Verfeinerung der klassischen Züchtung. Für die anderen ist sie etwas völlig andersartiges, weil Gentechnik es gestattet, artübergreifend zu züchten, also etwa ein Bakteriengen in eine Kulturpflanze einzusetzen. Die Produkte der Gentechnik sind demnach für die einen verbesserte Züchtungen, für die anderen Monstren. Und entsprechend bedeutet auch Auskreuzung für die einen etwas wenig Aufregendes, für die anderen aber so etwas wie eine Verseuchung der Natur, wie das Einsickern von monströsen Objekten in einen zuvor unberührten Bezirk. Und das wäre dann sehr wohl ein massiver Schaden.

Auskreuzung kann man zwar durch Sicherheitszonen und Auswahl der Pflanzensorten steuern, ausschließen kann man sie kaum. Wir haben hier also die Besonderheit, dass

Gegner

Stimmt es, daß wirklich nichts gefunden wurde?

Im ökologischen Bereich ist gar nicht klar, was als Schaden zu gelten hat. Auf jeden Fall kann man Effekte nachweisen. Hinweise gibt es auch im gesundheitlichen Bereich.

Natürlich gibt es Nachweise von Schäden, und zwar wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass...

- GVOs auskreuzen, und was dann passiert, ist weiterhin unklar
- Es zu einem Rückgang der Biodiversität kommt
- Vermehrt Spritzmittel eingesetzt werden, obwohl das Gegenteil behauptet wird
- Kleinbauern in der dritten Welt werden noch stärker als bisher von Saatgutherstellern abhängig
- Allergene, die im Spenderorganismus (z.B. Paranuß) vorhanden sind, können mit dem Gen in den Empfängerorganismus gelangen und diesen ebenfalls allergen machen.

Abbildung 6: Stimmen der Gegner

ein bestimmtes Ereignis von Befürwortern wie Gegnern als möglich oder sogar als wahrscheinlich angesehen wird, dass aber dieses Ereignis verschieden bewertet wird. Für die Befürworter ist es nichts weiter Bedenkliches, für die Gegner ein Schaden.

Diese Divergenz kann nur verstanden werden, wenn man auf den dahinterliegenden (normativen) Naturbegriff zurückgeht. Wer Natur als das andere zur Menschenwelt konzipiert, wie es in der Tradition auch üblich war, oder als Schöpfung Gottes, für den muss das Einsickern menschengemachter Erbanlagen in den natürlichen Genpool problematisch sein. Schon die Technologie als solche muss von einem derartigen Ausgangspunkt höchst bedenklich erscheinen, und ihr Unterschied zur herkömmlichen Züchtung wirkt in dieser Perspektive drastisch. Wer hingegen davon ausgeht, dass es eine ›unberührte Natur‹ auf unserem Planeten nicht mehr gibt, außer vielleicht an manchen Orten in der Tiefsee, wer der Meinung ist, dass die Natur, die uns umgibt, wenn wir im Wald spazieren gehen oder aufs Land fahren oder eine Exkursion in ein Naturschutzgebiet machen, von vornherein schon innerlich, nicht nur äußerlich von Menschen beeinflusst ist, für den ist die Freisetzung gentechnisch veränderten Erbgutes nicht unbedingt ein Schaden. In dieser Bedeutung unterschiedlicher Naturbegriffe (und damit verbunden unterschiedlicher Technikbegriffe) liegt möglicherweise das, was manche Interpreten als das ideologische Moment an der Debatte bezeichnen. Schon die Tatsache, dass Fragen der Bewertung im Gentechnikdiskurs eine solche Rolle einnehmen, weist auf darunterliegende Kontroversen hin, die diesen Diskurs von dem zuvor diskutierten über Mobilfunk unterscheidet.

Schließlich gibt es auch in diesem Diskurs einige divergente Interpretationen von Studienergebnissen, die den vielfach belegten im Mobilfunkdiskurs entsprechen. So wird etwa von denen, die behaupten, dass sehr wohl gesundheitliche Schäden durch den Konsum gentechnisch veränderter Lebensmittel nachgewiesen werden können, immer wieder die Studie von Arpad Pusztai aus dem Jahr 1995 angeführt. Pusztai hatte Kartoffeln, denen ein Gen von Schneeglöckchen eingeführt worden war, an Ratten verfüttert und deutliche Schädigungen nachweisen können. Jedoch wurden seine Studien in der Folge angezweifelt. Nicht angezweifelt wurde hingegen eine Studie zu transgenen Erbsen, die im australischen Canberra 2005 durchgeführt wurde und die in Fütterungsversuchen mit Mäusen deutliche Schädigungen nachweisen konnte. Die Versuche zu der neuen transgenen Erbsensorte wurden jedoch eingestellt, womit der Fall für die Befürworter zum Exempel eines funktionierenden Kontrollsystems wurde. Einigkeit besteht weiterhin darin, dass Allergene übertragen werden können – und dass dies kontrolliert werden muss.

Sind die Umstände so beschaffen, dass man diesen Stand der Dinge akzeptieren sollte, auch wenn er keine definitive Sicherheit bietet?

Gerade bei der grünen Gentechnik bleibt ein erhebliches Besorgnispotential bei den Gegnern. Wie gehen die Befürworter damit um? Auch hier gibt es wieder verschiedene Strategien. Die eine ist die Verkleinerung der Risiken durch Vergleich.¹⁹ So wird darauf hingewiesen, dass die vorgetragenen Risikohypothesen, die gentechnisch veränderten Pflanzen zugewiesen werden, genauso oder noch mehr auch für konventionelle und ebenso auch für Pflanzen aus ökologischem Anbau gelten. Allerdings werden von den Gegnern weitere Aspekte ins Feld geführt, zum einen die mangelnde Reversibilität der Technik: Während Mobilfunk theoretisch zurückholbar wäre, gilt das für gentechnisch veränderte Pflanzen wohl nicht.

Das ist das eine. Das andere ist die Frage nach dem möglichen Nutzen. Die Befürworter führen hier viele Punkte ins Feld, die für sich genommen eigentlich ungewöhnlich überzeugend klingen sollten. GMOs könnten plausibel in Anspruch nehmen, etwas zur Nachhaltigkeit beizutragen, weil weniger Pestizide eingesetzt werden müssten, sie liefern höhere Erträge und könnten daher auch möglicherweise einen Beitrag zur Minderung des Hungers in der Welt liefern. Allerdings werden die Belege, die dafür geliefert werden, einerseits vielfach bestritten und teilweise auch durch Gegenstudien widerlegt. Andererseits wirken sie auf die Gegner auch als Äußerung der Nahrungsmittelindustrie wenig glaubhaft.

Auffällig ist aber, dass es bislang nicht zu gelingen scheint darzulegen, wo der konkrete Nutzen für den individuellen Verbraucher liegen soll. GMOs schmecken nicht besser, sie sind nicht billiger, die Eigenschaften, die ihnen die Gentechnik angedeihen lässt, haben in aller Regel den Zweck, die Produktion und/oder die Verarbeitung dieser Nutzpflanzen zu optimieren. Davon hat aber nur der Produzent oder der Fabrikant etwas, nicht aber der Verbraucher. Und hier haben die Befürworter mit einem Problem zu kämpfen, denn während der Verbraucher keinen Nutzen hat, ist doch er es, der mit dem möglichen ökologischen oder gesundheitlichen Schaden im Falle eines Falles zurechtkommen müsste. Es liegt hier also der Verdacht nahe und wird auch ausgesprochen, dass der Nutzen privatisiert, während der mögliche Schaden auf die Allgemeinheit abgewälzt wird.²⁰

19 Die Verkleinerung durch Vergleich ist eine alte rhetorische Technik, die ausführlich etwa bei Quintilian (1995, S. 189–203) beschrieben wird. Quintilian zeigt natürlich ebenfalls, dass der Vergleich auch zum Vergrößern taugt, was in Risikodiskursen, auch in den besprochenen, häufig vorkommt, wenn etwa darauf verwiesen wird, dass auch FCKW als sicher galten – bis deren Langzeiteffekte in der Stratosphäre bekannt wurden. Wolfgang van den Daele (2001, S. 41 f.) spricht in Bezug auf den Gentechnikdiskurs von einer »Normalisierung der Risiken durch Vergleich«.

20 Die Bedeutung der sozialen Verteilung von Nutzen und Lasten für die Akzeptanz von Technologien ist in der Risikoforschung seit langem bekannt, siehe nur die Bemerkung von Ortwin Renn und Michael Zwick: »Die Öffentlichkeit hat im Umgang mit Risiken Heuristiken entwickelt, die auf qualitativen Risikomerkmale beruhen [...]: das Katastrophenpotential, die soziale Verteilung von Nutzen

Diese Asymmetrie unterscheidet den Diskurs über GMOs markant von dem Diskurs über Mobilfunk. Sie könnte einer der Gründe dafür sein, dass Grüne Gentechnik vor allem in Europa ein negativeres Image hat als die Mobilfunktechnologie. Denn weil die Nutznießer der Grünen Gentechnik bislang vor allem die Agroindustrie und die Saatguthersteller sind, lässt sich diese Technologie viel leichter als Machenschaft »der Industrie« ansehen. Das ist zwar prinzipiell auch beim Mobilfunk möglich, hier jedoch nur um den Preis einer gewissen Zwiespältigkeit.

Fazit

Das vorgestellte Modell darf nicht mit dem Diskurs selbst verwechselt werden. Der Diskurs selbst (zu einer bestimmten Zeit) ist die Gesamtheit aller (institutioneller und individueller) Stimmen, die sich öffentlich zum Thema Risiken von Mobilfunk (bzw. Grüner Gentechnik) geäußert haben und sich dabei explizit oder implizit auf andere Stimmen beziehen.²¹ Diese Stimmen alle einzeln zu hören und zu bewerten, übersteigt die Möglichkeiten jedes endlichen Hörers und Lesers. Umso wichtiger ist ein guter Ausgangspunkt für eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesen Stimmen. Man sieht anhand dieses Modells etwas Neues, kann mögliche Argumentationslinien ausfindig machen, solche also, die verfolgt werden könnten (auch wenn sie bisher von niemandem besprochen wurden), man kann aber auch tote Geleise identifizieren. Das Modell verdeutlicht damit die Struktur von Diskursen unter Nichtwissensbedingungen.

Es zeigt, welche Möglichkeiten es gibt, in Situationen, in denen negative Evidenz behauptet wird, konkrete und sinnvolle Rückfragen zu stellen, um so die Risikoforschung insgesamt oder im konkreten Fall weiterzuentwickeln. Sie zeigt aber auch, dass es grundlegende Aporien gibt, die jeder Form von Risikoforschung anhaften und die sich nicht auflösen lassen. Hierzu zählt die Divergenz zwischen dem Zeithorizont einer sachlich angemessenen Risikoforschung, der eher in Jahrzehnten auszudrücken wäre und dem Zeithorizont der Wirtschaft, der eher nach Monaten zählt. Hierzu zählt auch die Unmöglichkeit, die unendlich vielen Kombinationen von Faktoren, die in der wirklichen Welt zusammenwirken, um (unerwünschte) Wirkungen hervorzubringen, durch endlich viele Kombinationen im Labor erschöpfend zu überprüfen. Es sind gerade auch diese Aporien, die immer wieder nahelegen, auf die normative Ebene zu wechseln.²²

und Lasten risikobehafteter Technologien, ihre Kontrollierbarkeit und die wahrgenommene Freiwilligkeit der Risikoübernahme« (Renn/Zwick 1997, S. 3). Das sind die Grundannahmen der psychometrischen Risikoforschung.

21 Die Rhetorik solcher doppelt gerichteter Aussagen ist ausführlich und besonders plastisch von Michail Bachtin (der russische Name wird auch »Bakhtin« transkribiert) dargestellt worden, insbesondere im 5. Kapitel seines Werkes *Probleme der Poetik Dostoevskijs* (vgl. Bachtin 1971/1963, S. 202–228).

22 Ich danke Peter Wehling, Stefan Bösch und Karen Kastenhofer für konstruktive Kritik an früheren Versionen dieses Textes sowie Matthias Sebastian Klaes und Julia Fendt für viele redaktionelle Hinweise.

Literatur

- Aristoteles (1968): *Topik*. Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von E. Rolfes. Hamburg: Meiner.
- Aristoteles (1989): *Rhetorik*. Übersetzt, mit einer Bibliographie, Erläuterungen und einem Nachwort von F. G. Sieveke. München: UTB.
- Bachtin (Bakhtin), M. (1971): *Probleme der Poetik Dostoevskijs*. München: Hanser [Moskva 1963].
- Baumgartner, M./Graßhoff, G. (2004): *Kausalität und kausales Schließen*. Eine Einführung mit interaktiven Übungen. Bern: Bern Studies.
- Bösch, S./Kastenhofer K./Rust, I./Soentgen, J./Wehling P. (2010): *The Political Dynamics of Scientific Non-Knowledge. The Cases of Agro-Biotechnology and Mobile Phoning*. In: *Science, Technology & Human Values* 35, S. 783–811.
- Cook, G. (2004): *Genetically Modified Language*. London and New York: Routledge.
- Copi, M. (1968): *Introduction to Logic*. 3. Auflage. London: Pearson.
- Duncan, R./Weston-Smith, M. (1977): *Encyclopaedia of Ignorance*. 2 Bände. Oxford and New York: Pergamon.
- Van Eemeren, F. H./Grootendorst, R. (2004): *A Systematic Theory of Argumentation. The pragma-dialectical approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gigerenzer, G. (2007): *Bauchentscheidungen. Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition*. Gütersloh: C. Bertelsmann.
- Hajer, M. A. (2003): *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Band. 2: *Forschungspraxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hansen, H. V./Pinto, R. C. (1995): *Fallacies: Classical and Contemporary Readings*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Jones, T. (1990): *The Origins of Human Diet and Medicine*. Tucson: University of Arizona Press.
- Kastenhofer, K. (2007): *Technische Physiker zu EMF*. Manuskript, unveröffentlicht, Augsburg.
- Keith, W./Rehg, W. (2008): *Argumentation in Science: The Cross-Fertilization of Argumentation Theory and Science Studies*. In: Hackett, E. J./Amsterdamska, O./Lynch, M./Wajcman, J. (Hrsg.): *The Handbook of Science and Technology Studies*. 3. Auflage. Cambridge: MIT, S. 211–239.
- Kendrew, J. (1977): *Introduction*. In: Duncan, R./Weston-Smith, M. (Hrsg.): *Encyclopaedia of Ignorance*. 2 Bände. Oxford and New York: Pergamon.
- Koselleck, R. (1995): »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien. In: ders. (Hrsg.): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 349–375.
- Krabbe, E. C. W. (1995): »Appeal to Ignorance«. In: Hansen, H. V./Pinto, R. C.: *Fallacies: Classical and Contemporary Readings*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, S. 251–264.
- Lassen, J./Jamison, A. (2006): *Genetic Technologies Meet the Public*. In: *Science, Technology & Human Values* 31(1), S. 8–26.
- Locke, J. (1975): *An Essay concerning Human Understanding*. Hrsg. von P. H. Nidditch. Oxford: Oxford University Press.
- Perelman, C./Olbrechts-Tyteca, L. (1958): *Traité de l'Argumentation. La nouvelle rhétorique, en collaboration avec Lucie Olbrechts-Tyteca*. 2 Bände. Paris : PUF.
- Plinius Secundus (1897): *Naturalis Historiae liber XXIV*. Hrsg. von K. F. T. Mayhoff und L. Jan, Leipzig, Bibliotheca Teubneriana.
- Quintilianus, M. F. (1995): *Ausbildung des Redners. Zwölf Bücher*. Herausgegeben und übersetzt von H. Rahn. Zweiter Teil. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Renn, O./Zwick, M. (1997): *Risiko- und Technologieakzeptanz*. Berlin und Heidelberg: Springer.
- Rescher, N. (2009): *Ignorance*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Rescher, N. (1999): *The Limits of Science, Revised Edition*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

- Römer, D./Wengeler, M. (2013): »Die Globalisierung ist ein ökonomisches Phänomen mit politischen Folgen.« Linguistische Diskursanalyse am Beispiel der sprachlichen Konstruktion der »Arbeitsmarktkrise« 1997. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1(2), S. 137–158.
- Schiemann, G. (1997): Wahrheitsgewissheitsverlust. Hermann von Helmholtz' Mechanismus im Anbruch der Moderne. Eine Studie zum Übergang von klassischer zu moderner Naturphilosophie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schünemann, W. (2013): Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen. Exemplarische Darstellung eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1(1), S. 67–87.
- Sprute, J. (1982): Die Enthymemtheorie der aristotelischen Rhetorik. Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-Historische Klasse. Dritte Folge, Nr. 124. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- van den Daele, W. (2001): Besonderheiten der öffentlichen Diskussion über die Risiken transgener Pflanzen. Dynamik und Arena eines Modernisierungskonflikts. In: 5. Internationales Haftpflicht-Forum / 5th International Liability Forum Munich, S. 24–89.
- van den Daele, W./ Pühler, A./Sukopp, H. (1997): Transgenic herbicide-resistant crops. A participatory technology assessment, WZB Discussion Paper FS II 97–302. www.skylia.wz-berlin.de/pdf/1997/ii97-302.pdf. (Abruf 19.12.2013).
- van Eemeren, F. H./ Grootendorst, R. (2004): A Systematic Theory of Argumentation. The pragma-dialectical approach, Cambridge University Press, S. 158–186.
- Verne, J. (2014): Voyage au centre de la terre (zuerst 1864). www.ebooks.adelaide.edu.au/v/verne/jules/v52vc/chapter14.html (Abruf 29.1.2014).
- Walton, D. (1996): Arguments of Ignorance. Pennsylvania: The Pennsylvania University Press.
- Walton, D. (2006): Fundamentals of Critical Argumentation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wehling, P. (2006): Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens. Konstanz: UVK.
- Wiedemann, P./Schütz, H./Spangenberg, A. (2005): Bewertung der wissenschaftlichen Literatur zu den Risikopotenzialen von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern des Mobilfunks. Teil 1: Darstellung und Diskussion der Themenfelder. Forschungszentrum Jülich, Jülich.
- Wiedemann, P. M./ Schütz, H./Thalmann, A. T. (2003): Mobilfunk und Gesundheit. Risikobewertung im wissenschaftlichen Dialog, Forschungszentrum Jülich, Jülich.
- Wiedemann, P./Mertens, J./Schütz, H./Hennings, W./Kallfass, M. (2001): Risikopotentiale elektromagnetischer Felder: Bewertungsansätze und Vorsorgeoptionen, Band 1. Forschungszentrum Jülich, Jülich, S. 52–86.

Anschrift:

Dr. Jens Soentgen
 Wissenschaftszentrum Umwelt
 Universität Augsburg
 Universitätsstraße 1a
 86159 Augsburg
 soentgen@wzu.uni-augsburg.de

Nationale Identität und Staatsbürgerschaft

Diskursive Identifikationen am Beispiel der schweizerischen Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«

Zusammenfassung: Basierend auf einer wissenssoziologischen Diskursanalyse der Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« wird der Frage nachgegangen, welche kollektiven Identifikationen und Mitgliedschaftsvorstellungen die Debatte prägten, in deren Zentrum Einbürgerungen und die Staatsbürgerschaft standen. Der Aufsatz stellt dar, welche vier Diskurse die Debatte strukturierten: (1) Demokratie als (absolute) Volksherrschaft, (2) Ausländer(massen), die nicht passen, (3) Demokratie in rechtsstaatlichem Rahmen und (4) integrierende Demokratie. Für zwei dieser vier Diskurse wird schliesslich aufgezeigt, wie sie aus der jeweiligen Perspektive ihres Weltdeutungshorizonts die Schweiz als Nationalstaat, seine BürgerInnen sowie zugewanderte Personen imaginieren und charakterisieren.

Schlagworte: Wissenssoziologische Diskursanalyse, nationale Identität, Konservatismus, ethnischer Nationalismus, Populismus, Schweiz

Summary: Based on a discourse analysis of the popular initiative »for democratic naturalizations«, the article seeks to understand what collective identifications and notions of membership were central to the debates provoked by the initiative, the debate focusing on naturalizations and citizenship. Four discourses structured this debate: (1) democracy as (absolute) popular government, (2) (masses of) non-fitting foreigners, (3) democracy based on the rule of law, and (4) integrative democracy. Analyzing two of these discourses, the article examines how within each of their interpretive horizons the Swiss nation state, its citizens as well as migrants are imagined and characterized.

Keywords: sociology of knowledge approach to discourse, national identity, conservatism, ethnic nationalism, populism, Switzerland

1. Einleitung¹

In der politischen und medialen Öffentlichkeit der Schweiz wird immer wieder über »Volksinitiativen« debattiert, welche in der einen oder anderen Form Personen zum Gegenstand haben, die in der Schweiz leben und arbeiten, aber nicht über das schweizerische Bürgerrecht verfügen. Vor allem seit den 1970er Jahren haben solche Initiativen Konjunktur: Von 1970 bis 1977 kamen drei »Überfremdungsinitiativen« sowie eine zur »Beschränkung der Einbürgerung« zur Abstimmung. Nach der »Mitenand«-Initiative

1 Die Studie, auf der dieser Artikel basiert, entstand aus einem Forschungsprojekt, welches von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen finanziell unterstützt wurde.

(1981) wurde abgestimmt über: eine «Begrenzung der Einwanderung» (1988), »gegen die illegale Einwanderung« (1996), »für eine Regelung der Zuwanderung« (2000) sowie »gegen Asylrechtsmissbrauch« (2002).

Der vorliegende Artikel befasst sich mit der Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«, über die im Jahr 2008 abgestimmt wurde und die am Anfang einer erneuten Reihe von Volksinitiativen steht, die Migration und politische Partizipation – getrennt oder kombiniert – thematisieren. Volksinitiativen geben der Stimmbevölkerung die Gelegenheit, Änderungen der Bundesverfassung vorzuschlagen und darüber abzustimmen. Die Initiative »für demokratische Einbürgerungen« hatte eine partielle Neuregulierung des Einbürgerungsverfahrens zum Ziel. EinbürgerungskandidatInnen wäre bei negativen Einbürgerungsentscheiden kein Rekursrecht mehr zugestanden worden und den Gemeinden wäre die Freiheit eingeräumt worden, die Art der Entscheidungsfindung bei Einbürgerungen selbst festzulegen.² Beworben wurde die Initiative unter anderem mit dem Slogan »Massen-Einbürgerung Stop« und mit einem in der Öffentlichkeit prominent figurierenden Bildmotiv im Stil »ästhetischen Heimwehs« (Keller 2009a), welches Hände unterschiedlicher Hautfarbe zeigt, die auf offen daliegende Schweizerpässe zugreifen. In ähnlichem Stil wurden auch die auf die Einbürgerungsinitiative folgenden Volksinitiativen beworben: »Gegen den Bau von Minaretten« (Abstimmung im Jahr 2009), »Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)« (2010), »Für die Stärkung der Volksrechte in der Außenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)« (2012), »Volkswahl des Bundesrates« (2013), »Gegen Masseneinwanderung« (2014) sowie »Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)« (zustande gekommen im Jahr 2013).

Die Initiative war Anlass zu einer Debatte einerseits darüber, an welchen Entscheiden Schweizer StaatsbürgerInnen mittels (direkt)demokratischen Mitbestimmungsverfahren beteiligt werden sollten – im vorliegenden Fall am Entscheid über die Erteilung oder Verweigerung der Staatsbürgerschaft. Dies brachte eine diskursive Thematisierung des Verhältnisses der Bevölkerung zur staatstragenden Elite mit sich. Andererseits wurde – ob schon dies die vorgeschlagene Änderung der Bundesverfassung nicht geregelt hätte – darüber debattiert, inwiefern und aufgrund welcher Kriterien Ansässige ohne Schweizer Bürgerrecht einen Anspruch auf die Staatsbürgerschaft und damit auf politische Mitbestimmung haben. Diese Fragen nach Selbstbestimmung und Zugehörigkeit sind im Kern Fragen des (nationalen) Selbstverständnisses und der (nationalen) Identität.

Die folgenden Ausführungen gehen diesen Fragen nach. Sie basieren auf einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (Elliker 2013), die auf Grundlage von Daten aus der massenmedialen und politischen Öffentlichkeit mittels qualitativer Methodik die Diskurse, welche die Debatte strukturierten, rekonstruiert hat. Dieser Artikel konzentriert sich darauf, wie sich im Rahmen der Debatte rund um politische Partizipation, Staats-

2 Der Bundesverfassungsartikels 38 Abs. 4 (neu) hätte bei einer Annahme der Initiative wie folgt gelautet: »Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig« (Bundeskanzlei 2008, S. 12).

bürgerschaft und Migration aus der Warte zweier dieser diskursimmanenten Welterfahrungs- und Deutungshorizonte Vorstellungen eines nationalen Selbstverständnisses und einer nationalen Identität artikulieren.

Im zweiten Kapitel wird zunächst der Ansatz der wissenssoziologischen Diskursanalyse in seinen Grundzügen dargelegt, die Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« in ihrem zeitlichen Ablauf vorgestellt, die Forschungsmethodik erläutert sowie der Zusammenhang zwischen Staatsbürgerschaft und nationaler Identität im schweizerischen Kontext thematisiert. Im dritten Kapitel werden zwei der vier Diskurse vorgestellt, die anhand des Datenmaterials rekonstruiert wurden. Die Abschnitte dieses Kapitels nehmen eine diskursimmanente Perspektive ein, d.h. sie schildern, wie und mit welchen Deutungsmustern die Diskurse die zur Debatte stehenden Ausschnitte sozialer Wirklichkeit auf für sie jeweils typische Weise konstruieren. Das vierte Kapitel greift schließlich den oben angesprochenen Fokus der kollektiven Identitätskonstruktion auf und konzentriert sich dabei auf die prominenten Diskurse der Volksherrschaft und der Nichtpassung.

2. Wissenssoziologische Diskursanalyse

Die Staatsbürgerschaft als Institution und Gegenstand sozialer Schließung ist sowohl für einen Staat insgesamt als auch für diejenigen, die auf dem Staatsgebiet als Bürger oder Nicht-Bürger leben, von potentiell großer Tragweite. Dementsprechend ist die Ausgestaltung dieser Institution umstritten. Die Debatte rund um die Staatsbürgerschaft stellt einen Aushandlungsprozess darüber dar, wie diese institutionalisierte gesellschaftliche Wirklichkeit gestaltet werden soll. Im Anschluss an die sozialkonstruktivistische Wissenssoziologie (Berger/Luckmann 1966\2000) verstehe ich diese Debatte als einen durch Akteure vorgenommenen Einsatz legitimatorischer Wissensbestände, mit welchen bestimmte Ausschnitte gesellschaftlichen Handelns respektive eine partielle Neugestaltung dieser Ausschnitte legitimiert werden soll. Der Fokus auf den Abstimmungskampf im Hinblick auf die Einbürgerungsinitiative erlaubt es, diejenigen Wissenskonglomerate zu analysieren, die in der Debatte strukturierende Wirkung entfalten. Es geht mit anderen Worten um eine fallbezogene Analyse »gesellschaftliche[r] Wissensverhältnisse [als] komplexe soziohistorische Konstellationen der Produktion, Stabilisierung, Strukturierung und Transformation von Wissen bzw. symbolischen Ordnungen in vielfältigen gesellschaftlichen Arenen« (Keller 2010, S. 62).

In diesem Sinne ist die folgende Analyse als wissenssoziologische Diskursanalyse konzipiert. Diskurse verstehe ich dabei als »Aussagenkomplexe, die Behauptungen über einen Phänomenbereich aufstellen und [die] mit mehr oder weniger stark formalisierten/formalisierbaren Geltungsansprüchen versehen sind« (Keller 2007a, S. 63). Dieser Diskursbegriff fokussiert die »Typik disparater empirischer und als Ereignisse singulärer Äußerungen« (Keller 2008, S. 200), eignet sich also, um einen sich über verschiedene institutionelle Felder erstreckenden Strukturierungszusammenhang zu analysieren. Bei einer Rekonstruktion solcher Diskurse stellt sich immer die Frage nach der Abgrenzung der

einzelnen Diskurse. Eine solche Abgrenzung kann sich prinzipiell an zwei Dimensionen orientieren: an der Phänomenkonstitution sowie an den institutionellen Feldern, in welchen die Diskurse sich artikulieren (ebd., S. 213). Für die vorliegende, gleichsam feld- und institutionenübergreifend angelegte Analyse unterscheide ich die Diskurse nach ihrem inhaltlich-thematischen Strukturierungszusammenhang. Diese Perspektive geht indes nicht von einer akteurs- und institutionslosen Konzeption sozialer Wirklichkeit aus: Diskurse werden in der Alltagspraxis von Akteuren für bestimmte Zwecke in bestimmten Handlungsfeldern eingesetzt. Ihr Handlungsspielraum wird dabei auch von feld- und organisationsinternen Relevanzen bestimmt. Die vorliegende Analyse ist indes weniger an diesen diskursexternen Handlungsrelevanzen interessiert, sondern vielmehr an denjenigen diskursiven Bestandteilen, welche durch diese Verwendungspraxis letztlich Eingang in die öffentliche Debatte gefunden haben.

2.1 Die Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«

Volksinitiativen entfalten nicht erst kurz vor der Abstimmung und nicht nur im Falle einer Annahme eine Wirkung.³ Abgesehen von ihrer Rechtsetzungsfunktion dienen Initiativen unter anderem auch als Verhandlungspfand, als Werbe- und Wahlkampfmittel und als Mittel zur Mobilisierung und Aktivierung. Oft werden sie im Rahmen einer Protest- und Oppositionsstrategie eingesetzt (vgl. dazu Rohner 2012, S. 41 ff.). Von der Lancierung bis zur Abstimmung befassen sich diverse Akteure zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit einer Volksinitiative. Im Falle der Initiative »für demokratische Einbürgerungen« erstreckte sich der Zeitraum von der Lancierung durch die Schweizerische Volkspartei (SVP) am 13. September 2003 bis zur Abstimmung am 1. Juni 2008 über fünf Jahre. In diesem Zeitraum wurde unter anderem die Initiative von der Bundeskanzlei einer Vorprüfung unterzogen⁴, wurden für das Zustandekommen innerhalb von 18 Monaten 100.000 Unterschriften gesammelt und eingereicht sowie vom Bundesrat als auch vom Parlament Botschaften, Empfehlungen und ein »indirekter Gegenvorschlag«⁵ ausgearbeitet und verabschiedet. Der Beschluss und die Empfehlung des Parlaments lagen am 5. Oktober 2007 vor.⁶ Während diesen vorgeschriebenen Bestandteilen des Verfahrens, die für den Erfolg einer jeden Initiative von Bedeutung sind, im politischen Feld sowie in den Massenmedien eine bestimmte Aufmerksamkeit zukommt, entfaltete sich auch in

3 Von den bis heute über 400 lancierten Volksinitiativen kamen gut 300 zustande; abgestimmt wurde über 189, angenommen wurden lediglich 20 (Stand: 8. April 2014; www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis_2_2_5_9.html, Abruf: 9. April 2014).

4 Die amtlichen Dokumente zur Initiative sind einsehbar unter: www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis320.html (Abruf: 9. April 2014).

5 Der indirekte Gegenvorschlag sah eine Regelung auf Gesetzesebene vor, welche sicherstellen sollte, dass »Einbürgerungen weiterhin an Gemeindeversammlungen entschieden werden können. Ablehnende Anträge müssen vor den Abstimmungen jedoch begründet werden und dürfen nicht diskriminierend sein« (Bundeskanzlei 2008, S. 17).

6 Parlament und Bundesrat empfahlen eine Ablehnung der Initiative.

diesem Fall die intensivste öffentliche Debatte im Vorfeld der Abstimmung vom 1. Juni 2008.⁷ Am 22. Juli 2008 stellte der Bundesrat abschließend fest, dass die Initiative mit 1.415.249 Nein-Stimmen gegen 804.730 Ja-Stimmen abgelehnt wurde.⁸

2.2 Datenkorpus und Interpretationsverfahren

Die Studie beschränkte sich auf die Debatte in der politischen und medialen Öffentlichkeit, auf jenen Raum, »in dem Gesellschaften sich ihrer Existenz als Gesellschaften bewusst werden« (Imhof/Kleger/Gaetano 1993). Sie stützte sich dabei auf einen *Textkorpus* sogenannter »natürlicher Daten« aus den Massenmedien und der Politik. Die Textselektion verfolgte das Ziel der fallbezogenen Ausdifferenzierung und Rekonstruktion sämtlicher Diskurse, welche die Debatte rund um die Volksinitiative strukturierten. Das Selektionsverfahren orientierte sich dabei am theoretischen Sampling der Grounded Theory (Corbin/Strauss 2008, S. 143 ff.), das mittels maximaler und minimaler Kontrastierung auf die Herausarbeitung der wesentlichen fallbezogenen Dimensionen ausgerichtet ist. Die Selektion erfolgte in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wurde der Gesamtdatenkorpus zusammengestellt. Berücksichtigt wurden dabei Texte, die auf die Initiative Bezug nahmen. Sowohl im politischen Feld als auch in den Massenmedien wurde das Spektrum unterschiedlicher politischer »Weltanschauungen« oder »Positionen« über die konventionellen Dimensionen »links–rechts« sowie »liberal–konservativ« aufgespannt (vgl. dazu Hermann/Leuthold 2003, S. 15 f.). Aus dem *politischen Feld* wurden dabei diejenigen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure berücksichtigt, die sich in sogenannten Argumentarien und anderen Stellungnahmen zur Initiative äußerten. Im Hinblick auf Volksinitiativen schließen sich interessierte Akteure oft zu Komitees zusammen, die sich entweder für oder gegen eine Annahme der Initiative einsetzen. Sämtliche der größeren politischen Parteien entlang des gesamten Spektrums haben zur Initiative Stellung genommen: Der Korpus umfasst auf der Seite der Befürworter Äußerungen der rechtskonservativ geprägten Schweizerischen Volkspartei (SVP), des Vereins »Sicherheit für Alle« (Sifa), des »Überparteilichen Komitees »Bürgerrechte stärken«« sowie die Inserate des SVP-nahen Komitees »für die Initiative für demokratische Einbürgerungen«. Die Initiativegegner setzen sich nahezu aus dem gesamten restlichen politischen Spektrum links der SVP zusammen. Der Korpus umfasst Äußerungen der (rechtsbürgerlichen) Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, des Komitees »Fairness statt Willkür – NEIN zur Einbürgerungsinitiative« der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP), der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) sowie der Grünliberalen Partei Schweiz, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) sowie des »Komitees »Nein zu unfairen Einbürgerungen«, das zahlreiche Organisationen umfasst. Der Datenkorpus

7 Am 1. Juni 2008 wurde zudem über zwei andere Initiativen abgestimmt: »Volksouveränität statt Behördenpropaganda« und »Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung« (vgl. dazu: www.admin.ch/ch/d/pore/va/20080601/index.html, Abruf: 9. April 2014).

8 Bundesratsbeschluss vom 22. Juli 2008 (www.admin.ch/ch/d/ff/2008/6161.pdf, Abruf: 9. April 2014).

der politischen Akteure überschneidet sich teilweise mit dem der Massenmedien, da gerade auf der Befürworterseite mit zahlreichen Inseraten für die Abstimmung geworben wurde. *Medientexte* wurden über einen Zeitraum von insgesamt elf Wochen erhoben, vom 31. März 2008 bis zur Abstimmung am 1. Juni 2008 und zwei Wochen darüber hinaus bis zum 15. Juni 2008. Berücksichtigt wurden dabei Artikel zur Einbürgerungsinitiative aus den bedeutenden, überregionalen Zeitungen, womit der Gesamtdatenkorpus Äußerungen aus dem gesamten politischen Spektrum umfasst.

Die rekonstruktive Feinanalyse (vgl. dazu Keller 2007a, 2007b) wurde aufgrund des umfangreichen Datenkorpus nicht für sämtliche Texte durchgeführt, sondern beschränkte sich auf einige Schlüsseltexte. Ausgehend von den sich induktiv aus dem Material ergebenden Bedeutungsdimensionen wurden jene Texte ausgewählt, welche im Hinblick auf die Diskursrekonstruktion am gehaltvollsten erschienen. Das Ziel der Rekonstruktion waren keine Häufigkeits-, sondern *Existenzaussagen*. Die Interpretationsrepertoires der Diskurse (Potter/Wetherell 1995) wurde mit einer Deutungsmusteranalyse (Meuser/Lüders 1997) rekonstruiert. Nach Keller sind Deutungsmuster ein Ergebnis

»der ›sozialen Konstruktion von Wirklichkeit‹, d.h. ein historisch-interaktiv entstandenes, mehr oder weniger komplexes Interpretationsmuster für weltliche Phänomene, in dem Interpretamente mit Handlungsorientierungen, Regeln u. a. verbunden werden. [...] In Diskursen werden unterschiedliche Deutungsmuster für weltliche Referenzphänomene miteinander in spezifischer Weise verknüpft.« (Keller 2007b, S. 21)

Die Feinanalyse der Deutungsmuster wurde mit einer ethnosemantischen Analyse von Bedeutungskomponenten und kulturellen Themen (vgl. Spradley 1979, 1980; Maeder/Brosziewski 1997) sowie punktuell mit einer Sequenzanalyse, wie sie in der sozialwissenschaftlichen und objektiven Hermeneutik entwickelt wurde, durchgeführt. Beide operieren, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, mit der gedankenexperimentellen Kontrastierung unterschiedlicher Bedeutungsgehalte und der fortlaufenden, am Material orientierten Überprüfung, welche Bedeutung im jeweiligen Kontext realisiert wurde. Während des Rekonstruktionsprozesses wurden fortlaufend auch Hypothesen darüber gebildet, ob und wie bestimmte Deutungsmuster zusammenhängen. Bestimmte Deutungsmuster erwiesen sich dabei als zentral in dem Sinne, dass sie »umfassende« Rahmen darstellten, auf die sich die anderen Deutungsmuster bezogen. Diese Deutungsrahmen bilden den Kern der Diskurse. Wie erwähnt, zielte die Rekonstruktion auf die Typik des inhaltlich-thematischen Zusammenhangs ab. Sie ging daher auch nicht davon aus, dass sich Diskurse notwendigerweise durch ihre Verwendung von bestimmten politischen Akteuren oder von Befürwortern und Gegnern unterscheiden lassen, zog also die Möglichkeit »unerwarteter Diskursverwendung« in Betracht.

2.3. Staatsbürgerschaft und »nationale Identität«

Die Staatsbürgerschaft ist als »rechtliche Mitgliedschaft in einem Staat mit den daran gebundenen Rechten, Pflichten und der politischen Partizipation« (Argast 2007, S. 34) ein in der modernen Staatenlandschaft omnipräsentes Instrument und zugleich ein Gegenstand sozialer Schließung (Brubaker 1994). Als Instrument dient sie der externen – territorialen – und der internen Schließung, wobei letztere auf den Ausschluss von Interaktionskontexten innerhalb des Staatsterritoriums verweist. Die interne Schließung lässt sich weit weniger gut mit »materiellen« oder »vitalen Staatsinteressen« (ebd.) begründen als die territoriale Schließung, denn sie betrifft in der Regel Personen, die schon seit längerer Zeit auf dem Staatsterritorium leben, bereits mehr oder weniger gut in die gesellschaftliche Arbeitsteilung und sozialen Netzwerke eingebunden sind und materiell, kulturell und politisch-institutionell in unterschiedlichem Maß an der Gesellschaft teilhaben (Kronauer 2002). Damit tangieren sie bereits die »vitalen Staatsinteressen«, können aber nicht einfach ausgewiesen werden.⁹ Debatten um Einbürgerungen werden daher weniger materielle Interessen ins Zentrum stellen, sondern die rechtliche Mitgliedschaft im Staat mit der Frage der Zugehörigkeit zur Nation verbinden. Diskussionen rund um die Staatsbürgerschaft und Einbürgerungen sind deshalb vor allem im Kontext einer »Politik des Nationalen« zu sehen:

»Als solche ist sie eine *Politik der Identität* und keine *Interessenpolitik* im eingeschränkten, materiellen Sinne. Sie dreht sich mehr um Selbstverständnis denn um Eigeninteresse; die sie prägenden ›Interessen‹ sind eher ideell denn materiell. Die Kardinalfrage lautet nicht: ›Wer bekommt was?‹, sondern: ›Wer ist was?‹ [Hervorhebung im Original]« (Brubaker 1994, S. 236)

Bei einer Debatte über Einbürgerungen im schweizerischen Kontext ist mit einer Reihe von spezifischen Bezugspunkten zu rechnen, die sich aus bestimmten Charakteristika des Einbürgerungsverfahrens ergeben. Von besonderer Bedeutung ist die Dreistufigkeit dieses Verfahrens: Bei der Vergabe des Bürgerrechts sind Behörden auf der Gemeinde-, Kantons- sowie der Bundesebene (nationale Ebene) involviert. Von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden sich die Einbürgerungskriterien, die spezifischen Abläufe sowie die daran beteiligten Instanzen, was zu einer großen Vielfalt an Einbürgerungsverfahren geführt hat (Steiner/Wicker 2004). Durch die entscheidende Bedeutung, die der Gemeinde zukommt, liegt in Debatten die Bezugnahme auf die lokale Gemeinschaft näher, als wenn es »nur« um die »Mitgliedschaft« in der gesamten Nation ginge. Damit soll nicht behauptet werden, dass letzterer keine Bedeutung zukäme – im Gegenteil, die nationale Mitgliedschaft kann symbolisch und ideologisch großes Gewicht

9 Vgl. indes dazu die im Jahr 2010 angenommene Ausschaffungsinitiative, die unabhängig vom Status der Zugewanderten, d.h. auch bei solchen, die das Kriterium der Mindestwohndauer in der Schweiz für eine Einbürgerung erfüllen, bei gewissen Delikten die Ausschaffung fordert (vgl. www.parlament.ch/d/wahlen-abstimmungen/volksabstimmungen/volksabstimmungen-2010/abstimmung-2010-11-28/seiten/default.aspx, Abruf: 9. April 2014).

annehmen. Aber die Bezugnahme auf die Gemeinde eröffnet zusätzliche Bedeutungsdimensionen: Es kann nicht nur an Vorstellungen darüber appelliert werden, wodurch sich ein zukünftiges ›Mitglied‹ der Nation auszeichnen soll, sondern auch darüber, wie eine Person sich als Mitglied einer Gemeinde zu verhalten hat.

Der hier im Raum stehenden Forderung nach der Analyse der zu erwartenden »Identitätspolitik« ist jedoch in verschiedener Hinsicht mit Vorsicht zu begegnen. Dies bezieht sich sowohl auf den Begriff der Identität sowie auf die Verwendung von Begriffen, die zugleich analytische und politische Kategorien sind. Ich folge hier der Kritik von Brubaker und Cooper, welche aufgrund der unauflösbaren Ambiguitäten und konträren Bedeutungen, die mit dem Begriff der Identität verbunden sind, alternative Analysekatégorien vorschlagen (Brubaker/Cooper 2000). Im Folgenden verstehe ich daher Begriffe, die auf Kollektive verweisen, als praktische, diskursiv gerahmte Kategorien, die von politischen und medialen Akteuren in Prozessen und immer im Kontext bestimmter Anlässe, Ereignisse und Situationen mehr oder weniger effektiv zu bestimmten Zwecken eingesetzt werden, etwa, um bei Mitgliedern einer bestimmten Kategorie ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Solidarität entstehen zu lassen und so bestimmte Anliegen als im Sinne »ihrer Gruppe« darzustellen. Solche Prozesse beruhen auf unterschiedlich erfolgreichen Arten und Weisen der Identifikation und Kategorisierung (ebd.).

Das vierte Kapitel widmet sich diesen kategorialen und relationalen Identifikationen (ebd.) sowie den Vorstellungen der Mitgliedschaft (Brubaker 2009, S. 26), die jeweils diskursiv zur Darstellung dessen verwendet wird, was diskursimmanent als relevante(s) Kollektiv(e) erachtet wird/werden und was Angehörige sowie Nichtangehörige dieser Kollektive auszeichnet. Zunächst folgt jedoch im dritten Kapitel die überblicksartige Darstellung der interpretativen Repertoires von zwei der vier rekonstruierten Diskurse.

3. Die Diskurslandschaft: Volksherrschaft und Ausländer(massen)

Die folgenden vier Diskurse strukturierten die Debatte rund um die Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen«: (1) Demokratie als (absolute) Volksherrschaft, (2) Ausländer(massen), die nicht passen, (3) Demokratie in rechtsstaatlichem Rahmen und (4) integrierende Demokratie. Diese Darstellung ist insgesamt stark gekürzt und beschränkt sich auf die ersten beiden Diskurse.¹⁰ Die einzelnen Abschnitte geben jeweils die Binnenperspektive der Diskurse wieder.

10 Eine ausführliche Darstellung der beiden Diskurse ›Demokratie in rechtsstaatlichem Rahmen‹ und ›integrierende Demokratie‹ findet sich in Elliker (2013). Eine diesem Kapitel ähnliche Darstellung, die sämtliche Diskurse umfasst, findet sich in Elliker (2014).

3.1 Demokratie als (absolute) Volksherrschaft

Im Zentrum dieses Diskurses steht (a) die *Selbstbestimmung des Volks*,¹¹ die am besten über (direkt)demokratische Verfahren realisiert wird. An der »Wurzel« der Schweiz als direktdemokratischem Staat steht »die Idee der Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit«¹²; innerhalb eines solchen Staates liegt die Bevorzugung von direktdemokratischen Entscheiden nahe. Gerade über Einbürgerungen, welche die Zusammensetzung der höchsten politischen Instanz betreffen, muss das Volk selbst befinden können. Demokratie bedeutet im vorliegenden Verständnis die möglichst weitgehende Beteiligung des Volks an Entscheidungen und wird vor allem mit direktdemokratischen Mitteln assoziiert. Entscheidungen sollten in erster Linie vom Volk gefällt werden und sekundär von seinen gewählten Vertretern. Volksentscheide sind, abgesehen von der Einhaltung formeller Verfahrensvorschriften, durch nichts einzuschränken. Sie müssen nicht begründet werden und dürfen schon gar nicht durch Richter und Beamte kontrolliert werden. Demokratie heißt »Volksherrschaft«, in welcher die Stimmbürger über (völlig) freies politisches Ermessen verfügen. Es gilt das Prinzip »Mehrheit vor Wahrheit« und nicht »Wahrheit vor Mehrheit«.

Die Selbstbestimmung des Volks ist gefährdet durch die Opposition (b) *Elite versus Volk*, genauer: durch die Elite, welche eine »Aushöhlung« der Volksrechte, d.h. die Entrechtung und Entmachtung des Volks anstrebt und gezielt betreibt. Der Entscheid im Fall Emmen zeigt, wie das Bundesgericht seinen Kompetenzbereich überschreitet und einen politischen Entscheid fällt, der den Volkswillen missachtet und wegen des Verbots von Urnenabstimmungen bei Einbürgerungsentscheiden als gravierender »Einschnitt in die demokratischen Mitwirkungsrechte« zu werten ist. Die Selbstbestimmung des Volks ist auch deshalb rechtens, weil das (c) *Volk vernünftig entscheidet*. Das Volk ist in der Lage, die Dinge zu verstehen, von denen es politisch betroffen ist; ihm Unmündigkeit vorzuwerfen oder die Nüchternheit zur Entscheidung abzusprechen, ist schlicht unverständlich, gerade wenn dieser Vorwurf von Politikern kommt, die durch das Volk gewählt werden.

Die Selbstbestimmung des Volks ist (d) eine *bewährte, politische Tradition, die es zu bewahren gilt*. Die Geschichte zeigt, dass das Volk die »Herausforderungen der Politik meist mit Augenmaß« bestanden hat. Skepsis und eine »konservative Gelassenheit Neuem gegenüber« können als nationale Charakterzüge gelten; das Volk hat dafür gesorgt, dass die Schweiz sich im 20. Jahrhundert als verlässlichste Säule der Demokratie erwiesen hat. Allgemein gilt es, (e) die *Gemeindeautonomie zu stärken*, da die Selbstbestimmung des Volks am besten in der Gemeinde ausgeübt wird – gerade bei Einbürgerungen. Es existieren auf Gemeindeebene »spezifische Gegebenheiten und örtliche Bedürfnisse«; deshalb sollten die Gemeinden das Einbürgerungsorgan selbst bestimmen können. Schließlich kennen die Gemeindemitglieder die »Verhältnisse und den Charak-

11 Die Deutungsmuster sind jeweils kursiv gesetzt.

12 In diesem Kapitel stammen die Zitate in doppelten Anführungszeichen aus dem Datenkorpus. Aus Platzgründen können hier die im Korpus enthaltenen Dokumente nicht aufgelistet werden. Eine detaillierte Übersicht findet sich im Anhang zur Studie (Elliker 2013, S. 311 ff.).

ter« der EinbürgerungskandidatInnen am besten und wissen, ob sie sich vom Gemeindeleben »abschotten« oder nicht. Daher ist der Entscheid über Einbürgerungen »vor Ort« als politischer Akt zu fällen und nicht von »weltfremden Gerichten, [...] Verwaltungsinstanzen« oder »weltfremden Gutmenschen«. Die Schweiz ist ein kleinräumiges, politisches System, in dem die Gemeinden die Grundlagen des Föderalismus bilden. Es ist daher zu verhindern, dass Gerichte respektive drohende Gerichtsentscheide die Gemeindeautonomie und damit auch die »demokratischen Rechte der Bürger« bedrohen und beschneiden.

(f) Das *Schweizer Bürgerrecht ist etwas Exklusives*, weil damit »weltweit einzigartige Volks- und Freiheitsrechte« verbunden sind, die den Bürgern direktdemokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten garantieren. Der Entscheid über die Erteilung des Bürgerrechts kann daher mit Aufnahmeverfahren von weltbekannten Eliteuniversitäten verglichen werden. Diese Exklusivität darf sich durchaus im Preis spiegeln, der für das Bürgerrecht zu zahlen ist. Erlässt man »mittellosen Bewerber[n] [...] die Gebühr« und begrenzt man die »Einbürgerungsgebühren auf die Aufwandskosten«, läuft man Gefahr, das wertvolle Bürgerrecht durch »Masseneinbürgerungen« zu »verschleudern«. Schließlich ist die Selbstbestimmung des Volks auch bei seiner Zusammensetzung konsequent zu gewährleisten: (g) Das *Volk wählt seine Mitglieder selbst*. Aus dieser Perspektive ist das Volk als eine »politische Körperschaft«, als »Verein« zu verstehen, in dem man Mitglied werden kann. In Analogie zum Verein sollen die Volksmitglieder selbst bestimmen, wer Mitglied wird und wer nicht. Die Frage, wer darüber entscheiden soll, »wer als Schweizer Bürger über die Geschicke des Landes bestimmt«, ist eine »Kernfrage unseres staatlichen Selbstverständnisses«.

3.2 Ausländer(massen), die nicht passen

Zentral für diesen Diskurs ist (a) die Vorstellung der *Nicht-Passung von Ausländern*. Dieses Deutungsmuster greift die in der Einbürgerungspraxis institutionalisierte Grenzziehung zwischen Personen mit und Personen ohne Schweizer Staatsbürgerrecht auf und charakterisiert sie spezifischer: Ausländer passen (zunächst) nicht zur Schweiz und/oder den Schweizern. Diese Nicht-Passungs-Vorstellung muss nicht explizit benannt werden. Sie wird ohne Begründung vorausgesetzt und liegt den Äußerungen als Annahme zugrunde. Ebenfalls selbstverständlich und daher oft implizit vorausgesetzt ist die Tatsache, dass diese Nicht-Passung ein Missstand ist, der Maßnahmen erfordert. Die weiteren Deutungsmuster konkretisieren diese Vorstellung. Hier sind zwei Varianten zu unterscheiden: Die eine Variante fokussiert vor allem die Kriminalität, Sozialhilfeabhängigkeit und mangelnde Integration der Ausländer. Aus dieser Sicht ist es fraglich, ob die Nicht-Passung aufgrund der Herkunft überwunden werden kann. Einbürgerungskriterien können dies kaum fassbar machen. Die andere Variante geht ebenfalls von der Nichtpassungsannahme aus, erachtet aber Integration im Sinne einer (kulturellen) Assimilation als möglich. Mit strengen Einbürgerungskriterien und einer strengen Überprüfung derselben soll respektive muss dies überprüft werden.

(b) Die Nicht-Passung ist (auch) auf eine *unpassende Herkunft* zurückzuführen, die sich in erster Linie auf die Herkunftsregion, die nationalstaatliche Zugehörigkeit, Kultur(kreise), die Religion und die Hautfarbe bezieht. Auch hier gilt: Die Herkunft wird thematisiert, aber warum sie unpassend ist, kann stillschweigend vorausgesetzt werden; dass sie unpassend ist, wird durch die Einbettung in problematisierende Kontexte (etwa »Missstände der heutigen Einbürgerungspraxis«) deutlich. Beim Ausländeranteil lassen sich Personen aus den Nachbarstaaten der Schweiz und den »Übrigen« unterscheiden. Thematisiert wird insbesondere der Anstieg der »Übrigen«, denn Personen aus »fremden Kulturkreisen« »stellen die traditionellen Werte« der Schweiz in Frage. (c) Die Nicht-Passung zeigt sich auch daran, dass Ausländer laufend *gegen die Norm verstoßen*; mit konkreten, als Skandal bezeichneten Beispielen (Prügeleien, Morde, Betrügereien) aus zeitnahen Medienberichten werden Kriminalität, Gewalt sowie Sozialhilfemissbrauch und -bezug veranschaulicht. Vor allem nicht integrierte Ausländer, die eingebürgert werden, werden in der Folge straffällig: »Kaum sind sie eingebürgert, werden sie kriminell«, was sich vorwiegend bei »eingebürgerten ausländischen Jugendlichen« zeigt. Jemand, der eingebürgert wurde und eine Straftat begeht, kann kein »echter« Schweizer sein, sondern ist als »eingebürgerter Ausländer« zu bezeichnen. Mit den zahlreichen Einbürgerungen wird »die bedenklich hohe Ausländerkriminalität nicht gesenkt, sondern lediglich »eingebürgert«. Diese Kriminalität stammt sprichwörtlich aus dem Ausland und müsste wieder dorthin »ausgeschafft« werden.

(d) Von Bedeutung sind zudem die *großen Mengen von Ausländern und Einbürgerungen*, auch wenn die vorgeschlagene Verfassungsänderung keine Regulierung dieser Mengen vorsieht. Für die erste Variante des Diskurses sind »Masseneinbürgerungen« jedoch Teil der »Missstände der heutigen Einbürgerungspraxis«. Der Begriff Masse weist hauptsächlich auf drei Aspekte hin: erstens auf die hohe Zahl von Einbürgerungen und Ausländern, die mit Quoten gemessen und international oder über die Zeit verglichen werden; speziell hervorgehoben werden Höchstwerte. Zweitens kann eine Masse eine Menschenmenge sein, die als Ganzes, als Akteurin handlungsfähig ist. Zu viele Einbürgerungen könnten zu einer »stillen Übernahme« unserer Heimat« durch die eingebürgerten Ausländer führen. Drittens ist – gerade aufgrund dieser Gefahr – eine massenhafte Einbürgerung im Sinne einer pauschalen, undifferenzierten Beurteilung der Gesuche abzulehnen. Die zweite Diskursvariante sieht die große Zahl von Ausländern nicht als prinzipielles Problem (da von »der Wirtschaft« gewünscht), betont jedoch auch, dass keinesfalls einfall mehr, sondern im Gegenteil strenger eingebürgert werden soll.

(e) Um die *traditionellen Werte und die Identität zu bewahren*, sollte restriktiver eingebürgert werden, denn häufig identifizieren sich Personen aus fremden Kulturkreisen kaum mit schweizerischen Werten und Regeln. Was diese traditionellen Werte der Schweiz sind, wird nicht explizit benannt, lässt sich aber an der Negativfolie der Ausländer ablesen: Gesetzestreue, ökonomische Selbständigkeit, Integration und Zugehörigkeit zum gleichen Kulturkreis wie die Schweiz. »Unsere Identität« bezieht sich nicht auf die Wohnbevölkerung der Schweiz, sondern auf diejenigen, welche das Schweizer Staatsbürgerrecht in einem gewissen Sinn schon »von Anfang an« besaßen respektive besitzen. Die

durch sie repräsentierten traditionellen Werte gilt es zu bewahren, und EinbürgerungskandidatInnen sollten sich mit *diesen* Werten identifizieren.

(f) Für eine Einbürgerung muss die Nicht-Passung überwunden werden, d.h. eine Einbürgerung darf nur nach abgeschlossener *Integration im Sinne einer Assimilation* erfolgen. Sie gilt als Anerkennung für den vom Einzelnen geleisteten und abgeschlossenen Integrationsprozess. Ein Kandidat muss mehr als die formellen Kriterien erfüllen und muss sich in der Schweiz »zu Hause fühlen«, »unsere Werte respektieren« und eine »Landessprache« sprechen. Üblicherweise hat er sich von der Heimat losgesagt. Integration bedeutet, die nichtpassende kulturelle und/oder nationale Herkunft zu überwinden.

(g) Die Nichtpassungsunterstellung impliziert eine *strenge(re) Einbürgerungspraxis*. Streng(er) bedeutet hier zweierlei: einerseits, dass ausnahmslos alle Einbürgerungsgesuche detailliert und genau überprüft werden sollen (keine pauschale und oberflächliche Beurteilung), und andererseits, dass zahlenmäßig wenig (respektive weniger) eingebürgert werden soll. Je nach Diskursvariante wird diese strenge(re) Einbürgerungspraxis dem Volk überlassen oder den Behörden im Rahmen eines Verwaltungsakts überantwortet. Das Volk ist an einer »ausgeglichene Einbürgerungspolitik« interessiert, und die Verwaltung soll aufgrund strenger, »harter« und wenn möglich noch strengere Kriterien die Gesuche »viel stärker« überprüfen. Auch diese Deutung ist eine prinzipielle, die ohne weitere explizite Begründung auskommt, obschon »eine strengere Einbürgerungspolitik [...] problemlos begründet werden [kann]«. Sie ist auf die unterstellte Annahme zurückzuführen, dass es keine große Anzahl gut geeigneter KandidatInnen gibt respektive geben kann, d.h. solche, die nicht gegen die Norm verstoßen, sich kulturell assimilieren wollen und/oder können und/oder gesellschaftlich aktiv und erfolgreich sind. Die »Qualität der Einbürgerungsgesuche« muss stärker berücksichtigt werden.

4. Die Identifikationsrepertoires

Die folgenden Abschnitte zeigen erstens die jeweils diskursimmanenten Identifikationen der zentralen Akteure und der relevanten Gemeinschaften sowie die spezifischen Vorstellungen, wodurch sich Mitglieder dieser Kollektive auszeichnen (Brubaker/Cooper 2000; Brubaker 2009), und verorten diese – zweitens – im Kontext politischer Traditionen und Ausländerdebatten in der Schweiz.

4.1 Das Identifikationsrepertoire des Volksherrschafts- und des Nichtpassungsdiskurses

1) *Demokratie als (absolute) Volksherrschaft*: Will man sich aus der Perspektive dieses Diskurses die wesentlichen Akteure und Mitgliedschaftskategorien vor Augen führen, dann sind dies das Volk und seine Bürger, die Gemeinde sowie die Elite und der Staat. Im Zentrum stehen die »Mitglieder« des Volks. Sie werden entweder pauschal als »Volk« bezeichnet oder kategorial als »Bürger« identifiziert. Eine Einbürgerung strebt die Mit-

gliedschaft in diesem Volk an. Wie im dritten Kapitel dargestellt, wird das *Volk* als die maßgebliche politische Instanz der Schweiz betrachtet, deren Selbstbestimmung durch nichts eingeschränkt werden darf. Im Idealfall wird diese Selbstbestimmung in der Form plebiszitärer politischer Partizipation ausgeübt. Diese politische Mitbestimmung erscheint deshalb als angemessen, weil das Volk insgesamt und der Bürger im Einzelnen vernünftig entscheiden. Die Mitglieder dieses Volks, die *Bürger*, werden als politisch interessiert und informiert dargestellt: Ob auf nationaler Ebene oder in der Gemeinde, der Bürger kennt sich bezüglich der Sachthemen, über die es abzustimmen gilt, oder den Personen, die eine Einbürgerung beantragen, aus. Er ist aktiv am Gemeindeleben beteiligt und ist mit denjenigen, die ebenfalls daran teilnehmen, über gemeinschaftliche Beziehungen verbunden. Es sind diese kleinräumlich imaginierten, überschaubaren Gemeinden, die den wesentlichen ›Ort‹ des politischen Wirkens und sozialen Handelns der Bürger darstellen. In der Gemeinde können die Bürger ihre politische Mitbestimmung am besten wahrnehmen. *Das Volk wird im Kern als politische Gemeinschaft verstanden, dessen gut informierte Bürger aktiv am Gemeindeleben teilnehmen, in der Gemeinde integriert sind und ihre politische Verantwortung durch plebiszitäre politische Partizipation vor allem auf Gemeindeebene wahrnehmen.*

Diese kleinräumige Selbstbestimmung wird als eine politische Tradition dargestellt, die es zu bewahren gilt, gerade auch bei Einbürgerungen. Bei der Diskussion um Einbürgerungen zeigt sich indes die ambivalente Mitgliedschaftsverfassung des Volks im Rahmen dieses Diskurses. Einerseits werden Einbürgerungen als Aufnahmeverfahren in einen »Verein« geschildert. Über die Aufnahme der Neumitglieder haben lediglich die bestehenden Mitglieder zu bestimmen. Sie entscheiden per Abstimmung über jeden Einzelfall selbst. Sie sind dazu befähigt, weil sie die Personen aus der Gemeinde kennen und am besten einschätzen können, ob sie sich »abschotten« oder aktiv daran teilnehmen – diese aktive Teilnahme ist implizit ein wesentliches Kriterium. *Diskursimmanent wird damit der Modus relationaler Identifikation dem der kategorialen Identifikation vorgezogen:* Entscheidungen über die Aufnahme neuer Mitglieder müssen auf der persönlichen Bekanntschaft in lokalen Netzwerken beruhen. Formell können die Bürger ungeachtet jeglicher Kriterien entscheiden. Implizit wird jedoch unterstellt, dass im Falle eines positiven Einbürgerungsentscheids für die Mehrheit der Bürger der Kandidat bereits ein gut integriertes Gemeindemitglied geworden ist. Kategoriale Identifikationen der Kandidaten werden vor allem mit administrativen Entscheidungen der außerhalb der Gemeinde liegenden, staatlichen Verwaltung in Verbindung gebracht, die aufgrund der Erfüllung allgemeiner Kriterien entscheidet (was aus dieser Sicht nur eine unzureichende Beurteilung darstellt).

Dieser plebiszitären, freien »Wahl« der Neumitglieder steht andererseits die unausgesprochene Tatsache gegenüber, dass die bestehenden Mitglieder sprichwörtlich – falls sie nicht selbst eingebürgert wurden – in diesen Mitgliedschaftsverein ›hineingeboren‹ wurden, d.h. dass das Bürgerrecht ihnen qua staatlicher Zuschreibung bei Geburt anerkannt wurde. Sie müssen sich nicht um eine Mitgliedschaft bewerben und müssen die Mitgliedschaft auch durch keine Aufnahmeabstimmung bestätigen lassen. Damit eröffnet sich ein diskursimmanentes Paradox: *Das als »Verein« konzipierte Volk setzt sich*

nicht größtenteils aus frei gewählten Mitgliedern zusammen, sondern besteht vielmehr aus »Erben«, bildet demnach eine Abstammungsgemeinschaft. Dieses Paradox bleibt indes implizit, weil der Diskurs sich nur auf die politischen Mitbestimmungsrechte des bestehenden Volks konzentriert; der Rest der ständigen Wohnbevölkerung wird beinahe vollständig ausgeblendet. Eine allfällige politische Mitbestimmung der Wohn- und Erwerbsbevölkerung ist aus dieser Perspektive irrelevant, da der Staat, die Schweiz, ausschließlich für das Volk da ist. Wird ein Neumitglied aufgenommen, wird es fraglos zum Teil des Volks.

Abgesehen von der aktiven Teilnahme am Gemeindeleben werden keine allfälligen Voraussetzungen postuliert oder diskutiert, welche bestehende oder neue Mitglieder für die politische Mitbestimmung aufweisen müssten, auch nicht kulturelle, wie dies im Nichtpassungsdiskurs der Fall ist. Dass bei Einbürgerungsentscheiden nicht die »Leidenschaften [der] Bürger« ausschlaggebend sind, sondern die *Volksvernunft* waltet, scheint aus dieser Perspektive durch die Bewährung der politischen Tradition genügend belegt. Auch bei Einbürgerungen ist nicht zu erwarten, dass die Entscheide etwas »Unzivilisiertes« oder »übertrieben Emotionales« hätten. Wie sich diese Volksvernunft entwickelt hat, bleibt unscharf und unklar. Sie geht zurück auf die Entwicklung des Schweizer Staates, der sich in einem »ungesteuerte[n], evolutionäre[n] Prozess aus den Gebirgstälern der Alpen ins Flachland fortpflanzte« – dies über »Jahrhunderte« hinweg – und sich als »Sonderfall« einer genaueren Erklärung entzieht. Der Staat erscheint vernünftiger als seine Bewohner; mit dem in ihm verkörperten Erfahrungswissen und der ihm eigenen Idee der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit produziert er den mündigen Bürger (und kann ihn daher auch voraussetzen). Die Entstehung dieser Volksvernunft rückt damit sowohl in den Bereich von *mythischen Geschichtserzählungen als auch in einen Bereich des Unergründlichen und Geheimnisvollen*. In diese Gemeinschaft per Wahl aufgenommen zu werden, bedeutet also letztlich auch, durch die sich im Einbürgerungsentscheid manifestierende Volksvernunft als dieser jahrhundertelangen Tradition für würdig befunden worden zu sein. Dementsprechend wird diese *Mitgliedschaft als etwas Exklusives* gewertet, das nicht einfach wahllos jedem zukommen darf.

Der zentrale Gegenspieler des Volks besteht in diesem Diskurs nicht aus den »Ausländern« oder Einbürgerungskandidaten, wie dies im zweiten Diskurs der Fall ist, sondern aus der *Elite, die oft gegen den Volkswillen entscheidet und an der Entmachtung des Volks arbeitet*. Diese Elite setzt sich aus staatstragenden und staatsnahen Kreisen, Publizisten, linken Politikern, »volksfremden« Berufspolitikern in Bern sowie internationalen Organisationen und Institutionen zusammen. Abgesehen von der oben erwähnten, positiv konnotierten Bedeutung des Staats als historischem Sonderfall erscheint der »Staat« in diesem Diskurs primär negativ konnotiert als Zentralstaat (Bundesebene) und als Obrigkeitsstaat; wenn von der Verwaltung und weltfremden Instanzen die Rede ist, dann sind damit primär Instanzen gemeint, die nicht auf Gemeindeebene tätig sind. Die vom ländlich-klein(st)städtisch imaginierten Gemeindeleben entfernte Bundesverwaltung erscheint damit als »weltfremd« und kann nicht mehr einschätzen, was im Sinne des Volks ist. Ihren Einfluss gilt es einzugrenzen zugunsten der plebiszitären Mitbestimmung des Volks.

(2) *Ausländer(massen), die nicht passen*: Das Repertoire an Identifikationen und Mitgliedschaftskategorien dieses Diskurses unterscheidet sich vom ersten in verschiedener Hinsicht. Oft werden die gleichen Begriffe in unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Im Kern stehen hier die Schweizer, die Ausländer, die eingebürgerten Ausländer sowie die Schweiz respektive das Schweizerische. Der Umgang mit diesen kategorialen Identifikationen hängt in diesem Diskurs von den beiden im Kapitel 3.2 geschilderten Varianten ab. Im Gegensatz zum Volksbegriff des ersten Diskurses wird das Volk weniger als politische Gemeinschaft aufgefasst, sondern als eine Gemeinschaft, die sich durch einen Bestand an Traditionen und Werten auszeichnet, die in einem bestimmten Kulturkreis entstanden und darin eingebettet sind.

Die Kategorie des *Schweizers* ist hier eng mit der des *Ausländers* verbunden. In beiden Varianten ergibt sich das, was einen Schweizer ausmacht, primär über die Folie des Ausländers. In der ersten Diskursvariante kann, wie oben dargestellt, das, was ein Schweizer ist, primär über die Charakteristika derjenigen Ausländer erschlossen werden, deren Nichtpassung unterstellt wird. Diese bezieht sich auf zwei Dimensionen: auf die Herkunft sowie die Einhaltung von Normen. Herkunft bezieht sich dabei – kombiniert oder ausschließlich – auf die geographisch-kulturelle Herkunftsregion, die nationalstaatliche Zugehörigkeit, Kultur(kreise), die Religion und die Hautfarbe. Diese Charakteristika bleiben oberflächlich und relativ unspezifisch. Es kann lediglich darauf geschlossen werden, dass Personen aus Kulturkreisen, die dem der Schweiz näherstehen, besser zur Schweiz passen, als jene, die aus weiter entfernten Kulturkreisen stammen. Die Verbindung mit phänotypischen Merkmalen wie der Hautfarbe lässt darauf schließen, dass diese kulturelle Abstammung relativ fest in einer Person verwurzelt ist. Eine erfolgreiche Einbürgerung setzt in der ersten Diskursvariante eine *Überwindung dieser kulturellen Differenz seitens des Ausländers voraus*, wobei unklar ist, inwiefern das möglich ist. Diese Anpassungsleistung ist alleine durch die kategorial als Ausländer identifizierten Personen zu erbringen. In der zweiten Diskursvariante wird diese Überwindung als möglich dargestellt – bei den portraitierten Eingebürgerten weist praktisch nichts mehr auf eine kulturelle Differenz hin. Auch aus dieser Perspektive ist der Eingebürgerte kulturell assimiliert. Im Bereich der *Normeneinhaltung* wird das, was ein Schweizer ist, ebenfalls primär über die Negativfolie des Ausländers charakterisiert: Ausländer sind häufig kriminell, gewalttätig und sie beziehen (missbräuchlich) Sozialhilfe. Die zentrale Mitgliedschaftsvorstellung in diesem Diskurs bezieht sich also auf den Wechsel von der kategorialen Identifikation des Ausländers zu der des Schweizers, wobei für diesen Wechsel soziale und kulturelle Anpassungen gefordert werden. Der Integrationsbegriff wird hier primär von dieser Anpassung her verstanden: Es ist weniger die Einbettung in Netzwerke ausschlaggebend, die ihn zum integrierten Mitglied werden lassen (wie im ersten Diskurs), sondern die Einhaltung von Normen und Anpassung an kulturelle Praktiken zeigen Integration an.

Auch in diesem Diskurs spielt der Begriff des Volks eine bedeutende Rolle. Allerdings wird häufiger noch anstelle des Volksbegriffs der der Schweiz verwendet. Die Schweiz ist aus dieser Perspektive von bestimmten traditionellen Werten geprägt und verfügt über eine Identität, die nicht preisgegeben werden sollte. Diese traditionellen Werte, die Iden-

tität, aber auch die oben dargestellte kulturelle Prägung und die Einhaltung der Normen werden am Begriff des Schweizerischen festgemacht. Schweiz bedeutet im vorliegenden Fall demnach weniger eine politische, sondern eine ethnokulturelle Gemeinschaft. Dementsprechend ist auch die ›Bedrohungslage‹ anders: während es im ersten Diskurs primär die weltfremde, städtische Elite und die Bundesverwaltung sind, die gegen den Willen des Volks entscheiden, so sind es hier die Ausländer, die in großer Zahl in die Schweiz ziehen und damit die schweizerischen Traditionen gefährden. Das ›Kernproblem‹ besteht hier in zu hoher Zuwanderung und – in der ersten Diskursvariante – in der geringen Wahrscheinlichkeit kultureller und sozialer Anpassung.

Aus dieser Perspektive müssen Personen, denen diese Anpassung nicht gelingt, ausweisbar bleiben. Im Fokus dieses Diskurses steht deshalb der »eingebürgerte Ausländer«, die dritte der zentralen kategorialen Identifikationen. Diese drei Identifikationen lassen sich entlang der Bedeutungs- und Kontrastdimensionen »Recht zur politischen Mitbestimmung« und »Herkunft« unterscheiden: Da ist erstens das »Volk«, die »Schweizer Bürgerinnen und Bürger«, die mit »uns« respektive »wir« als Schweizer Stimmberechtigte angesprochen werden. Zweitens gibt es die »Ausländer«, die sich aus den »Asylsuchenden«, den »vorläufig Aufgenommenen« und der »ständigen ausländischen Wohnbevölkerung« zusammensetzen und die alle weder politische Mitbestimmungsrechte haben noch aus der Schweiz »stammen«. Und schließlich zieht sich durch die analysierten Texte hindurch die dritte Kategorie: die des »eingebürgerten Ausländers«. Neben den nach unterschiedlichen Herkunftsregionen unterschiedenen »Eingebürgerten« umfasst diese Gruppe auch die ihr zugeschriebenen »Kriminellen« und »Sozialhilfemissbraucher«. Deutlich zeichnen sich demnach nicht nur zwei Gruppen ab, das »Volk« und die »Ausländer«, sondern zusätzlich die dritte Gruppe »der eingebürgerten Ausländer«, welche an der ›semantischen Schnittmenge‹ der oben erwähnten Dimensionen liegen: Sie können politisch mitentscheiden, bleiben ›aber‹ »Ausländer«. Mit der Verleihung der Schweizer Staatsbürgerschaft wird eine Person aus dieser Sicht zunächst nicht zu einem Schweizer, sondern zu einem eingebürgerten Ausländer: Kulturelle und religiöse Fremdheit sowie potentielle Kriminalität und Sozialhilfemissbrauch werden in der Figur des eingebürgerten Ausländers als generelles Problem- und Misstrauensmoment naturalisiert.

Die Unterscheidung Ausländer und Schweizer kommt diskursimmanent zudem ohne Differenzierungen aus, wie lange ein sogenannter Ausländer zum Zeitpunkt der Einbürgerung in der Schweiz gelebt hat, ob er in der Schweiz geboren wurde und sein ganzes Leben hier verbracht hat oder sogar schon seine Eltern in der Schweiz geboren wurden und aufgewachsen sind (ob er mit anderen Worten der zweiten oder dritten Generation der ›Zugezogenen‹ angehört). Unabhängig davon bleiben diese Personen »Ausländer« – es ist die gewissermaßen sprichwörtlich aus dem Ausland stammende *kulturelle Herkunft*, die sie zu einem »Ausländer« macht, und nicht der Ort respektive die Gesellschaft, in der sie und ihre Eltern große Teile oder ihr gesamtes Leben verbringen. Solche Personen werden nicht etwa als ›Pseudo-Ausländer‹ bezeichnet oder die Zugehörigkeit zum Ausland als eine ›Pseudo-Zugehörigkeit‹ (Brubaker 1994, S.144 ff.): Haben sie das Schweizer Bürgerrecht erhalten, so sind sie respektive ›bleiben‹ sie primär »eingebürgerte

Ausländer«. Personen unterschiedlicher kultureller Abstammung leben über Generationen hinweg in einem Nichtpassungsverhältnis ›nebeneinander«.

Will man eine genauere Vorstellung dessen gewinnen, welche konkreten Praktiken und Werte für eine gelungene Integration und für eine Mitgliedschaft in der Kategorie Schweizer vorausgesetzt werden, mit anderen Worten wodurch sich ein Schweizer oder Ausländer auszeichnet, fällt die bemerkenswerte Alltagsferne der Darstellung auf. Eine Ausnahme stellt die Auflistung – mit Bezugnahme auf Medienmitteilungen – von ›konkreten‹ kriminellen Handlungen von kurz vor der Einbürgerung stehenden Ausländern oder bereits Eingebürgerten dar. Anderweitig fehlt ein Bezug zu konkreten Ereignissen; zu solchen Ereignissen, die als ›kriminell‹ bewertet werden, aber auch zu solchen, die etwa als ›beispielhaft‹ für ›gelingendes Zusammenleben‹ gelten könnten. Ebenso fehlt ein spezifischer Bezug zu konkreten Praktiken des Alltagslebens, die darauf hindeuten können, weshalb denn ›Moslems‹ oder die sogenannte ›kulturelle Fremdheit‹ im Alltag zum Problem werden könnten. Die problematisierende Charakterisierung der eingebürgerten Ausländer wird als etwas Abstraktes, für sich selbst Sprechendes postuliert. Schließlich wird auch nicht expliziert, wie das Resultat einer gelungenen Einbürgerung auszusehen hat, mit anderen Worten was es braucht, um eine Schweizerin oder ein Schweizer zu sein respektive zu werden. Die im Reden über die Aspiranten auf Einbürgerung vorwiegend gebrauchten Etikettierungen entlang der Bedeutungsdimensionen ›Kulturkreis‹, ›Religion‹, ›Kriminalität‹ und ›Sozialhilfemissbrauch‹ eröffnen mögliche, aber nicht explizierte Kontrasthorizonte, was denn ›Schweizer‹ und ›Schweizerinnen‹ ausmacht. Mit Blick auf die Vielfalt an Sprachen und kulturellen Praktiken in der Schweiz verbleibt letztlich nur eine diffuse Vorstellung einer wie auch immer aussehenden, ›nicht-muslimischen‹, ›gesetzestreuen‹ und ›arbeitsamen‹ ›Schweizer Eigenart‹ oder eines ›Schweizertums‹.

3) Im Vergleich der Identifikationsrepertoires der Diskurse fällt auf, dass sich ihr jeweiliges Verständnis der Zugehörigkeit zur Nation wesentlich unterscheidet. Im ersten Diskurs bedeutet dies die Zugehörigkeit zum Volk, vor allem in Form aktiver Partizipation am Leben in kleinräumig imaginierten Gemeinden. Im zweiten Diskurs bedeutet Zugehörigkeit vor allem Mitgliedschaft in der Kategorie des Schweizers, die sich von Ausländern durch die Einhaltung sozialer Normen, kultureller Assimilation und der Anpassung an schweizerische Traditionen je individuell erarbeitet werden muss. Ein erfolgreich Eingebürgerter hat Elemente eines nur abstrakt und diffus imaginierten ›Schweizertums‹ in sich aufgenommen. Dem ersten Diskurs, in welchem das Volk primär als kleinräumig organisierte, politische Gemeinschaft verstanden wird, steht der zweite Diskurs gegenüber, der die Schweiz primär als ethnokulturelle Nation versteht. Einige Elemente sind diesen beiden Diskursen indes gemeinsam: im Zentrum beider steht eine ›Bedrohungslage‹: im ersten äußert sich diese in einer Protesthaltung gegenüber einer weltfremden Elite, im zweiten in einer Abwehrhaltung gegenüber kulturell unpassenden Ausländern. In beiden Diskursen stellt die Schweiz auf unterschiedliche Art und Weise eine Abstammungsgemeinschaft dar: Während dies im zweiten Diskurs gemeinsame Traditionen und eine Identität sind, die sämtliche Schweizer verbinden, ist es im ersten Diskurs der ›Stand‹ der

bestehenden Mitglieder des Volks, die Bürger, welche die Teilhabe an der politischen Tradition miteinander verbindet. Schließlich zeichnen sich beide Diskurse durch eine relativ abstrakte, diffuse Darstellung wesentlicher Elemente aus. Im zweiten Diskurs betrifft dies »schweizerische Eigenarten« oder das besagte »Schweizertum«, im ersten Diskurs die Entstehung der Volksvernunft und des Schweizer Staates, die in den Bereich des Mythischen entrückt wird.

4.2 Die Identifikationsrepertoires im Kontext politischer Traditionen und »Ausländer«debatten in der Schweiz

Die auf die inhaltlich-thematische Struktur fokussierte Rekonstruktion hat gezeigt, dass die oben dargestellten Diskurse als jeweils eigenständige, von einem zentralen Deutungsrahmen organisierte Diskurse verstanden werden können. Die beiden hier besprochenen Diskurse werden indes in der politisch-medialen Praxis von bestimmten Akteuren kombiniert verwendet. Dieser Umstand spiegelt sich in Studien zu Rechtspopulismus wieder, die mit Blick auf die politischen Akteure Rechtspopulismus vor allem mit »Nativismus« in Verbindung bringen, einer Ideologie, die »darauf besteht, dass Staaten ausschließlich von Mitgliedern der einheimischen Gruppe (»der Nation«) bewohnt werden sollten und dass nicht-(ein)heimische Elemente (Personen und Ideen) den homogenen Nationalstaat grundlegend gefährden« (Mudde 2007, S. 19; vgl. dazu für die Schweiz u.a. Skenderovic 2009; Altermatt/Skenderovic 1999; Altermatt/Kriesi 1995). Wie ich an anderer Stelle argumentiere (Elliker 2014), ist das populistische Element in der vorliegenden Debatte in Verbindung mit dem ersten Diskurs zur (absoluten) Volksherrschaft zu suchen. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den verwendeten Diskurskombinationen: Bestimmte Akteure verwenden den Nichtpassungsdiskurs mit dem ersten Diskurs der Volksherrschaft, was eine Position impliziert, die die plebiszitäre Beteiligung des »Volks« an jedem einzelnen Einbürgerungsentscheid fordert und jedem Kandidaten prinzipiell eine soziale oder kulturelle Nichtpassung unterstellt (und damit letztlich auch die Einbürgerungsinitiative befürwortet). In der Kombination mit dem Rechtsstaatsdiskurs führt der Nichtpassungsdiskurs hingegen zu einer Position, die ebenfalls von der Unterstellung ausgeht, dass »Ausländer« zunächst nicht zur Schweiz passen. Die damit verbundene Forderung, bei Einbürgerungen streng und selektiv vorzugehen, soll hingegen über Verfahren umgesetzt werden, die von der Staatsverwaltung geführt werden und die den Kandidaten rechtsstaatliche Grundsätze und Verfahrensgarantien gewährleisten können.

Den Nichtpassungsdiskurs verstehe ich daher als eigenständigen Diskurs, der in der Tradition des Überfremdungsdiskurses (Kury 2003) steht, in dessen Kern es um die Ausgrenzung und Abwehr zugewanderter Personen geht und der sich immer wieder in Initiativen artikuliert, die gegen kulturelle und religiöse Minderheiten gerichtet sind (Vatter 2011; Buomberger 2004). Das damit einhergehende Selbstverständnis einer ethnokulturellen Nation steht in der Tradition dessen, was Wimmer (2002) einen »ethnisierten Nationalismus« nennt. Seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates hat sich der entsprechende »nationalistische kulturelle Kompromiss« grundlegend verändert: von ei-

nem aufklärerischen Patriotismus («Helvetismus», 1848–1874) über einen republikanischen Nationalismus («Willensnation», 1875–1918) hin zu einem ethnisierten Nationalismus («geistige Landesverteidigung», 1919–1945) (ebd., 250). Studer, Arlettaz und Argast (2008) weisen diese Entwicklung am Beispiel von Debatten rund um Einbürgerungen und Staatsbürgerschaft nach und zeigen, wie kulturalistische, nationalistische und ethno-rassistische Vorstellungen in diese Diskussionen Eingang gefunden haben.

Der erste Diskurs zur (absoluten) Volksherrschaft steht in der Tradition konservativen Denkens (Mannheim 2003/1925; vgl. dazu ausführlicher Elliker 2014). Entstanden als Reaktion auf die bürgerlichen Revolutionen und den Zerfall der altständischen Ordnungen wiesen konservative Denkrichtungen schon immer einen defensiven Charakter auf (vgl. für die Schweiz Gruner 1972, Gruner 1977). Dennoch fällt der prononcierte Defensivcharakter und radikale Gestus des vorliegenden Diskurses auf: Alles, was über kleinräumig organisierte Gemeinden hinausgeht, erscheint nur als von einer nationalen und internationalen Elite dominiert, deren einziges Ziel es ist, zugunsten eigener Interessen das Volk zu entmachten. Dieses Oppositionsverhältnis wird diskursimmanent nicht weiter begründet und als selbstverständlich vorausgesetzt. Betont wird indes die »Weltfremdheit« dieser Elite, die, entrückt vom Leben in der Gemeinde, nicht mehr in der Lage sei, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Solche Entscheidungen würden am besten in der Gemeinde von den Gemeinemitgliedern ausgeübt. Im Zentrum steht damit das, was Priester das »klassische Leitmotiv« des Populismus nennt, die »individuelle Selbstbestimmung (self-reliance)« (Priester 2007, S. 23), sowie »überschaubare Lebensgemeinschaften, Nahbeziehungen, persönlicher Kontakt, Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Standesgleichen« (ebd., S. 34). Der hier defensiv artikulierte Gedanken der Selbstbestimmung geht einher mit einer radikalen Forderung nach plebiszitärer politischer Partizipation: für eine Demokratie erscheint vor allem das Prinzip der Volkssouveränität als konstitutiv und die damit einhergehende plebiszitäre Auffassung, wie Herrschaft auszugestalten ist (vgl. Decker 2004). Die dazu komplementäre konstitutionell-repräsentative Auffassung rückt in den Hintergrund. Volksentscheide dürfen in dieser Perspektive durch nichts eingeschränkt werden. Einen Bereich geschützter Rechte, der Mehrheitsentscheiden entzogen ist, wie es verfassungsstaatliche Prinzipien nahelegen, darf es nicht geben.

5. Fazit

Studien zu gesellschaftlichen *Debatten* über Migration und über Personen, die in der Schweiz ohne Schweizer Bürgerrecht leben, widmen sich vorwiegend Ideologien und Begriffsrepertoires, wie sie von rechtskonservativer Seite in Diskussionen eingebracht werden.¹³ *Erstens* wird in Bezug auf diese Debatten untersucht, mit welchen »Differenzsymbolisierungen« (Imhof 1996) »Fremde«, »Andere«, »Migranten« und so fort in den Mas-

13 Ich beziehe mich hier nur auf Studien zu *Ausländerdebatten* im politischen Feld und den Massenmedien und nicht auf die thematisch breiter angelegte Forschung zu Migration in der Schweiz.

senmedien dargestellt werden.¹⁴ Solche Analysen untersuchen in quantifizierender, auszählender Weise unter anderem, welche »Empathie fördernden«, »Distanz erzeugenden« und »ambivalenten« »Typisierungen« in welchem Ausmaß in welchen Medien und von welchen politischen Akteuren verwendet werden (Udris/Ettinger/Imhof 2007). Die vorliegende Untersuchung schließt insofern an solche Studien an, als die Rekonstruktion der Interpretationsrepertoires zeigt, dass beide Diskurse Identifikationen verwenden, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen: im einen Diskurs das Volk und die Elite, im anderen die Schweizer, Ausländer sowie die eingebürgerten Ausländer. Die Auswertung zielt indes nicht auf die quantifizierende Verteilung von bestimmten Typisierungen ab als vielmehr auf deren Einbettung in diskursive Deutungsmuster. Nicht das subsumptionslogisch festgestellte »Dass« der Verwendung steht im Fokus, sondern die je unterschiedlichen Bedeutungshorizonte, in welche die Kategorisierungen in ihrem spezifischen Diskurszusammenhang eingebettet sind. Im Unterschied zu quantifizierenden Studien, welche sich auf die Darstellung differenzbasierter Problematisierungen des Fremden in Formen der »öffentlichen Kommunikation« konzentrieren, rücken andere Analysen die Produktivitäts- und Konstruktionsleistungen (staatlicher) Klassifikationen und statistischer Kategorien ins Zentrum, welche als Grundlagen und Ressourcen neuer Formen der Identitätsbildung fungieren (Keller 2009b). Keller etwa weist die Karriere des Konzepts »Migrationshintergrund« als »Symptom der instabilen Basis staatlicher Klassifikationspolitik« (ebd., S. 92) aus, einer Politik die versucht, die mittels territorialer Klassifikation einer heterogenen Bevölkerung letztlich nicht reduzierbare Vielfalt durch eine Verzeitlichungsstrategie zu ordnen und dazu neu die »Geschichte des Erwerbs des Bürgerrechts« (ebd., S. 101) berücksichtigt. Statistische Kategorien bildeten im Rahmen der vorliegend untersuchten Debatte nicht nur Gegenstand von Auseinandersetzungen (etwa die korrekte Berechnung der »Einbürgerungsquote«), sondern wurden diskursimmanent je spezifisch zur Plausibilisierung zentraler Kategorien verwendet. Von zentraler Bedeutung erweist sich das Konzept Migrationshintergrund im Nichtpassungsdiskurs: Obschon aus der Perspektive dieses Diskurses der Begriff »Migrationshintergrund« ambivalent diskutiert wird, beruht die weitergehende Plausibilisierung der diskursimmanent bedeutenden Kategorie des »eingebürgerten Ausländers« maßgeblich auf der mit dieser statistischen Klassifikation einhergehenden Verzeitlichung der Staatsbürgerschaft.

Zweitens untersuchen Studien zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Schweiz häufig die Akteure, die die Debatten zu bestimmten Zwecken in bestimmte Richtungen voranzutreiben versuchen – seien dies einzelne Akteure wie James Schwarzenbach oder Christoph Blocher (vgl. Drews 2005; Buomberger 2004) oder etwa die Entwicklung rechtsradikaler Parteien und Bewegungen insgesamt.¹⁵ Deren Ideologien werden als Ausschließungspolitik umschrieben, in deren Kern u.a. Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, autoritäre Herrschaftsvorstellungen

14 Vgl. dazu u.a. Imhof (1996), Romano (1999), Kamber/Schranz (2001), Udris/Imhof/Ettinger (2009), Foeg (2011).

15 Vgl. Skenderovic (2009), Skenderovic/D'Amato (2008), Altermatt/Skenderovic (1999), Altermatt/Kriesi (1995).

sowie Strategien der Identitätspolitik stehen (Skenderovic 2009, S. 16 ff.). Im Unterschied zu neueren Studien zu Rechtspopulismus (Geden 2006; Skenderovic/D'Amato 2008) verorte ich in der vorliegenden Analyse das populistische Element jedoch nicht in der Verbindung von nativistischer Ideologie (Mudde 2007) und plebiszitärer *Form* der Ansprache, sondern begreife Populismus vom *Gehalt* her als eigenständigen, radikalisierten konservativen Diskurs (Elliker 2014). Im Zentrum populistischer Identifikationspolitik steht dabei die Opposition zwischen Elite und Volk, wobei – wie oben dargelegt – das Volk kleinräumig mit konservativ imaginierten, »überschaubare[n] Lebensgemeinschaften, Nahbeziehungen, persönliche[m] Kontakt [und] Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Standesgleichen« (Priester 2007, S. 34) in Verbindung gebracht wird. Den Nichtpassungsdiskurs verstehe ich als einen eigenständigen Diskurs, wie dies – *drittens* – Untersuchungen über die Entstehung und Verwendung ethnisierter und kulturalisierter Ausgrenzungsvorstellungen schweizerischer Provenienz betonen. Als Überfremdungsdiskurs (Kury 2003) oder ethnisierter Nationalismus (Wimmer 2002) werden solche Ausgrenzungsvorstellungen sowohl in gegen kulturelle und religiöse Minderheiten gerichteten Volksinitiativen (Vatter 2011; Buomberger 2004) wirksam als auch in Debatten, in denen es um die institutionelle Regelung der Zulassung zur schweizerischen Staatsbürgerschaft geht (Studer/Arlettaz/Argast 2008; Argast 2007).

Debatten wie die zur Volksinitiative »für demokratische Einbürgerungen« finden im Kontext einer »Entgrenzung nationalstaatlicher Handlungszusammenhänge« (Loch/Heitmeyer 2001, S. 11) statt. Gerät dadurch das »institutionelle Arrangement und das Selbstbild als nationale Solidargruppe in die Krise, [...] bricht der ›Gesellschaftsvertrag‹ auf; anstelle eines Grundkonsenses treten verschiedenste Vorstellungen von Zukunft« (Wimmer 1996a, S. 187). Beziehen sich solche Zukunftsprojekte auf »die Wiederbelebung der nationalen Solidargemeinschaft« (ebd., S. 188), dann sind unter anderem die partikularistische Legitimierung politischer Vergemeinschaftung und »nach außen eine radikale Abschließung und Abwehr gegenüber anderen Gruppen« (Loch/Heitmeyer 2001, S. 11) zu erwarten. Wie oben ausgeführt ist beiden analysierten Diskursen ein ›Bedrohungsszenario‹ gemeinsam, das mit einer solchen Abwehrhaltung einhergeht: einerseits, im Diskurs zur Volksherrschaft, als Protesthaltung gegenüber einer weltfremden Elite, andererseits, im Nichtpassungsdiskurs, als Abwehrhaltung gegenüber kulturell unpassenden Ausländern. Diskursimmanent skizzierte Formen der Selbstbestimmung implizieren indes lediglich die Möglichkeit, anderen potentiell und real die Mitbestimmung zu verweigern.

Möglicherweise einer Notwendigkeit erfolgreichen Nationalismus geschuldet, der »nur dank seiner ausgeprägten Polysemie und Primitivität [...] aus den unterschiedlichsten Interessenpositionen Sinn machen« (Wimmer 1996b, S. 412) kann, bleiben in beiden Diskursen die Vorstellungen nationaler Identität bemerkenswert diffus: dass die Schweiz eine ethnokulturelle Abstammungsgemeinschaft darstellt, wird im Nichtpassungsdiskurs einfach unterstellt; was diese Abstammungsgemeinschaft ausmacht – ›schweizerische Eigenarten‹ oder ein ›Schweizertum‹ – kann lediglich an der Negativfolie des nicht einzubürgernden Ausländers abgelesen werden. Im Volksherrschaftsdiskurs erscheint diese Abstammungsgemeinschaft implizit als ein Stand, in welchem diejenigen, denen das

Bürgerrecht bei der Geburt zugeschrieben wird, auf nicht weiter erläuterte Weise zu mündigen, vernünftigen Bürgern werden. Ausschlaggebend dafür scheint der Schweizer Staat und die durch ihn hervorgebrachte Volksvernunft zu sein, deren Entstehung jedoch in den Bereich des Mythischen entrückt wird. Trotz des radikalen Abwehrgestus bleibt der Kern dessen, was mit dieser Abwehrhaltung bewahrt werden soll, unspezifisch und vage.

Literaturverzeichnis

- Altermatt, U./Kriesi, H. (Hrsg.) (1995): Rechtsextremismus in der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Altermatt, U./Skenderovic, D. (1999): Die rechtsextreme Landschaft in der Schweiz. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 28, S. 101–109.
- Argast, R. (2007): Staatsbürgerschaft und Nation. Ausschließung und Integration in der Schweiz 1848–1933. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1966/2000): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bundeskanzlei (2008): Volksabstimmung vom 1. Juni 2008. Erläuterungen des Bundesrats. Bern: Bundeskanzlei der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
- Brubaker, R. (1994): Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich. Hamburg: Junius.
- Brubaker, R. (2002): Ethnicity Without Groups. In: Archives Européennes de Sociologie/European Journal of Sociology 43(2), S. 163–189.
- Brubaker, R. (2009): Ethnicity, Race, and Nationalism. In: Annual Review of Sociology 35, S. 21–42.
- Brubaker, R./Cooper, F. (2000): Beyond »Identity«. In: Theory and Society 29(1), S. 1–47.
- Bundeskanzlei (2008): Volksabstimmung vom 1. Juni 2008. Erläuterungen des Bundesrats. Bern: Bundeskanzlei der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
- Buomberger, T. (2004): Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich: Orell Füssli.
- Corbin, J./Strauss, A. (2008): Basics of Qualitative Research. Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory. London and Thousand Oakes: Sage.
- Decker, F. (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen: Leske + Budrich.
- Decker, F. (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS.
- Drews, I. (2005): »Schweizer erwache!« Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978). Frauenfeld und Stuttgart: Huber.
- Elliker, F. (2013): Demokratie in Grenzen. Zur diskursiven Strukturierung gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Wiesbaden: VS.
- Elliker, F. (2014): Populismus als radikalisierte konservativer Diskurs. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie (im Druck).
- Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (Foeg) (2011): Qualität der Medien. Jahrbuch 2011. Basel: Schwabe.
- Geden, O. (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS.
- Gruner, E. (1972): Konservatives Denken und konservative Politik in der Schweiz. In: Kaltenbrunner, G.-K. (Hrsg.): Rekonstruktion des Konservatismus. Freiburg: Rombach, S. 241–271.
- Gruner, E. (1977): Die Parteien in der Schweiz. Bern: Francke.
- Hermann, M./Leuthold, M. (2003): Atlas der politischen Landschaften in der Schweiz. Zürich: VDF.

- Imhof, K. (1996): Die Semantik des Fremden in sozialen Krisenphasen. In: Wicker, H.-R./Alber, J.-L./Bolzman, C./Fibbi, R./Imhof, K./Wimmer, A. (Hrsg.): *Das Fremde in der Gesellschaft. Migration, Ethnizität und Staat*. Zürich: Seismo, S. 199–214.
- Imhof, K./Kleger, H./Gaetano, R. (1993): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienergebnissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Band 1: Krise und sozialer Wandel*. Zürich: Seismo.
- Kamber, E./Schranz, M. (2001): Die Wahrnehmung des Fremden in deutsch-schweizerischen Medien. In: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.): *Das Fremde in der Schweiz*. Zürich: Seismo-Verlag, S. 135–153.
- Keller, F. (2009a): Symbolische Fallen: Identitätspolitik als Bildpolitik. In: Elliker, F./Frauenfelder, A./Holder, P./Schultheis, F. (Hrsg.): »Schweizer«, »Ausländer«, »Eingebürgerte«. Eine Fallstudie zur Identitätspolitik am Beispiel der Einbürgerungsinitiative vom 1. Juni 2008. Forschungsbericht zu Händen der Eidgenössischen Migrationskommission (EKM), S. 10–20.
- Keller, F. (2009b): Eine neue Kategorie von Leuten: Statistische Klassifikationen als Hinterbühne der »Identitätspolitik«. In: Elliker, F./Frauenfelder, A./Holder, P./Schultheis, F. (Hrsg.): »Schweizer«, »Ausländer«, »Eingebürgerte«. Eine Fallstudie zur Identitätspolitik am Beispiel der Einbürgerungsinitiative vom 1. Juni 2008. Forschungsbericht zu Händen der Eidgenössischen Migrationskommission (EKM), S. 78–109.
- Keller, R. (2007a): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2007b): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8(2), www.nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702198 (Abruf 9.4.2014).
- Keller, R. (2008): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. (2010): Nach der Gouvernementalitätsforschung und jenseits des Poststrukturalismus? Anmerkungen aus Sicht der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Angermüller, J./van Dyk, S. (Hrsg.): *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt am Main und New York: Campus, S. 43–70.
- Kronauer, M. (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Kury, P. (2003): *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurse und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945*. Zürich: Chronos.
- Loch, D./Heitmeyer, W. (2001): *Schattenseiten der Globalisierung: Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Maeder, C./Brosziewski, A. (1997): Ethnographische Semantik: Ein Weg zum Verstehen von Zugehörigkeit. In: Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 335–362.
- Mannheim, K. (2003\1925): *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meuser, M./Lüders, C. (1997): Deutungsmusteranalyse. In: Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 57–79.
- Mudde, C. (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Potter, J./Wetherell, M. (1995): *Soziale Repräsentationen. Diskursanalyse und Rassismus*. In: Flick, U. (Hrsg.): *Psychologie des Sozialen*. Reinbeck: Rowohlt, S. 177–199.
- Priester, K. (2007): *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rohner, G. (2012): *Die Wirksamkeit von Volksinitiativen im Bund 1848–2010*. Zürich: Schulthess.

- Romano, G. (1999): Ethnizität und Massenmedien. Zur Oralisierung und Ethnisierung massenmedialer Kommunikation. In: Honegger, C./Hradil, S./Traxler, F. (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg im Breisgau 1998. Leske + Budrich: Opladen.
- Skenderovic, D. (2009): *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*. New York: Berghahn Books.
- Skenderovic, D./D'Amato, G. (2008): Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Zürich: Chronos.
- Spradley, J. P. (1979): *The Ethnographic Interview*. New York und Chicago: Holt, Rinehart & Winston.
- Spradley, J. P. (1980): *Participant Observation*. New York und Chicago: Holt, Rinehart & Winston.
- Steiner, P./Wicker, H.-R. (2004): Paradoxien im Bürgerrecht. Sozialwissenschaftliche Studien zur Einbürgerungspraxis in Schweizer Gemeinden. Zürich: Seismo.
- Studer, B./Arlettaz, G./Argast, R. (2008): *Das Schweizer Bürgerrecht. Erwerb, Verlust, Entzug von 1848 bis zur Gegenwart*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Udris, L./Ettinger, P./Imhof, K. (2007): Ausländer und ethnische Minderheiten in der Wahlkampfkommunikation. Analyse der massenmedialen Berichterstattung zu den Eidgenössischen Wahlen 2007. Zürich: Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft.
- Udris, L./Imhof, K./Ettinger, P. (2009): New chances for attracting attention: the extreme right and radical right in Swiss public communication, 1960–2005. In: Niggli, M. A. (Hrsg.): *Right-wing extremism in Switzerland. National and international perspectives*. Baden-Baden: Nomos, S. 41–57.
- Vatter, A. (Hrsg.) (2011): *Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Wimmer, A. (1996a): Der Appell an die Nation. Kritische Bemerkungen zu vier Erklärungen von Xenophobie und Rassismus. In: Wicker, H.-R./Alber, J.-L./Bolzman, C./Fibbi, R./Imhof, K./ders. (Hrsg.): *Das Fremde in der Gesellschaft. Migration, Ethnizität und Staat*. Zürich: Seismo, S. 173–198.
- Wimmer, A. (1996b): Kultur. Zur Reformulierung eines sozialanthropologischen Grundbegriffs. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, S. 401–425.
- Wimmer, A. (2002): *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict. Shadows of Modernity*. Cambridge: Cambridge University Press.

Anschrift:

Dr. Florian Elliker
 Universität St. Gallen
 Seminar für Soziologie
 Tigerbergstrasse 2
 CH-9000 St. Gallen

Florian Elliker ist ständiger Dozent für Soziologie an der Universität St. Gallen und Research Fellow in the Department of Sociology, University of the Free State
 florian.elliker@unisg.ch

Jules Duchastel / Danielle Laberge

Beyond the quantitative and qualitative cleavage

Confluence of research operations in discourse analysis¹

Zusammenfassung: Nachdem wir aufgezeigt haben, dass Diskursanalyse keine Disziplin für sich ist, sondern vielmehr ein Feld, das eine Reihe nationaler und disziplingebundener Wissenschaftstraditionen verbindet, unterbreiten wir den Vorschlag, die strikte Gegenüberstellung von qualitativen und quantitativen Ansätzen, nicht zuletzt angesichts der Vorteile von »mixed methods«, aufzugeben. Aus der Forschungspraxis wird ersichtlich, dass sich diese unterschiedlichen Ansätze nicht ausschließen müssen, sondern dass sie sich darüber hinaus auf gemeinsame Wissensmuster und Forschungsabläufe beziehen. Dabei versuchen wir zu zeigen, dass Erklären und Verstehen keine widersprüchlichen Zugangsweisen sind und dass wissenschaftliche Interpretation nicht unabhängig von erklärenden Vorgängen bestehen kann. Zudem basiert jedes wissenschaftliche Verfahren, ganz gleich ob qualitativ oder quantitativ, auf gemeinsamen Vorgehensweisen bei der Identifikation, der Beschreibung und der Analyse der zu erforschenden Einheiten. Obwohl die analytischen Paradigmen sich in ihren epistemologischen und methodologischen Annahmen unterscheiden, sind beide mit dem gleichen Problem konfrontiert: der Reduktion und Wiederherstellung von Komplexität. Abschließend zeigen wir auf, wie Fragen des Messens und der Kausalität in allen Bereichen wissenschaftlichen Denkens vorkommen, unabhängig davon, ob jeweils quantitativ oder qualitativ vorgegangen wird.

Schlagwörter: Diskursanalyse, quantitativ/qualitativ, mixed methods, Erklären, Interpretation, Forschungsablauf, Komplexität, Kausalität, Messung

Summary: Having shown that discourse analysis is not a discipline, but a field that lies at the confluence of a set of national and disciplinary traditions, we propose to abandon the sharp opposition between qualitative and quantitative approaches to the benefit of mixed methods. Not only does research show that there can be no mutual exclusion between different methodological approaches, but that all methods refer to a common pattern of knowledge involving shared research operations. We show that explanation and understanding are not contradictory processes and that scientific interpretation can not stand independently of some explanatory operation. Any scientific process, qualitative or quantitative, is based on a common ground mobilizing research operations for the identification of units, their description and their analysis. While the analytical paradigms differ on their epistemological and methodological assumptions, they are facing the same problem of reducing and restoring complexity. We conclude in showing how the issues of causality and measurement arise in all scientific reasoning, whatever their nature, qualitative or quantitative.

Keywords: Discourse analysis, quantitative/qualitative, mixed methods, explanation, interpretation, research operations, complexity, causality, measure

1 Der folgende Beitrag ist eine englische Fassung von Duchastel, J./Laberge, D. (2014) »Au delà de l'opposition quantitatif/qualitatif. Convergence des opérations de la recherche en analyse du discours«. In: CORELA –Cognition, Représentation, Langage. Mai 2014 (im Erscheinen).

1. Introduction

The world of social and language sciences is characterized by many cleavages: between understanding and explanation, between structural and phenomenological analysis, between different fields and disciplines related to the study of language, between different national and continental traditions, between qualitative and quantitative approaches. These oppositions often create new avenues of thought, but they become sterile when giving up important aspects of the analysis. We will ask ourselves how different approaches in discourse analysis deal with these oppositions, and eventually with their possible convergence. We will explore the capacity of mixed methods to overcome the opposition between qualitative and quantitative methods. We will see how interpretation and explanation are constitutive parts of the research process.

First, we will show how discourse analysis stands at an intersection of disciplines, traditions and approaches. We will then discuss the opposition between qualitative and quantitative methods and the mixed methods approach as a proposed solution. This will lead us to reconsider the distinction between explaining and understanding: we put forward the existence, in all sciences, of an hermeneutic arc that does not separate interpretation from explanation. Through the description of different states of the text in the process of discourse analysis, we will describe the necessary phases of reduction and restoration of complexity, whether the approach is quantitative or qualitative. We will illustrate the compatibility of these methods, showing that the concepts of causality and measurement can apply in either approach.

2. Oppositions and convergences in the field of discourse analysis

Discourse analysis stands at the confluence of various disciplines, traditions, and approaches. It arose from a dual need to overcome, in the humanities, the limited focus on content and, in the language sciences, the restricted structural approach to language. Discourse analysis introduced the need to consider language in its social context and apprehend content as it is materialized in linguistic forms and functions. Discourse analysis can be considered as a merger of two great traditions: the hermeneutical tradition of humanities and social sciences, based on the meaning of social practices and institutions, and the more functional and structural tradition of language sciences that focuses on the description of different aspects of language use. Within the context of this confluence, a third axis emerged, that of statistical and computer sciences, leading to the development of a tradition of computer-assisted discourse analysis. If one can hardly speak of discourse analysis as a discipline, it is because of this profusion of influences. They are produced by as many analytical practices as there are many disciplines and intersections between them.

Figure 1 represents the set of oppositions and similarities of the various traditions of discourse analysis as they emerged in the sixties. The diagram shows, at its center, discourse analysis as the crossing point of all these traditions. Therefore, it is not to be re-

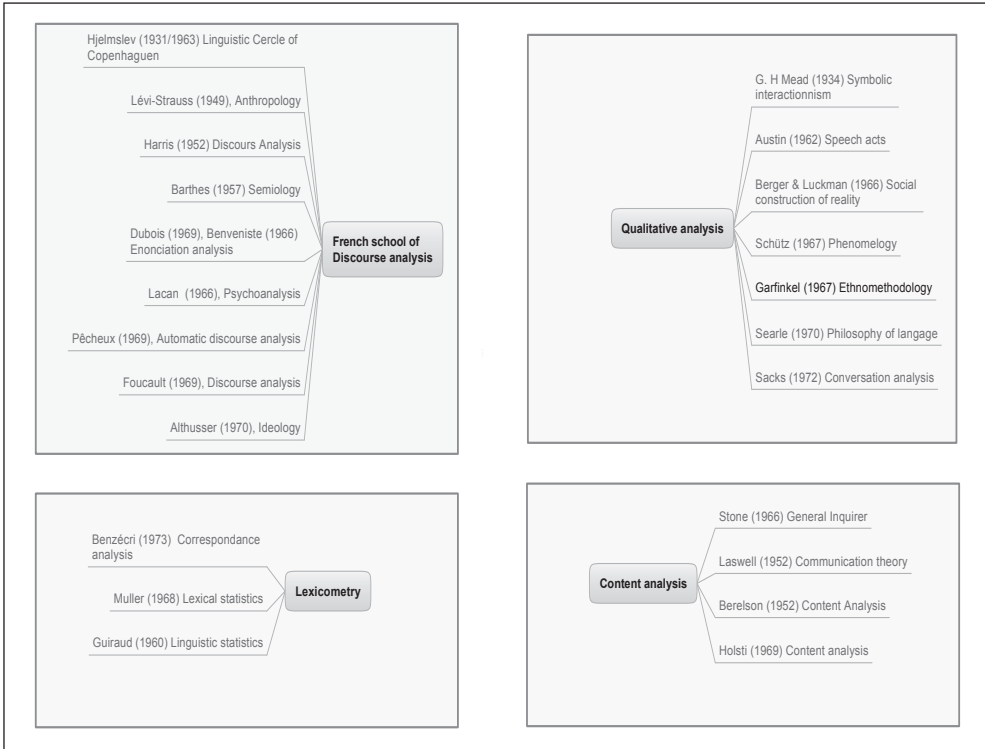


Figure 1: Confluences in Discourse analysis

garded as a discipline but as a field of research practices sharing a number of designs from several disciplines. This confluence is also marked by numerous exchanges between national traditions. The diagram can be read as a set of oppositions, from top to bottom, left to right, and along the diagonals. The first major opposition from top to bottom, distinguishes qualitative and quantitative approaches. It is possible to consider approaches at the top of the figure as belonging to »letters«, e.g., quality, while the bottom part refers to »numbers«, e.g., quantity (Pires 1982). The second major opposition can be read, from left to right, French versus Anglo-Saxon traditions, highlighting the relative preponderance of linguistic on the left and of social sciences on the right.

Figure 1 illustrates a space where each term is opposed to the other, either horizontally, vertically, or diagonally. At the top of the diagram, within the so-called qualitative perspective, the French School of discourse analysis and the Anglo-Saxon tradition of qualitative analysis form the first opposition. What distinguishes them most is that they belong to different disciplinary traditions. French discourse analysis is anchored in the distributional, functional and pragmatic linguistics, aiming to study language as it is used in the real world. It owes much to the structuralist tradition: understanding symbolic phenomena in their systemic dimension. It has gradually given attention to speech as a theoretical and an empirical object (Foucault 1969), and evolved into a form of text linguistics (Adam 1999; Rastier 2001).

On the other hand, the qualitative analysis has evolved from the bosom of symbolic interactionism and phenomenology, also under the influence of the philosophy of language and pragmatism. These traditions have a common interest in the intentional action manifested through speech acts. While the French tradition focuses on the linguistic aspects of situated speech, the American tradition is mostly interested in language as a vehicle for the social construction of reality. What particularly distinguishes the two traditions is the type of empirical speech that is favored. From the beginning, the French tradition was interested in institutional discourse, i.e., political or literary discourses. The American tradition was rather more inclined toward speech in everyday life, i.e., localized interlocutions or conversation.

On the bottom axis of the diagram, which represents the quantitative perspective, we can also contrast two different approaches. On one side, we have the French tradition of lexical analysis (lexicometry), and on the other the American tradition of content analysis. Both approaches share a common interest for the quantification and measurement of linguistic phenomena, but they can be distinguished by their disciplinary origin. While in France there is an interest in statistics applied to literary and political corpora, in America, it is the study of communication and propaganda that gave birth to a tradition of content analysis. While in both cases, there is a strong belief in the power of explanation with figures, the mathematical and statistical models greatly differ. On the one hand, complex statistical methods are applied to words in their »natural« existence, that is to say, without coding, on the other, relatively simple counts of coded units are produced. But in both cases, the access to meaning is through the numbers.

Observing the figure along the vertical axis, it is possible to distinguish on the left an opposition between the French tradition of discourse analysis at the top and the lexical approach at the bottom. This opposition has gradually evolved from a ›dialogue of the deaf‹, during the sixties and seventies, to a mutual recognition in recent years, as computer-assisted discourse analysis systems began to impose their own legitimacy. Everything happens as if the requirements of formalization of computing procedures made statistics less daunting in the eyes of those primarily interested in the description of language functions. On the right side, in the American tradition, the same opposition existed between qualitative and quantitative methods. In both cases, the interest lies primarily in the meaning of discourses, but the qualitative tradition emphasizes the interpretive reading based on the coding of units, while content analysis is concerned, at least in its early stages, with the essentially quantitative count of units of speech. This opposition has also diminished over the years, and there aren't hardly any purely orthodox researchers left. As proof of this, one has only to look at mixed qualitative and quantitative features in computer assisted qualitative data analysis systems (CAQDAS).

Finally, on the diagonal axes of the diagram, we oppose, two by two, each tradition. It is clear that the opposition between lexical and qualitative analysis follows the same logic as that between the two approaches in quantitative and qualitative content analysis in the American tradition. But this opposition is not really present in the literature. The opposition that puts face to face discourse analysis and content analysis took shape in the

founding act of discourse analysis in France. We should remember that the French tradition of discourse analysis comes from the critique of the content analysis tradition (Harocche et al. 1971). It criticizes the ignorance of the linguistic substratum of discourse in this tradition, although some authors, such as Osgood (1959) have justified its whole importance.

Discourse analysis as a research practice has always had a syncretic character, each tradition drawing on several disciplinary and methodological sources. It follows that the oppositions described here have progressively moved toward a confluence of diverse perspectives. This is true of the reconciliation, in France, between the traditions of discourse analysis and of lexical analysis. A sign of this rapprochement is the growing place of the statistical analysis of textual dimensions, often referred to as „textometry“. This is also true of the combination of qualitative and quantitative methods in content analysis in the anglo-saxon tradition. Similarly, French and American traditions of discourse analysis have grown closer in recent decades. That which originally distinguished them – the nature of discourse analyzed (in the first case, political and literary discourses and in the other, the everyday life discourses) and the disciplinary origin (for one, linguistic and for the other, pragmatic), – gradually converged. It is interesting to note that the authors of reference of the Anglo-Saxon tradition of critical discourse analysis (Fairclough 2007) or the school of social representations (Hall 2009) are the same as those of the French school: Barthes (1957), Althusser (1970), Foucault (1970) and Lévi-Strauss (1949). It is equally interesting to note that the analysis of ordinary knowledge and conversation has crossed the Atlantic in the other direction. It is out of the question to define a fictional unity of discourse analysis's domain, but it is certainly worth noting that the research practices in discourse analysis combine, rather than oppose, more and more disciplines, approaches, and methodologies.

3 . Mixed methods

The confluence of theoretical and methodological approaches in the current practices of discourse analysis involves the use of mixed methods. The idea of mixed methods fits into the broader project to overcome the opposition between qualitative and quantitative approaches, and to somehow combine the two methodologies. If the quantitative methods are relatively easy to define, it is not the case for the qualitative ones. For example, the contrast between the upper left and upper right of Figure 1, indicates two different qualitative perspectives. Methods of discourse analysis aim to describe the forms and functions of language, in fact they take into account the qualitative aspects of speech. The latter refers more properly to the qualitative paradigm as such. But before going further in the characterization of quantitative and qualitative paradigms, we must insist on the fundamental difference between the two approaches. While the definition of the quantitative approach is quite simple, .e.g., the use of mathematical and statistical tools in order to describe, explain and predict phenomena through operationalized concepts as meas-

urable variables, the qualitative approach refers to a large number of research practices, such as those listed by Denzin and Lincoln (1994): case study, ethnography, participant observation, phenomenology, ethnomethodology, grounded theory, biographical method, action research, clinical research.

More profoundly, quantitative and qualitative paradigms differ on three levels: epistemological, analytical, and operational. The paradigmatic configurations can vary in different ways according to the ontological positions adopted by researchers, but they generally indicate common positions regarding the task they are given. For the moment, we will not develop further the ontological questions regarding the existence of reality and truth that lies upstream of epistemological positions. These postures, positivist, post-positivist, critical or constructivist give reality a more or less autonomous status. The same can be said about the regime of truth, the degree of relativity increasing, here, on the axis ranging from positivism to constructivism. These postures necessarily influence the various paradigmatic positions.

We will instead concentrate on the analytical and operational plans characterizing both qualitative and quantitative paradigms. These form a series of oppositions that should be thoroughly discussed. But the goal here is to give an overview of the main debates between the two viewpoints. At the epistemological level, three questions arise. The first question regards the viewpoint of the observer: while the quantitative approach adopts a positivist perspective, advocating a measure of distance between the observer and the data and procedural objectivity, the qualitative approach promotes empathy and subjectivity. The second question concerns the capacity for generalization. Quantitative scientists aim at formulating general and universal propositions while the qualitative scientists insist on uniqueness and context. The third question is about the value of truth. Quantitative researchers put forward procedures' validity and observers' neutrality. The qualitative researchers prefer the ideas of transferability and credibility to those of validity and axiological commitment to neutrality.

In analytical terms, quantitative methods proceed to the reduction of complexity while qualitative methods favor its full apprehension. Quantitative oriented scientists promote a deductive approach, at least in the confirmatory phase, while the qualitative researchers support induction or abduction. Moreover, the quantitative analysts encourage width (thin analysis) rather than depth (thick analysis) that characterizes the qualitative approach. Finally, in terms of operations, quantitative research work on variables as qualitative research is more interested in intentional actions. Quantitative research favors measurement rather than focus on qualitative processes. Consequently, quantitative researchers seek confirmatory statistical tests when qualitative researchers employ exploratory procedures. In summary, the purpose of quantitative methods would be causal explanation and that of qualitative methods the understanding of meaning.

The use of mixed methods can be explained by the relative weakening of the paradigmatic oppositions between quantitative and qualitative methods, and the adoption of a more pragmatic attitude. Aware of the variable nature of the data and of their actual availability, researchers have come to use materials or analytical approaches that have previously tended to be opposed. These changes are mostly based on pragmatic arguments: »It

works!« A review of practices in the area of mixed methods shows that there are essentially three arguments to justify these combinations. A first argument can be described as functional. It consists of simply juxtaposing the use of various types of methods according to the needs of the research project and the nature of the data. The choice is up to the researcher to establish the sequence of qualitative and quantitative methods and their relative importance (QUAN > qual, QUAL > quan, QUAN = QUAL) as part of the research process. The second argument is more substantive. It justifies the hybridization of methods according to the nature of data. For example, discourse analysis and content analysis are applied to phenomena including aspects of both qualitative and quantitative nature. The third argument is epistemological. The use of mixed methods is legitimated by the idea of triangulation. Triangulation is seen as a way to increase confidence in the research results. However, we must recognize that the use of the term »triangulation« is mostly metaphorical (Kelle 2001) and does not formally ensure a greater validity, except in the form of convergence or confirmation of findings. In sum, the use of mixed methods only proves that there should not be mutually exclusive types of methods. It seems however insufficient to reduce the issue of mixed methods to their sole effectiveness without trying to understand the implications of epistemological, analytical, and operational oppositions characterizing both qualitative and quantitative paradigms on these new forms of empirical approaches.

4. Explaining and understanding

What can be drawn from the above? On the one hand, we have established that the practice of discourse analysis is at the confluence of several disciplines, themselves, relying on more or less quantitative or qualitative, phenomenological or structural, linguistic or sociological approaches. While each tradition has established itself on epistemological, theoretical, and methodological oppositions with other traditions, we can nevertheless observe a certain convergence in the use of methods as well as the mitigation of previous fractures. On the other hand, the fundamental opposition between qualitative and quantitative methods seems to dissolve in the pragmatic choice of mixed methods. This pragmatism often avoids examination of ontological and epistemological foundations of this practice. This is why we have to question the possible reconciliation of these two so strongly opposed paradigms.

To elucidate this question, it is useful to return to the starting point of the distinction between natural science and humanities as established by Dilthey in the late 19th century. This distinction was built on the contrast between explaining and understanding. According to this view, the natural sciences were entirely dedicated to the identification of causal relationships between phenomenas, while the humanities sought to uncover the meaning of historically situated experiences. It is this design that better differentiates the paradigmatic opposition between quantitative and qualitative methods. But instead, we will rather rely on the assumption of Ricoeur (1981, p. 161) that

»it seems possible to situate explanation and interpretation along a unique hermeneutical arc and to integrate the opposed attitudes of explanation and understanding within an overall conception of reading as the recovery of meaning.«

In fact, Ricoeur defines a hermeneutical arc, from explanation to understanding, that is to say that the interpretation unfolds in a set of objective procedures for observation, description, and analysis resulting in the understanding of the research object. Hermeneutics cannot be reduced to the immediate interpretation of the observed reality, as might be the case for everyday knowledge. In scientific knowledge, the interpretation is necessarily supported by the mediation of operations that can be named explanatory procedures.

This assumption allows us to reject two common conceptions of interpretation. The first comes from within the qualitative paradigm where interpretation is often seen as an hermeneutical comment. One textbook defines qualitative analysis as

»a deliberate and rigorous representation and conscious transposition of the ›self - other - world‹ system, in order to make a new exploration in the particular perspective of the humanities and social sciences, which strive to bring out the sense rendering it understandable.« (Our translation, Paillé/Mucchielli 2008, p. 24)

The researchers set out to reveal the meaning of speech in context. In fact, they are mostly interested in the referential function of discourse. But should we not consider that the essence of discourse analysis is to highlight the various linguistic and paralinguistic aspects of speech whose disclosure is necessary for an overall understanding? Interpretation can not stand on its own and it requires the work of description and explanation.

The interpretative process's second conception is restricted to the interpretation of results. In quantitative or qualitative frameworks, the work of interpretation is often limited in establishing the meaning of the results generated by research operations. It then maintains the illusion that these operations are absolutely objective until meaning is assigned to the results they produce. Such a point of view ignores the importance of interpretive acts that mark each stage of the research process. The projection of a theoretical framework, the identification of analytical dimensions, the choice of values lent to research objects are all housed in the same interpretive acts within objectification procedures.

What then is interpretation? In the broadest sense, there is a tendency to confuse this concept with that of understanding or appropriating, for ourselves, the meaning of an action, an intention, or a thought. The researcher would then be asked to develop his empathic abilities, which could give him access to the consciousness of the observed subject. It is true that, at the end of every project, the researcher arrives at a global interpretation of the observed phenomenon that is somehow detached from observation, description, and analytical procedures. This holistic interpretation can be seen as an appropriation for ourselves of the object, the global comprehension of the phenomenon (Duchastel/Laberge 1999a). But in the context of a scientific process, interpretation must be seen as

the continuous confrontation of the researcher with discursive materiality (Conein et al. 1981) or language materiality (Paveau 2012). For several authors, we find this strong intuition that access to meaning can not dodge the discursive materiality. Pêcheux, and later on Paveau (2012) and Molino (1989), insisted that only the very materiality of speech could render analysis possible. Similarly, Ricoeur (1981, p. 149) speaks of *»the eclipse of the circumstantial world by the quasi-world of texts«* as a condition for reading and interpreting. In sum, hermeneutics as the art of interpretation should be based on a set of procedures for the description, exploration, and analysis of material units of discourse

The intuition behind the project of discourse analysis was, from the outset, to go beyond content analysis and take into account the linguistic dimension of speech. Speech was not to be reduced to its purely linguistic dimensions – lexical or semantic. The hypothesis was to find various traces of discourse functions, such as those developed by Jakobson (1963), in the material fabric of language. This is the case with statement analysis that seeks the inscription of speaker and audience in the thread of discourse. The same is true with the study of markers of argumentation. According to Gee (2011), discourse analysis is about the study of speech on three levels: the analysis of the information it conveys (saying), that of action it raises (doing) and of identity it formulates (being). Each of these dimensions is identifiable only through linguistic forms that make them intelligible. The interpretation must rely on certain classes of observation units and the description of their properties. This process is objectifying as well as interpretative.

If this is true, a restrictive approach of interpretation can not be sustained. Interpretation cannot be limited to the final act of the research process when making sense of results. Rather, interpretation should be present at the very beginning of the research process. Interpretation is part of every research procedures, and all procedures rely on interpretation. This means that explanatory procedures and interpretation go hand in hand and do not oppose each other, as the quarrel of paradigms would suggest. Rather than designing two general paradigms defined by their purpose, explaining or understanding, it is more productive to integrate both actions within a single process. No science can do without a proper pre-comprehension of the object. There is always a knowledge frame, more or less theoretical, which predetermines the grasping of reality. What is sought is to increase this preliminary understanding. Explanation is most often thought of as establishing a relationship between two phenomena. But, it also has a semantic sense. Kaplan (1964) has defined interpretation as a semantical explanation, thus explaining the meaning of a statement. In both cases, the goal is to better understand. The various procedures for observation, description, and analysis of objects are designed to enhance understanding by distancing the object from the subject and by linking the object with the cognitive frameworks at play.

However, we must consider the asymmetry of both processes of explanation and interpretation. While explanatory procedures can be controlled to a certain point, the act of interpretation, even if it is well framed, remains difficult to define. The cognitive capacities of the researcher, semantic, emotional, or cultural, will result in some uncertainty of interpretation. However, it is easier to control the micro level of the interpretive process in various descriptive and analytical procedures than in the overall understanding of a

phenomenon. That is why we distinguish »local interpretations« that can be thought of, if not perfectly controlled, at all stages of the research process and »global interpretations« that bring meaning to the complexity of the object at the expense of an assured mastery of the cognitive processes at work (Duchastel/Laberge 1999a).

5. The problem of complexity

One of the most fundamental criticisms addressed to the quantitative paradigm is its reductive approach to the problem of complexity. On the other hand, the comprehensive paradigm is based on the idea that the full complexity of any phenomena must be preserved. It shows strong resistance to any reduction that may dissipate meaning. Instead, an empathic approach is advocated. But is it possible to grasp an object without reducing its complexity and describing it? Qualitative methods are not exempt from this requirement as they shall, themselves, proceed to the identification of units of varying size (words, textual segments, sentences, paragraphs) to which they affix referential or factual categories. Yet, proponents of the qualitative paradigm insist on the whole rather than the parts.

The question may be ill defined. It is rather more appropriate to distinguish between systematic reduction of complexity and oversimplification. Admittedly, the distinction between in-depth analysis (thick) and wide analysis (thin) remains relevant and it is understandable that the first type embraces more complexity. But in all cases, reducing the phenomenon under study is unavoidable. It is not possible to grasp an object in its totality, if not intuitively. Thus we need to temporarily neglect some of its components to retain only a few. Ricoeur (1986) explains that discourse analysis can be only done through the mediation of the text. This methodical act of concealing the complexity of the social conditions of discourse, allows the proper identification of textual materiality, and the observation of its properties and relationships. Such mixed interpretative and explanatory procedures will progressively lead to a more comprehensive understanding at the very end of the research process.

We see the process of understanding as a spiral formed by overlapping circles each having a point of origin based on a prior understanding of the object and an endpoint defined as the enriched understanding of the same object. Between these two points, there is a set of operations of construction, description, and analysis involving both explanation and interpretation procedures. These procedures are formed by the identification of dimensions and units, the description of units based on conceptual dimensions, and the exploration of their relationship. All these operations can be performed only on a well-defined materiality. This materiality is that of the text and the text is the main trace of the speech situation. The text is thus some reduction of the situated discourse. It is not possible to carry out the analysis without the use of a textual support, in contrast to mundane understanding in everyday life.

The transformation of the text over the course of research will show how a dual process of reduction and recovery of complexity operates. Figure 2 shows the various stages

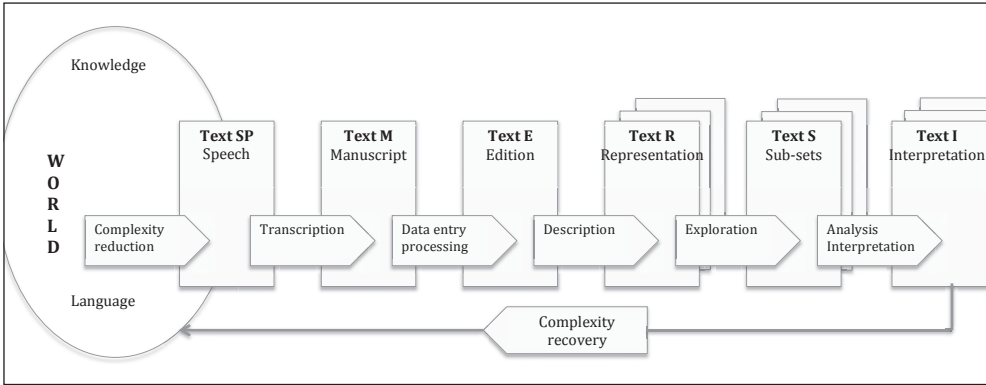


Figure 2: Transformation of the text

in the transformation of the text with each specific methodical operations of discourse analysis. The initial form of the text is speech itself. It consists of the raw material on which we will perform various research operations. The »speech« text is the starting point, a complex object produced within a socio-historical, cultural, cognitive and linguistic context, and a specific communication situation. The first transformation is to establish a »manuscript« text. Initially, we may have a spoken or written speech, already in the form of a text. In the case of written speech, we then must select and authenticate a version of the speech that will become a text »outside of the world«, in the words of Ricoeur. In the case of oral discourse, we first proceed to its transcription. Oral discourse includes a set of prosodic and contextual features that can be recorded in a more or less developed format using established conventions. The »manuscript« text is an object both different and less complex than the original, in the sense that the conditions and context of its production and enunciation are no more present otherwise than within the text itself.

The next transformation will produce an »edited« text. Whatever the characterization of the manuscripts, transcripts of oral, in paper or computerized format, standardization and normalization work must be done in order to make the various elements of a corpus comparable. Information about the conditions of production of speech and of enunciation (speaker, support, place, time, etc.) must define each document of a corpus. We get a new »edited« text which will be subsequently the object of description, exploration and analysis. In summary, the »manuscript« text is a derivation of the original discourse whose version has been established by authentication or transcription and the edited text is, in turn, the result of standardization and indexation according to a system of rules and descriptive categories. It is on the basis of this »edited« text that the work of description, exploration, and analysis can be further performed.

Which actions should then be performed on this textual material? We can define two universal research operations whatever the approach. The first task is to establish the observation units: What is to be observed? The second task consists of the description of these units based on one or more systems of categories: How is it to be observed? Obser-

vation units can be represented as a set of nested elements, from the global corpus to the sub-corpora, to the collection of texts that constitute each of them, to the various parts of each text, and finally to the middle- and micro-level text units. Each nesting level of units may be described into a system of categories. The corpus itself and its subsets are indexed with a metadata system. Every text component (section, paragraph, verbal exchanges, etc.) can be marked. Finally, speech units (textual segments, turns of speech, sentences, words) are coded depending on the research target (e.g., morphosyntactic, semantic, pragmatic, enunciative, argumentative coding). Thus, the descriptive system unfolds at three levels: The corpus is described by meta-categories, the parts of text are described by structural variables, and the speech units are described by a variety of properties associated with the research design. Arguably, the »edited« text is actually transformed into a series of »representations«, in the sense that the text is now enriched with descriptions, and in some way, a form of complexity is partially restored. It represents, however, multiple images of the original text, but in no way corresponds fully to the context of its utterance.

All text descriptions can be sorted and compiled. They may or may not be the subject of counts, crossovers, comparisons based on various segments established on the basis of metadata or structural variables. Each data mining operations described will result in the production of many new texts in the form of comments or numerical results. Each of these sub-texts will only be a distant image of the original text. It is the accumulation of these images which will allow further exploration of the original speech and lead to the interpretation of the data, producing a new transformation of the text in the form of »interpretation«. The interpretation of the results can be partial or global, depending on whether we choose to interpret the empirical data produced by different sets of explorations or we attempt to give an overall sense of the whole data. Global interpretation will then mobilize much more than methodological devices. Theoretical and socio-historical knowledge are needed to restore the full complexity of discourse in action. The final form of the text is a new text, the »interpretation« text taking the form of an article or monograph aiming at the increased understanding of the phenomenon being studied.

This more or less metaphorical representation of a succession of states of the text goes to show that speech can only be grasped in the form of its textual materiality which must be later subjected to methodical operations. From this point of view, it does not seem appropriate to distinguish between quantitative and qualitative methods. On the epistemological level, it is not productive to oppose complexity and simplicity. We have seen that understanding and explanation should form an hermeneutical arc. Any methodological approach necessarily implies a reduction of the object allowing some objectification of data. As we saw earlier, this process involves both operations of explanation and interpretation. These operations ultimately lead to the formulation of interpretative hypotheses that allow for the appropriation of the object for ourselves, that is to say, its understanding.

6. Causality and measurement in discourse analysis

We have tried so far to show how discourse analysis is, as its name suggests, a practice that focuses on the discursive materiality and implements systematic operations, both explanatory and interpretative. We have challenged the strict opposition between the qualitative and quantitative paradigms while recognizing the existence of distinctive practices concerned with quantitative or qualitative aspects of phenomena. The paradigmatic opposition between qualitative and quantitative approaches emphasizes two distinct criteria. As we have pointed out, the quantitative approach would favor measurement and causal explanation, and the qualitative approach would rather choose the global understanding of phenomena. To be convinced of the compatibility of the two approaches, it is useful to examine the presence of causal reasoning in the practice of discourse analysis and the relevance of measuring as an operation favoring at the same time reduction and restoration of complexity. We will attempt to illustrate how causal explanation and measurement have their place in the qualitative approach.

With regard to causation, we refer to Tacq's proposal (2010) that causal reasoning is present in both quantitative and qualitative research. He gives an overview of different theories of causality in the social sciences to stress the idea of an experimental logic present in both approaches. He starts from the premise that in science, the causal relationship is rarely apprehended directly, but rather is considered in an indirect way, a sort of encirclement process. Thus, science most often uses probabilistic or statistical approaches to examine the necessary and sufficient conditions explaining a phenomenon, without being able to establish a direct causal link between phenomena. To support his conception of experimental logic, Tacq relies on the INUS model (*Insufficient but Necessary part of a set, which is Unnecessary but Sufficient for the Result*, Mackie 1974), which bases the nature of reasoning on all the conditions making possible the occurrence of an event.

According to the INUS model, an event may be the product of a necessary condition but insufficient in general, while being sufficient although not necessary under the circumstances. Tacq gives the following example: Experts may say that fire is the result of a short circuit. The cause can not be declared necessary because other factors could cause fire. It can not be declared sufficient since other conditions may contribute to the spread of fire. All we can say is that, combined with the short circuit, there is a set of positive or negative conditions that are sufficient without being necessary to trigger the fire. It is a counterfactual argument that questions the possibility of the occurrence of an event in the absence of an identified causal factor. The perspective is that of a causal field rather than a logical causation. According to the author, this type of reasoning is widely used in experimental research. But it is surely the kind of logic that is applied in qualitative research.

To support his thesis, Tacq responds to the main arguments that aim at distinguishing qualitative and quantitative approaches. The first argument pertains to the measurement scales, nominal, ordinal, interval and metric. The first two levels, nominal and ordinal, would characterize the qualitative approach, allowing limited mathematical operations, thus excluding the causal logic implied by quantitative models. While mathematical ope-

rations vary depending on the nature of the variables, it does not follow that the causal logic is *de facto* excluded. The second argument is based on the difference in sample size between the qualitative and quantitative approaches. In extreme cases, qualitative studies will apply to a single case, making causal analysis improbable. Tacq notes that there are few objective criteria for determining the minimum sample size and even the analysis of a single case can make sense, provided it is placed in relation with other single-case studies. The analysis of complex necessary and sufficient conditions is still possible by the counterfactual examination of these conditions. The third argument regards the possibility of statistical tests. Obviously, the power of statistical tests varies greatly depending on the sample size. However, there are a variety of tests that have been produced to validate the results of small samples, and comparison of data with data obtained in other studies is, in itself, a kind of test, even if not statistical. The last argument pertains to the difference between thin and thick analysis. Again, there is no doubt that in-depth analysis multiplies the dimensions of the object that can be observed, while the analysis in width multiplies the number of individuals observed for a limited number of dimensions. This should not, however, change the argument, especially as there is no reason not to combine qualitative and quantitative procedures at various stages of the research process.

The author comes to the conclusion that if we use the counterfactual and conditional approach of INUS's model and the method of difference at the base of the experimental approach as formulated by John Stuart Mill, there is no principled difference between quantitative and qualitative methods in terms of causal reasoning.

We will conclude by showing that the use of measurement is not inconsistent with a qualitative approach. If one refers to the qualitative paradigm, measurement is conceived as a distortion of the research object and would constitute a misleading and unnecessary analysis, precisely because it reduces complexity. However, measurement is one of the research operations that allows at the same time a reduction of the dimensions under study and possibly the production of another order of complexity. We retain the definition proposed by Kaplan (1964, p. 177): »Measurement, in the most general terms, can be regarded as the assignment of numbers to objects, (or events or situations) in accord with some rule.« The properties of the object and their measurability do not exist independently of a theory. The qualitative or quantitative representation of an object depends on the choice of a system of symbolic representation. In the words of Kaplan, »quantities are of qualities and a measured quality *has* just the magnitude expressed in its measure« (1964, p. 207). In sum, measure can be applied at various levels of construction of the object. First, it can be applied to any object with an independent material existence, regardless of its nature, size and complexity, such as individuals, world objects, texts, statements, events. Second, it can be applied to segments or properties of these objects not directly accessible to observation, but arising from research work. Third, the measure may even extend to intangible objects that exist through the work of the mind. This last kind of objects might be a social production (success, wealth, popularity. etc. ...) or the product of disciplinary knowledge (anomie, social relativism, creativity, etc. ...).

To resume our earlier discussion, the measuring may indeed appear to be a reduction of information. In the different phases leading to measurement, only certain attributes

are deemed relevant to the process. It implies that we waive the diversity of concrete manifestations, physical or imagined, of one's research object. This work of abstraction is present in both qualitative and quantitative approaches. It is reflected in the operations of description and categorization of the chosen units. Categorization consists in a double reduction of the object by identifying a particular aspect of the object and allocating an abstract value that can represent it. Giving values to units and their properties follows previous work of reduction and abstraction of the object's dimensions. In return, measurement may also help restore complexity. It can indeed be a powerful heuristic strategy to rebuild complex representations of aspects or attributes postulated in theory. For example, the construction of indices to represent a concept by adding and weighting indicators leads to the emergence of a form of complexity non-apparent at the starting point. In the same fashion, multidimensional statistical analysis produces information that was not there from the start.

Discourse analysis is a good example for the use of measurement as part of a mixed methods approach. The different operations of description and analysis of discourse data show that measurement can contribute both to the abstraction of specific dimensions of the object and to the restoration of complexity. Analysis relies on the capacity to identify series of discrete speech units (words, semantically meaningful phrases, broader textual segments, etc.) and to determine a system of categorization (semantic, sociological, argumentative, pragmatic, enunciative, etc.). The researcher remains free to determine if he will take into account only the units, whatever the type, or if he is interested in their properties. Counting these objects will only give a partial view of the whole. For example, we could learn about the proportion of nouns belonging to a semantic class, the dominant premises of an argument, the relative importance of certain enunciative markers in a political speech, the frequency of speech turns in a conversation, etc. Thus one can speak of a reductive reading manifested both by a certain selection of aspects of the text and its representation in a measurement system. But it is also possible to speak of a more complex representation of the text by the multiplication of observations and accumulated elements measured. The accumulation of observations and measurements can lead to the construction of indices or increase the size of the analysis. Measurement is then one of the operations available in discourse analysis. It is not inherently incompatible with the qualitative approach.

7. Conclusion

We have shown that discourse analysis is not a discipline but a research practice that is at the confluence of a set of disciplinary and national traditions. The rich heritage of disciplinary, theoretical and methodological knowledge explains the privileged position of discourse analysis. The very purpose of discourse analysis predisposes it to stay at the frontier of different methodological approaches which might be called mixed methods. We have shown that the paradigmatic oppositions between qualitative and quantitative approaches, although strongly advocated in the body of scientific literature, have become

obsolete in the pragmatic use of mixed methods. We went beyond this pragmatic attitude to defend the thesis that there is indeed a common background in all methodologies, whatever their paradigmatic affiliation. We have shown that we can not explain without interpreting at the same time, and that the very identification of research units and operations of description and analysis combines, at all times, explanation and interpretation. We further stated that scientific knowledge can not proceed without applying some reduction procedures, but that the combination of these procedures can lead to a restoration of the complexity of the object. We ended by showing that the logic of causality and measurement, seemingly opposed to the qualitative paradigm, applies to both qualitative and quantitative approaches.

References

- Adam, J.-M. (1999): *Linguistique textuelle. Des genres de discours aux textes*. Paris: Nathan.
- Althusser, L. (1970): *Idéologie et appareils idéologiques d'État*. In : *La Pensée* 151, Juin.
- Barthes, R. (1957): *Mythologies*. Paris: Seuil.
- Conein, B./Courtine, J. J./Gadet, F./Pêcheux, M. (1981): *Matérialités discursives*. Lille: Presses Universitaires De Lille.
- Denzin, N. K./Lincoln, Y.S. (1994): *Handbook Of Qualitative Research*. London: Sage.
- Deleuze, G. (1967): *L'écriture et la différence*. Paris: Seuil.
- Duchastel, J./Laberge, D. (1999a): *Des interprétations locales aux interprétations globales: Comblent le hiatus*. In: Ramognino, N./Houle, G. (Dir.): *Sociologie et normativité scientifique*. Toulouse: Presses Universitaires Du Mirail, pp. 51–72.
- Duchastel, J./Laberge, D. (1999b): *La recherche comme espace de médiation interdisciplinaire*. In: *Sociologie et Sociétés* Xxxi (1), pp. 63–76.
- Duchastel, J./Laberge, D. (2011): *La mesure comme représentation de l'objet. Analyse et interprétation*. In: *Sociologies*, Avril. www.sociologies.revues.org
- Fairclough, N. (2007): *Discourse and Social Change*. Cambridge: Polity, pp. 225–240.
- Foucault, M. (1969): *L'archéologie du savoir*. Paris: Gallimard.
- Jakobson, R. (1963): *Essais de linguistique générale*. Paris: Minuit.
- Jefferson, G. (2004): *Glossary of Transcript Symbols*. In: Lerner, G. (Ed.): *Conversation Analysis: Studies from the First Generation*. Amsterdam: John Benjamins Publications, pp. 13–31.
- Gee, J. P. (2011): *An Introduction To Discourse Analysis, Theory And Method*. 3rd edition. New York: Routledge.
- Guba, E. G./Lincoln, Y.S. (1994): *Competing Paradigms In Qualitative Research*. In: Denzin, N.K./Lincoln, Y.S. (Eds.): *Handbook Of Qualitative Research*. London and Thousand Oakes: Sage.
- Hall, S. (2009): *Representation, Cultural Representations And Signifying Practices*. London: Sage.
- Haroche, C. L./Henri, P./Pêcheux, M. (1971): *La Sémantique et la coupure saussurienne: langue, langage, discours*. In: *Langages* 24.
- Harris, Z. (1952): *Discourse Analysis*. In: *Language* 28(1), pp. 1–30.
- Jakobson, R. (1963): *Essais de linguistique générale*. Paris: Minuit.
- Jefferson, G. (2004): *Glossary of Transcript Symbols*. In: Lerner, G. (Ed.): *Conversation Analysis: Studies from the First Generation*. Amsterdam: John Benjamins Publications, pp. 13–31.
- Jakobson, R. (1963): *Essais de linguistique générale*. Paris: Minuit.
- Kaplan, A. (1964): *The Conduct Of Inquiry. Methodology For Behavioral Science*. New York: Chandler Publishing.

- Kelle, U. (2001): Sociological Explanations Between Micro And Macro And The Integration Of Qualitative And Quantitative Methods. In: *Forum Qualitative Social Research* 2(1), www.nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs010159 (Accessed: 10.04.2014).
- Mackie, J. (1974): *The Cement Of The Universe. A Study Of Causation*. Oxford: Oxford University Press.
- Mayaffre, D. (2007): Analyses logométriques et rhétoriques des discours. In: Olivési, S. (Ed.): *Introduction à la recherche en sic*. Grenoble: Presses Universitaires De Grenoble, pp. 153–180.
- Meunier, J.-G. (1990): Le traitement et l'analyse informatique des textes. In: *Gestion de l'information textuelle*, Ico, 2: Iii, pp. 9–18.
- Molino, J. (1989): Interpréter. In: Reichler, C. (Ed.): *L'interprétation des textes*. Paris: Editions De Minuit, pp. 9–52.
- Osgood, C. E. (1959): The Representational Model And Relevant Research Methods. In: Pool, E.S. (Ed.): *Trends In Content Analysis*. Urbana: University of Illinois Press.
- Paillé, P./ Mucchielli, A. (2008): *L'analyse qualitative en sciences humaines et sociales*. Paris: Armand Colin.
- Paveau, M.-A. (2012): *L'alternative quantitatif/qualitatif à l'épreuve des univers discursifs numériques. Colloque international et interdisciplinaire Complémentarité des approches qualitatives et quantitatives dans l'analyse des discours ?* Amiens, France.
- Pêcheux, M. (1975): *Les vérités de la Palice, linguistique, sémantique, philosophie*. Paris: Maspero.
- Pires, A. (1982): La méthode qualitative en Amérique du nord: un débat manqué (1918–1960). In: *Sociologie et société* 14(1), pp. 16–29.
- Rastier, F. (2001): *Arts et sciences du Texte*. Paris: P.u.f.
- Ricoeur, P. (1986): *Du texte à l'action*. Paris: Seuil.
- Ricoeur, P., Edited, translated and introduces by J. B. Thompson. (1981): *Hemeneutics and the Human Sciences, Essays on Language, Action and Interpretation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tacq, J. (2011): Causality. In: *Qualitative And Quantitative Research*. In: *Quality And Quantity* 45(2), pp. 263–291.
- Zienkowski, J. (2012): Overcoming The Post-Structuralist Methodological Deficit. Metapragmatic Markers And Interpretative Logic in A Critique Of The Bologna Process. In: *Pragmatics* 22(3), pp. 501–534.

References of figure 1

- Althusser, L. (1970): Idéologie et appareils idéologiques d'État. In: *La Pensée* 151, Juin.
- Austin, J. L. (1962): *How to do things with words*. New York: Oxford University Press.
- Barthes, R. (1957): *Mythologies*. Paris: Seuil.
- Benveniste, E. (1966): *Problèmes de linguistique générale*. Vol.1. Paris : Gallimard.
- Benzecri, J.-P. (1973): *L'analyse des données: l'analyse des correspondances*. Paris: Dunod.
- Berelson, B. (1952): *Content Analysis In Communication Research*. New York: Hafner Publications.
- Berger, P./Luckman, T. (1966): *The Social Construction Of Reality: A Treatise In The Sociology Of Knowledge*. Garden City and New York: Anchor Books.
- Dubois, J. (1969): Énoncé et énonciation. In: *Langages* 4(13), pp. 100–110.
- Foucault, M. (1969): *L'archéologie du savoir*. Paris: Gallimard.
- Garfinkel, H. (1967): *Studies in Ethnomethodology*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Guiraud, P. (1960) *Problèmes et méthodes de la statistique linguistique*. Paris: P.U.F.
- Harris, Z. (1952): Discourse Analysis. In: *Language* 28(1), pp. 1–30.
- Hjelmslev, L. (1947): Structural Analysis Of Language. In : *Studia Linguistica* 1, pp. 1–3, 69–78.
- Holsti, O. R. (1969): *Content Analysis For The Social Sciences And Humanities*. Reading: Addison Wesley.
- Lacan, J. (1966): *Écrits*. 2 Volumes. Paris: Seuil.
- Laswell, H. D./Lerner, D./Pool, I. (1952): *The Comparative Study Of Symbols*. Stanford: Stanford University Press.

- Lévi-Strauss, C. (1949): Les structures élémentaires de la parenté. Paris: P.U.F.
- Mead, G. H. (1934): Mind, Self, And Society. Edited. by C. W. Morris. Chicago: University of Chicago Press.
- Muller, C. (1968): Initiation à la statistique linguistique. Paris: Larousse.
- Pêcheux, M. (1969): Analyse automatique du discours. Paris: Dunod.
- Sacks, H. (1972): An Initial Investigation Of The Usability Of Conversational Data For Doing Sociology. In: Sudnow, D. (Ed.): Studies In Social Interaction. New York: Free Press, pp. 31–74.
- Schütz, A. (1967): The Phenomenology Of The Social World Evanston: Northwestern University Press.
- Searle, J. (1970): Speech Acts: An Essay In The Philosophy Of Language. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stone, P.S./Dunphy, D.C./Ogilvie, D.M. (1966): The General Inquirer. A Computer Approach to Content Analysis. In: The Behavioural Sciences. Cambridge and Mass: M.I.T. Press.

Anschriften:

Danielle Laberge, M.Sc., Ph.D., ICD.D.
 Professor, Former President
 Department of Management and Technology, School of Management
 University of Quebec at Montreal, PO. Box 8888, Succ. Centre-ville,
 Montreal (Qc), H3C3P8, Canada laberge.danielle@uqam.ca

Jules Duchastel, Ph.D, RSCM
 Honorary Professor,
 Department of Sociology
 University of Quebec at Montreal, PO. Box 8888, Succ. Centre-ville,
 Montreal (Qc), H3C3P8, Canada duchastel.jules@uqam.ca

Constanze Spieß

Sprachstrukturelle Ebenen, linguistische Methoden und Perspektiven der Diskurslinguistik

Zusammenfassung: Im Anschluss an Foucaults Diskurstheorie einerseits sowie der pragmlinguistischen Theoriebildung andererseits wird in diesem Beitrag ein linguistisches Analysemodell vorgestellt, das aus der Empirie erwachsen ist und mehrere Analysedimensionen umfasst. Diskurse werden in diesem Modell als eine Ansammlung von Texten und Aussagen aufgefasst, die aus verschiedenen Dimensionen betrachtet werden: der Dimension der Situationalität und Kontextualität, der Dimension der Funktionalität, der Dimension der Thematizität und der Dimension der sprachlichen Struktur. Diese Dimensionen gründen dabei in der Dimension der kulturellen Einbettung und werden zudem mit Foucaults Konzept des Dispositivs in Verbindung gebracht.

Schlagworte: Diskurs, Dispositiv, linguistische Diskursanalyse, Kontextualität, Multimodalität

Summary: In connection with Foucault's theory of discourse on the one hand and referring to theories of pragmatic otherwise this paper proposes a linguistic model of discourse analysis. The research-based model views discourse as groupings of texts and statements. It is rooted in several central dimensions, namely those of situationality and contextuality, functionality, thematicity and structurality. In addition these dimensions are based on the dimension of cultural embedding. In the last part of this paper the Foucaultian concept of *dispositif* is connected with linguistic discourse analysis.

Keywords: discourse, dispositif, linguistic approach of discourse analysis, contextuality, multimodality

1. Einleitung

Die Diskurslinguistik stellt sich mittlerweile innerhalb der Gesamtlinguistik als etablierter Forschungsteilbereich dar, der ausgesprochen dynamisch und produktiv ist. Davon zeugen nicht nur zahlreiche diskurslinguistisch ausgerichtete empirische Studien, sondern vor allem auch die rege fachinterne, theoretische Diskussion um Differenzierungen und Operationalisierungen des an Foucault orientierten Diskursbegriffes.¹ Darüber hinaus werden mittlerweile diskurslinguistische Ansätze und methodische Zugriffsweisen in andere Bereiche der Linguistik integriert bzw. als Analyseperspektive aufgenommen,

1 Vgl. hier zu den unterschiedlichen Ausprägungen des Diskursbegriffes unter anderem die Zusammenschau bei Bluhm et al. (2000) sowie Gardt (2007, 2012) oder Konerding (2009); vgl. auch die empirischen Arbeiten unter anderem von Böke (1991), Niehr (2004), Wengeler (2003), Domasch (2007), Ziem (2008) oder Spieß (2011a), vgl. auch Busse/Teubert (2013) sowie Roth/Spiegel (2013).

so z.B. in der Politolinguistik, im Hinblick auf die Analyse institutioneller Kommunikation, in der Bildlinguistik, in der interaktionalen Linguistik oder im Rahmen genderlinguistischer Untersuchungen.²

Mittlerweile existieren verschiedene theoretische Begründungen sowie Operationalisierungen methodischer Zugriffsweisen auf Diskurse, wobei in jedem spezifischen Fall immer wieder ausgelotet wird, was unter einem Diskurs zu verstehen ist. Ausgangspunkt ist dabei meistens das zugrundeliegende Analysematerial, aus dem sich die Fragestellungen ableiten. Bislang dominiert immer noch ein textorientierter Zugang, der zwar außersprachliche Faktoren in die Analyse integriert, der aber zumeist schriftliche Texte zur Basis hat.³ Erst langsam werden auch gesprochen sprachliche Äußerungen, Bezüge zu Bildern oder Gesten, Bezüge zu Räumlichkeit etc. in die Analyse mit einbezogen (vgl. Roth 2008; Diekmannshenke/Klemm/Stöckl 2011; Warnke 2013).

Im Folgenden wird eine Variante diskurslinguistischer Analyse vorgestellt, die sich auf unterschiedliche sprachstrukturelle Ebenen bezieht und verschiedene linguistische Methoden miteinander verbindet. Dabei steht die sprachliche Ausprägung von Diskursen – wohl wissend, dass Diskurse weitere, nicht-sprachliche soziale Praktiken umfassen und von außersprachlichen Bedingungen abhängen – im Vordergrund. Ausgangspunkt bildet dabei eine theoretische Fundierung des Diskursbegriffes (Kapitel 2), um daraus die methodische Begründung diskursanalytischer Vorgehensweisen unter Einbezug des Dispositivbegriffes abzuleiten (Kapitel 3).

2. Theoretische Begründung

Einerseits liegt hier ein aus der Empirie entwickelter Diskursbegriff zugrunde, der in erster Linie öffentlich-politische Diskurse fokussiert und der sich mit unterschiedlichen Merkmalen beschreiben lässt, die z.T. auch in der Diskurstheorie Foucaults gründen. Andererseits dient dem hier vorgestellten linguistischen Diskursbegriff unter anderem der Ansatz von Busse/Teubert (1994) als Orientierung. Der Ansatz von Busse und Teubert wurde dabei sowohl in theoretischer als auch in methodischer Hinsicht (vor allem im Hinblick auf die empirischen Erfordernisse) modifiziert und erweitert.

Die sprachlichen Äußerungen in Diskursen werden als Diskurshandlungen aufgefasst, die an Kontexte gebundene sprachliche Handlungen darstellen. Der Foucaultsche Diskursbegriff wird vor diesem Hintergrund an die pragmlinguistische Theorie rückgebunden und mit verschiedenen sprachtheoretischen Positionen in einen Zusammenhang gebracht, die Bedeutung gebrauchsbasiert definieren. Auf dieser Basis gründet der lingu-

2 Zu erwähnen sei hier insbesondere das Handbuchprojekt *Sprachwissen* des Heidelberger Netzwerkes Sprache und Wissen (vgl. Felder/Gardt 2014). Vgl. darüber hinaus aber auch Roth (2008), Klug (2013), Günthner/Hüpper/Spieß (2012).

3 Aktuelle Untersuchungen beziehen aber zunehmend auch gesprochene Sprache in die Analyse mit ein. Darüber hinaus gibt es verschiedene Untersuchungen, die Bilder, Räumlichkeiten, Materialitäten und Gesten im Wechselverhältnis zum Sprachgebrauch untersuchen (vgl. Fix/Wellmann 2000; Schmitz 2005; Fix 2008a; Müller/Cienki 2009; Diekmannshenke et al. 2011; Warnke 2013)

istische Diskursbegriff. Sprachtheoretische Positionen, die hier besonders von Relevanz sind, sind die Aussagen zu Sprache und Handlung bei Bühler, Grice, Humboldt, Searle, Austin, Morris, Vološinov und Wittgenstein (vgl. Spieß 2011a, Kapitel 1). Eine genaue Darstellung der Positionen kann hier aus Platzgründen zwar nicht erfolgen, dennoch sollen die gemeinsamen, für einen linguistischen Diskursbegriff wichtigen Aspekte der genannten pragmatischen Auseinandersetzungen dieser Theoretiker erwähnt werden. Die Kernaussagen der theoretischen Konzepte – so unterschiedlich sie auch sein mögen – lassen sich als einander ergänzende oder überschneidende Eigenschaften von Sprache formulieren, zudem können sie problemlos mit dem Foucaultschen Diskurskonzept vereinbart werden, auch wenn dieser selbst nicht alle Aspekte explizit ausformulierte. Es handelt sich dabei:

- um die Gesellschaftlichkeit von Sprache;
- um die Auffassung von Verstehen als gemeinsame und soziale Praxis;
- um den dialogischen Charakter der Sprache;
- um die Einbettung sprachlicher Äußerungen in nicht-sprachliche Praktiken und lebensweltliche Kontexte;
- um Situativität und Kontextualität des Sprechens;
- um Bedeutungskonstitution durch den Gebrauch;
- um das Handlungs- und Interaktionspotenzial von Sprache;
- um die Ideologiegebundenheit von Sprache in einem weiten Sinn;
- um die welterschließende Funktion von Sprache.

Vor dem Hintergrund der hier genannten sprachtheoretischen Aspekte kann ein linguistischer Diskursbegriff mit einer Menge von Merkmalen beschrieben werden, die sich im Anschluss an Busse/Teubert (1994) auf eine Ansammlung von Texten und Aussagen⁴ beziehen, die einer gemeinsamen Wissensformation angehören und dementsprechend stark vernetzt sind. Texte und Aussagen⁵ werden als primäre Handlungseinheiten und als »Repräsentanten einer seriell organisierten diskursiven Praxis« (Warnke 2002, S. 133) aufgefasst. Zu den weiteren charakterisierenden Merkmalen öffentlich-politischer Diskurse gehören außerdem neben der Ansammlung von Texten und Äußerungen zu einem Thema *Ereignishaftigkeit*, *Serialität*, *Regelhaftigkeit*, *Möglichkeitsbedingung*, *Prozessualität* und *Sukzessivität*, *Diskursivität*, *Gesellschaftlichkeit* und *soziale Praxis* sowie *Öffentlichkeit* und *Massenmedialität*.

Mit der Konturierung des Diskursbegriffes steht der Textbegriff zur Disposition, da Texte nicht mehr als autonome Gebilde aufzufassen sind, sondern vielmehr auf andere Texte verwiesen bleiben, auf andere Texte verweisen oder aber von situativen und kontextuellen Faktoren abhängig sind. Damit sind sie Ereignisse im Foucaultschen Sinne, die

4 Hier können sprachliche Äußerungen unterschiedlichster Komplexität (von der Einzelaussage bis zum umfangreichen Text) als Handlungen aufgefasst werden.

5 In linguistischer Perspektivierung wird unter einer Aussage in der Regel eine in größere Zusammenhänge integrierte sprachliche Einheit verstanden. Aus Operationalisierungsgründen verwende ich den Aussagebegriff anders als Foucault. Bei Foucault bleibt dieser Begriff sehr vage.

seriell, regelhaft und immer schon aufgrund bestimmter Bedingungen erscheinen. Dabei können sie selbst zugleich wieder Möglichkeitsbedingungen für weitere Texte und Äußerungen darstellen. Diskurse, bestehend aus Texten und Äußerungen, entstehen sukzessive und prozessual, sie sind gesellschaftlich bedingt und an Gesellschaft gebunden, gleichzeitig bringen sie als Teil sozialer Praktiken Gesellschaft hervor. Diskurse sind dabei angewiesen auf Öffentlichkeit bzw. auf den Raum der Öffentlichkeit, verbunden ist damit zudem die Bindung an Massenmedialität bzw. an die medialen Formate der neuen Medien, zugleich stellen die Medien zentrale Akteure in öffentlich-politischen Diskursen dar.⁶

Ein diskurslinguistischer Zugriff auf sprachliches Material bezieht sich dementsprechend nie nur auf das einzelne, isolierte Sprachzeichen, sondern nimmt sprachliche Zeichen (unterschiedlichster Komplexität) innerhalb des gegebenen, das einzelne Sprachzeichen und den einzelnen Text übergreifenden Kontextes wahr. Ein solcher Ansatz ist damit kontextsensibel und handlungsorientiert zugleich. Ziel diskursanalytischer Untersuchungen ist es, herauszufinden, wie größere Handlungszusammenhänge diskursiv erzeugt werden und welche Rolle bestimmte sprachliche Phänomene dabei spielen. Und darin besteht auch das Andere bzw. der Mehrwert gegenüber einer linguistisch begründeten Textanalyse. Ein solches Erkenntnisinteresse bedarf natürlich einer spezifischen methodischen Zugriffsweise, die im Folgenden näher erläutert wird.

3. Methodische Überlegungen

Um die sprachlichen Diskurshandlungen möglichst adäquat analysieren zu können, bedarf es eines Instrumentariums, das die sprachlichen Phänomene in ihrer Kontextualität ernst nimmt. So haben sich im Kontext der linguistischen Diskursanalyse unterschiedliche Mehrebenenansätze etabliert (vgl. unter anderem Spitzmüller/Warnke 2011), wovon das von mir aus den Analysedaten entwickelte Mehrebenenmodell hier kurz vorgestellt wird.⁷ In einem weiteren Schritt wird dieses Modell unter Einbezug des Dispositivbegriffs im Hinblick auf die Erfassung von Multimodalität erweitert.

Texte und sprachliche Äußerungen/Aussagen innerhalb von Diskursen werden, wie bereits erwähnt, als Handlungseinheiten aufgefasst, deren Reichweite über den Einzeltext hinaus geht und die transtextuelle Ebene berührt. Der Diskursanalyse geht es bei der Untersuchung von diskursiven Texten und Aussagen darum, einen Zusammenhang zwischen den Texten/Äußerungen und den diskursiven Strukturen zu erkennen, die erst in der Zusammenschau der vielen vernetzten Texte und Äußerungen in Verbindung zu außersprachlichen Faktoren, einzeltextübergreifende Aussagen bzw. Erkenntnisse zulassen.

6 Vgl. Kamber/Ettinger (2008); vgl. zu Öffentlichkeit und Diskurs Spieß (2011a, S. 128–135 und S. 175–179).

7 Das Analysemodell wurde im Rahmen der Dissertation entwickelt, theoretisch verortet und empirisch erprobt (vgl. Spieß 2011a).

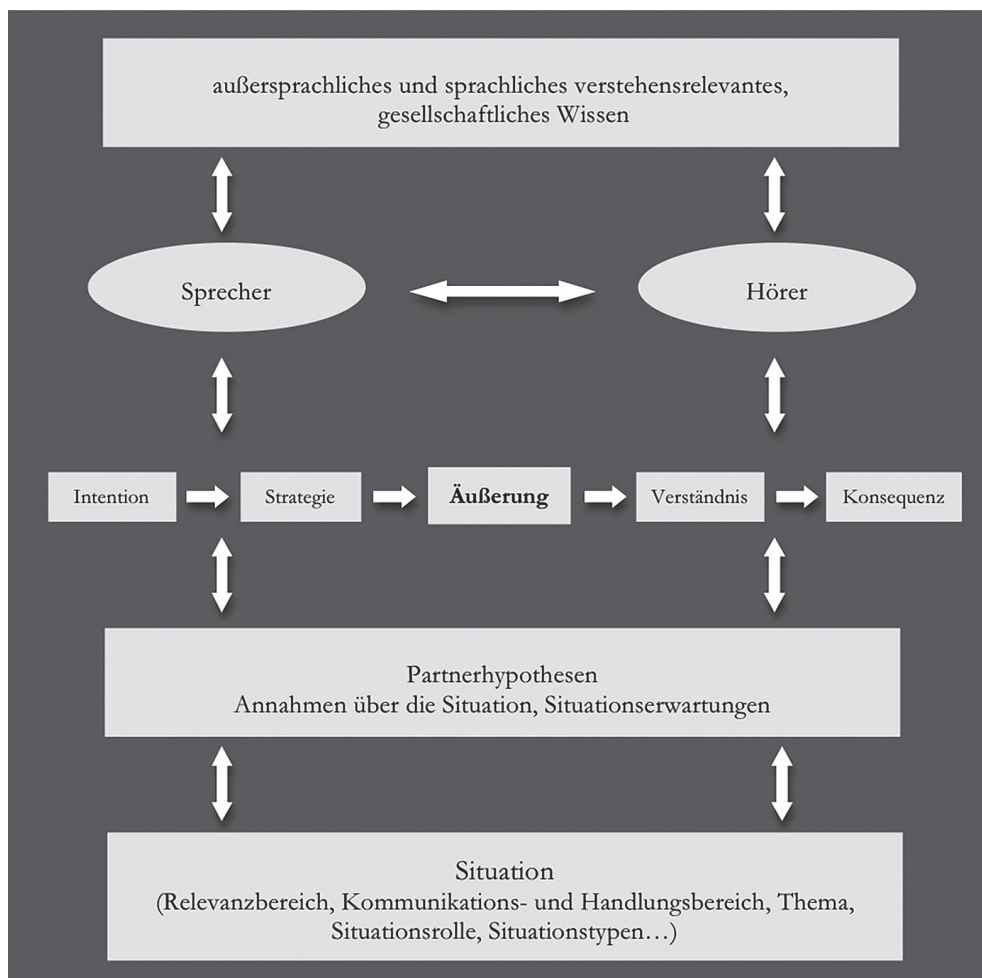


Abbildung 1: Faktorenmodell der Kommunikation (aus: Spieß 2011a, S. 147)

Dem hier vorgestellten Analysezugriff ist dementsprechend ein Handlungsmodell zugrunde zu legen, das die Faktoren Situation, außersprachliches und verstehensrelevantes gesellschaftliches Wissen, Sprecher/Hörer, Partnerhypothesen, Intention, Strategie, Äußerung, Verständnis und Konsequenz enthält und zueinander in Bezug setzt. Die Faktoren stehen miteinander in Verbindung, wie Abbildung 1 idealtypisch verdeutlicht.⁸

8 Das Faktorenmodell wurde modifiziert nach Hannappel/Melenk (1984, S. 12–22), Volmert (1989, S. 28–40), Herrgen (2000, S. 37 ff.), Girth (2002, S. 31 f.). Zudem sind Aspekte aus Busse (1987, 145 ff.; 1988, S. 253 ff.; 1989, S. 84 ff.), Wengeler (1992, S. ff.; 2003, S. 159) sowie Fix (2008, S. 254–276) eingeflossen. Eine genaue Erläuterung der Faktoren und deren Funktion findet sich in Spieß (2011a, S. 143–157).

Diskurse sind demnach als komplexe Handlungs- und Interaktionszusammenhänge und -räume zu verstehen. Die Rollen Sprecher und Hörer sind jedoch zunächst im Modell nicht als reale Sprecher und Hörer aufzufassen, vielmehr müssen sie als idealtypische Entitäten begriffen werden, die erst aufgrund der empirischen Basis eingehender beschrieben werden können, insofern ihre Rolle im jeweiligen Diskurs spezifisch ausfällt. Sie sind im Modell als Handelnde charakterisiert, die von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden, unter anderem nehmen sie im Rahmen der Produktion von Diskursäußerungen/-texte Bezug auf die relevanten Wissens Elemente; sie selbst haben bestimmte Erwartungen über Adressaten bzw. über den Emittenten, die wiederum abhängig sind von den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Praktiken, die in kulturellen Wissenshorizonten verortet sind. Dabei verfolgen Textemittenten bestimmte Strategien, die mit Konsequenzen verbunden sind und im Idealfall vom Rezipienten verstanden werden. Textemittenten und -rezipienten können Individuen, aber auch Kollektive sein. Im Modell haben wir es also mit einem idealen Sprecher/Hörer zu tun. Die verschiedenen Faktoren haben Relevanz für die Produktion des Textes bzw. für die Wahrnehmung des Textes auf Rezipientenseite. Ebenso entstehen Texte bzw. werden Texte immer schon in einer spezifischen Situation rezipiert, die bestimmte Erwartungen provoziert. Dieses Modell kann Diskursen als Handlungsmodell zugrunde gelegt werden.

Es stellt sich hier die Frage, wie linguistische Diskursanalyse methodisch umgesetzt werden kann. Wie bereits oben angedeutet, bieten sich dazu Mehrebenenmodelle an, da sie der Komplexität und Heterogenität von Diskursen (und der Vorgehensweise Foucaults) entsprechen. Es handelt sich dabei um einen methodischen Zugriff auf Diskurse, der dem Handlungscharakter von Diskursen angemessen erscheint und auf mehrere Ebenen des Diskurses zugreift. Ein solcher Ansatz, wie er von mir entwickelt wurde (vgl. Spieß 2011a), lässt sich hinsichtlich verschiedener Dimensionen beschreiben, die für die Analyseperspektiven relevant sind und die die verschiedenen sprachlichen Perspektiven (formal, funktional, semantisch) in einen Zusammenhang stellen, ergänzt um die nicht zu unterschätzende, außersprachliche Ebene des Kontextes und der Situation. Die Mehrebenenanalyse ermöglicht es dadurch, auf unterschiedlich komplexe sprachliche Phänomene mittels der dem jeweiligen Sprachphänomen entsprechenden Analysemethoden zuzugreifen und diese Phänomene im Zusammenhang formaler, funktionaler und semantischer Aspekte zu beschreiben. Die vier in der Abbildung 2 dargestellten Dimensionen der Beschreibung sind vor dem Hintergrund ihrer kulturellen Verortung zu betrachten, die auf die einzelnen Dimensionen Einfluss nimmt, die wiederum stark aufeinander verwiesen sind. Der Einzeltext wird nicht mehr als isolierte Einheit gesehen, sondern in seiner Abhängigkeit zu anderen Texten und außersprachlichen Faktoren betrachtet. Aus diesem Grund wird ausgehend vom Einzeltext die transtextuelle Ebene in den Blick genommen und hinsichtlich situational-kontextueller, funktionaler, thematisch-semantischer und struktureller Aspekte untersucht. Daraus ergeben sich neue Erkenntnisperspektiven, insofern textübergreifende Zusammenhänge hergestellt werden.

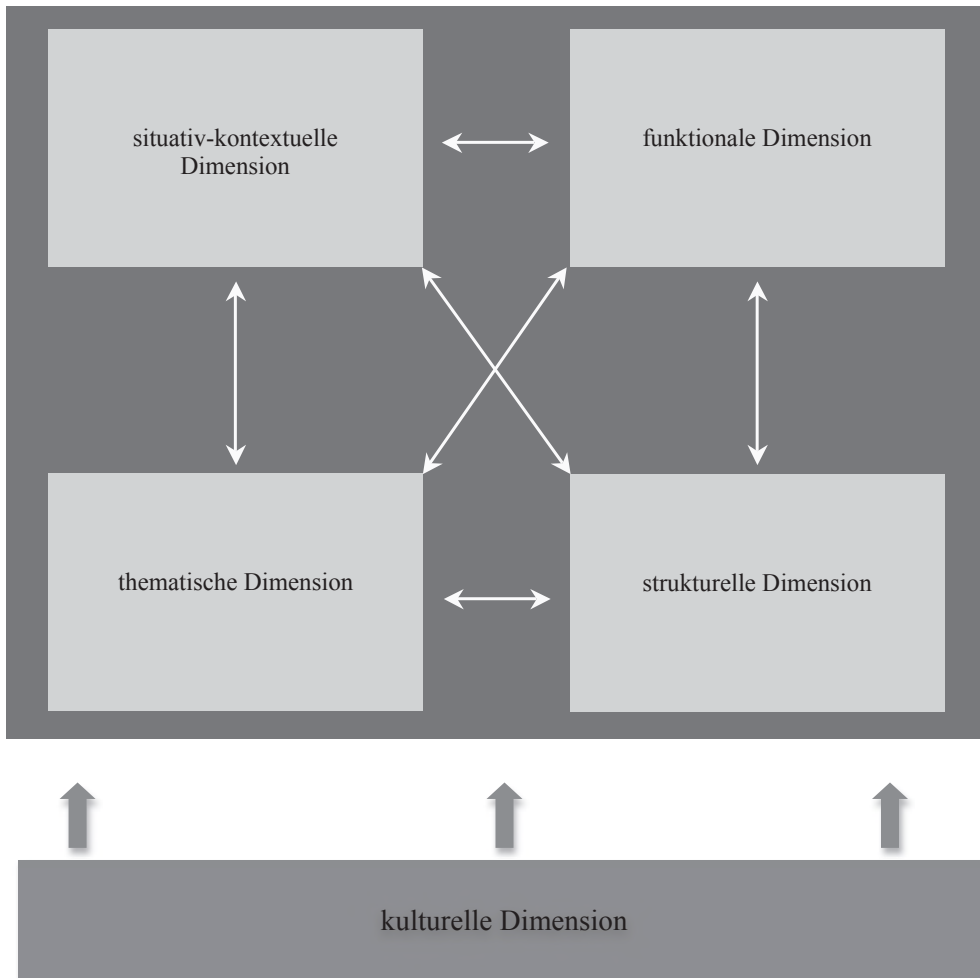


Abb. 2: Diskursbeschreibungsdimensionen (vgl. Spieß 2011a, S. 194)

a) Dimension der *Situationalität* und *Kontextualität*⁹

Die Dimension der Situationalität und Kontextualität nimmt Bezug auf relevante, textexterne Faktoren, die die Bedingungen für das konkrete sprachliche Handeln innerhalb des entsprechenden Diskurses darstellen und die durch verschiedene außersprachliche Elemente und Ereignisse beeinflusst sind. Wichtig sind hier vor allem diejenigen textexternen Elemente und Ereignisse, die für die Diskurstexte und Äußerungen verstehensrelevant sind – z.B. auch Bedingungsmöglichkeiten der sprachlichen Aussage/des Textes,

9 Dieses Modell wurde für die Anwendung auf ganze Diskurse im Anschluss an Adamzik (2004), Bachmann-Stein (2004), Brinker (2005), Heinemann/Viehweger (1991), Heinemann/Heinemann (2002), Stein (2004) modifiziert und weiterentwickelt.

Bezüge zu gesellschaftlichen Bedingungen, historische Bezüge, Bezüge zu weiteren, evtl. ähnlichen Diskursen, zur Rolle von Öffentlichkeit, zu Handlungsfeldern, zu Institutionen, zum Kommunikationsbereich, zu Situationstypen und -rollen, zu Adressaten, Bezüge zu sämtlichen verstehensrelevanten kulturellem Wissen, zu Frames. Bei der Analyse bzw. Beschreibung dieser Dimension wird zudem abgesteckt, was zum Sach- bzw. Wissensbereich des jeweiligen Diskurses zählt, was auch für die kommunikationsbereichsspezifische Verwendung sprachlicher Muster und Strategien von großer Relevanz ist, z.B. sind hier Fragen, welche Diskursakteure eine Rolle spielen, in welchem Bezug sprachliche und nicht-sprachliche Diskursphänomene zueinander stehen (wie z.B. Bilder, Plakate, räumliche Anordnungen, Erscheinungsort etc.) von Bedeutung. Wie umfangreich die Kontextanalyse zu erfolgen hat, hängt von der jeweiligen Fragestellung ab.

Bedeutsam werden hier die diskursive Ebene sowie Bezüge zu (außer)sprachlichen Objektivationen, Subjektivationen und Praktiken im Sinne des Dispositivbegriffes (vgl. Foucault 1978; Spieß 2013).

b) Dimension der *Funktionalität*

Die Dimension der Funktionalität umfasst die Handlungsdimension der unterschiedlichen sprachlichen Phänomene innerhalb der Texte und sprachlichen Äußerungen im jeweiligen Diskursbereich. Es geht hierbei um Ziele und Zwecke der eingesetzten sprachlichen Mittel und der kommunikativen Verfahren im Diskurszusammenhang, also um die Handlungspotenz verschiedener sprachlicher Phänomene in transtextueller Perspektive. In *transtextueller, diskursiver* Perspektive spielt nicht nur die Funktionalität einzelner sprachlicher Phänomene (wie z.B. Argumentationsmuster, Metaphern, Lexik) eine Rolle, sondern auch die funktionale Position der Texte und Äußerungen im Diskurs. Die funktionale Beschreibungsdimension fokussiert sowohl in textueller als auch in diskursiver Perspektive die Analyse von Text- und Diskursstrategien. Diese zeigen sich im wiederkehrenden Auftauchen bestimmter kommunikativer Verfahren.

c) Dimension der *Thematizität*

Diese Dimension beinhaltet die semantische Formation von Texten und sprachlichen Äußerungen, die sich unter anderem durch Themengebundenheit zeigt und sich beispielsweise in textspezifischen sprachlichen Gebrauchsmustern oder typischer Lexik manifestiert. In *textübergreifender* Perspektive spielt etwa die semantische Kohärenz durch den Bezug zu Frames und Wissensbereichen über den Text hinaus auf andere Wissens Ebenen oder Diskurse eine bedeutende Rolle. Solche Strukturen verdeutlichen, dass Texte nie isoliert erscheinen, sondern auch in inhaltlicher Perspektive Teil eines Netzes sind. Gegenstand der Dimension der *Thematizität* ist somit die inhaltliche Ordnung des Diskurses, oder anders gesagt: die semantische Kohärenz der transtextuellen Ebene. In *diskursiver* Perspektive wird semantische Kohärenz auf Diskursebene zum Beispiel durch textübergreifende Isotopieketten hergestellt, die sich wiederum durch wiederkehrende Argumentationstopoi oder Metaphern konstituieren können (vgl. Spieß 2007, 2011a).

d) Dimension der *sprachlichen Struktur/Gestalt*

Bei der Dimension der sprachlichen Struktur bzw. der sprachlichen Gestalt geht es um die formale Seite sprachlicher Zeichen, also darum, in welcher formalen Konstitution (z.B. Konstruktionen, Muster etc.) die sprachlichen Zeichen auf der Textoberfläche erscheinen. Hier spielen grammatische Kohärenz, sprachliche und strukturelle Eigenheiten des Textes durch die Verwendung spezifischer Lexik, Syntax oder auch Metaphorik eine zentrale Rolle. Die Dimension der sprachlichen Struktur stellt für linguistische Zusammenhänge die grundlegende Dimension dar, ohne aber die anderen Dimensionen zu dominieren. Die sprachliche Verfasstheit ermöglicht einerseits eine zunächst oberflächenstrukturelle Zugriffsweise auf den Text oder die sprachliche Aussage, zum anderen sind sowohl die thematische, funktionale wie auch die kontextuelle und situationale Dimension auf die sprachliche Verfasstheit notwendigerweise angewiesen bzw. auf sie verwiesen. Fragen nach der Formulierungsadäquatheit (vgl. Stein 2004) fallen hier ebenso hinein, wie die nach syntaktischen Besonderheiten. Der Dimension der *sprachlichen Struktur/Gestalt* geht es demnach um den Zusammenhang auf der Diskursoberfläche, also um sprachliche und strukturelle Eigenheiten des Diskurses durch die Verwendung text- und diskurstypischer sprachlicher Einheiten.

e) Die Dimension der *Kulturalität*

Jegliche sprachlichen Äußerungen existieren immer schon in größeren Einheiten bzw. nehmen Bezug auf größere Einheiten, die wiederum als Kontexte fungieren und kulturell geprägt sind. Die Dimension der Kulturalität fundiert dementsprechend alle vorher genannten Dimensionen. Sprachliche Äußerungen sind Äußerungen, die vor dem Hintergrund nicht hinterfragbarer Gewissheiten formuliert worden sind. Einer solchen Auffassung von Sprache liegt ein konstruktivistischer und dynamischer Kulturbegriff zugrunde, der mit einem bedeutungs-, wissens- und symbolorientierten Kulturverständnis arbeitet, das die Prozessualität kultureller Sinngenerierung hervorhebt (vgl. Fix 2006). Dieser lässt sich mit Reckwitz folgendermaßen fassen:

»Es ist dieses bedeutungs-, wissens- und symbolorientierte Kulturverständnis, das letztlich den Hintergrund für das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm in den verschiedenen Geistes- und Sozialwissenschaften der letzten Jahrzehnte und ihre Kontingenzzperspektive liefert. Das Neuartige dieses Kulturbegriffs wird insbesondere deutlich, wenn man ihn mit dem totalitätsorientierten Kulturmodell vergleicht. Wenn letzteres davon ausging, dass ‚es verschiedene Kulturen gibt‘ und damit meinte, dass an unterschiedlichen Orten zu unterschiedlichen Zeiten verschiedenartige Verhaltenskomplexe existieren, so impliziert der bedeutungsorientierte Kulturbegriff ein *theoretisches Argument*: dass diese Verhaltenskomplexe vor dem Hintergrund von symbolischen Ordnungen, von spezifischen Formen der Weltinterpretation entstehen, reproduziert werden und sich verändern. Diese Sinn- und Unterscheidungssysteme [Kulturen], die keinen bloßen gesellschaftlichen ›Überbau‹, sondern in ihrer spezifischen Form einer ›symbolischen Organisation der Wirklichkeit‹ den notwendigen handlungskonstitutiven Hintergrund

aller sozialen Praktiken darstellen, machen die Ebene der ›Kultur‹ aus – dies ist das sozialkonstruktivistische Argument des bedeutungsorientierten Kulturverständnisses.« (Reckwitz 2004, S. 7; Hervorhebung im Original)

Texte sind verfestigten Mustern folgende, sprachliche Handlungseinheiten, die sich als Textsorten analytisch beschreiben lassen und nach Fix (2006) dementsprechend als Orientierungsmuster aufzufassen sind, die als überindividuelle und durch die Gemeinschaft konstruierte Wissens-, Bedeutungs- oder Sinnsysteme Kommunikation als eine Form sozialer Praxis ermöglichen und selbst soziale Praxis darstellen bzw. erzeugen (vgl. Antos/Pogner 2003, S. 396; Fix 2006, S. 259). Der Sprache als ein kulturell verankertes Symbolsystem kommt dabei eine entscheidende Rolle zu, da sie aufgrund ihres Handlungscharakters bzw. -potenzials an den genannten Prozessen der Wissens- und Bedeutungskonstitution und somit an der Konstitution von Orientierungsmustern maßgeblich beteiligt ist. Durch Sprache wird dementsprechend Bedeutungs-, Sinn- und Wissenskonstitution ermöglicht und Wirklichkeit durch Sprache konstituiert (vgl. Berger/Luckmann 2004). Kultur wird in diesem Kontext als Prozess verstanden, der sozialen Sinn hervorbringt; Diskurse sind an diesem Sinngenerierungsprozess maßgeblich beteiligt.

Die genannten Dimensionen stehen in einem gegenseitigen Bedingungs- und Abhängigkeitsverhältnis; die je einzelne Dimension kann ohne die je andere nicht adäquat beschrieben werden. Vor dem Hintergrund dieser Beschreibungsdimensionen können verschiedene, text- und diskurskonstituierende, sprachstrukturelle Ebenen erschlossen werden, je nach Komplexität des Diskursgegenstandes oder der leitenden Fragestellung:

- a) die lexikalische Ebene, die sowohl das Einzelwort als auch Wortgruppen umfasst
- b) die Ebene der Einzelaussage und kommunikativen Handlung
- c) die Einzeltextebene
- d) die Text übergreifende Ebene

In Spieß (2011a) wurde dieses Modell linguistischer Mehrebenenanalyse in Anlehnung an verschiedene textlinguistische Analysemodelle für diskursanalytische Zwecke aufbereitet und um die Ebene des Diskurses erweitert. Anhand der Analyse unterschiedlicher und verschieden komplexer sprachlicher Einheiten im Diskurszusammenhang (z.B. Schlüsselwörter, Metaphern und Argumentationsmuster), kann die sprachliche Struktur des Diskurses herausgearbeitet werden. Wie stark die gegenseitige Abhängigkeit der kontextuell-situativen Dimension und der sprachlichen Dimensionen der Funktionalität, Thematisität und der sprachlichen Struktur ist, muss dabei je nach Diskursgegenstand ausdifferenziert werden. Abbildung 3 stellt eine Zusammenstellung derjenigen im Rahmen der Kontext- und Situationsanalyse in Abhängigkeit zu den übrigen Dimensionen zu beachtenden Faktoren dar.

Strukturen und Bedingungen, Kontexte, Situationen	sprachliche Ebene
	
<ul style="list-style-type: none"> - Bedingungen des Diskurses bzw. des Diskursausschnittes, Festlegung auf außersprachliche Ereignisse, die den Diskurs bestimmen, befördern, in Gang setzen etc., Beschreibung des Textkorpus und der Diskursbedingungen (z.B. rechtliche Infrastruktur) - Situierung des Gegenstandes/des Diskurses in einen größeren sozialen, gesellschaftlichen, historischen und politischen Zusammenhang, Darstellung der Sach- und der Problemlage - Situierung des Diskurses in den Kommunikations- und Handlungsbereich, Verhältnis zu anderen Kommunikationsbereichen - Paralleldiskurse, Vorgängerdiskurse, Gegendiskurse, Diskursüberschneidungen und -vernetzungen - Wissensebenen und -typen, die im Diskurs relevant sind - Akteure, Akteursfunktionen und Akteurspositionen - intertextuelle, intermediale Zusammenhänge - Rolle von Bildern, Gesten, Aktionen etc. (z.B. Protestaktionen) - Erscheinungsorte von Äußerungen und Texten 	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachliche Handlungsmuster - Lexikalische Einheiten (Schlüsselwörter aus onomasiologischer und semasiologischer Perspektive) - Argumentationsmuster - Metaphern und Metonymien - Prädikationen - Nominationen - Attribuierungen - Syntaktische Besonderheiten

Abbildung 3: Linguistische Ausdifferenzierung der sprachlichen und kontextuell-situativen Ebene

Elemente der sprachlichen Ebene stehen immer schon in Bezug zur Ebene außersprachlicher Faktoren und konstituieren diese zu einem großen Teil. Erst aus der Sichtung der Einzelphänomene kristallisiert sich der Gesamtzusammenhang heraus und werden die Beziehungen zu anderen Diskursen, zu den verschiedenen Kommunikationsbereichen, historischen und sozialen Kontexten deutlich.

10 *Kontextualität* umfasst sowohl die sedimentierte und stabile Seite des Kontextes sowie die Dynamik und die Performanz des Diskursgeschehens als *Kontextualisierung*. Vgl. dazu Auer (1986), Blommaert (2005), Busse (2007) und Fix (2005, 2006).

4. Dispositive als Rahmenstrukturen diskurslinguistischer Untersuchungen

Das Zusammenspiel und die Verknüpfung dieser Faktoren untereinander kann genauer durch den Dispositivbegriff beschrieben werden. Der Dispositiv-Begriff wurde von Foucault verwendet für die Beschreibung der Vernetzung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken. Mit diesem Begriff versucht Foucault unter Rückgriff auf den Diskursbegriff den Zusammenhang von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken zu klären. Der Diskurs und das Dispositiv stellen Begriffe dar, die im Kontext der Foucaultschen Diskurstheorie zu sehen und eng aufeinander bezogen sind (vgl. Schneider/Hirsland 2005, S. 252 f.). Deutlich wird das bereits an folgender Aussage, wenn Foucault erläutert, was ein Dispositiv ist:

»Was ich unter diesem Titel festzumachen versuche, ist erstens ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.« (Foucault 1978, S. 119 f.)¹¹

Foucault lotet hierbei das Verhältnis zwischen Diskursen, Subjekten, Macht und Wissen aus, indem er Diskurse nicht als autonom, sondern in Abhängigkeit von zahlreichen außerdiskursiven, sozialen Praktiken, Objektivationen, Subjektivationen begreift (vgl. Foucault 1978). Die Relationen dieser unterschiedlichen, heterogenen Elemente stellen für Foucault das Dispositiv dar, das als Rahmen oder Infrastruktur für diskursive Ereignisse aufgefasst werden kann, weil das Dispositiv das Zusammenspiel der Elemente in irgendeiner Weise organisiert oder verknüpft und in diesem Zusammenspiel diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken (der Materialisierungen und Subjektivierungen) spezifische Diskursformationen hervorbringt. Die je spezifische Verknüpfung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken beschreibt Foucault als voneinander abhängige Relationen, die auf Macht gründen. Macht hat hier die Funktion eines notwendigen Beziehungsgefüges, das eine produktive und eine bestimmende Seite hat und von Foucault nicht als hegemoniale, repressive Macht aufgefasst wird (vgl. Foucault 1978, S. 123).

In welchem Verhältnis ist nun der Dispositiv-Begriff zum Diskursbegriff im Kontext linguistischer Fragestellungen zu sehen? Was ist aus linguistischer Perspektive das *Mehr* an Dispositiven gegenüber Diskursen? Wie oben erwähnt, finden in pragmatisch orientierten linguistischen Analysen außersprachliche Faktoren bereits Eingang in die Analyse, da Sprache als soziales Gebilde aufgefasst wird, das von den genannten außersprach-

11 Foucault nimmt bereits in der *Archäologie des Wissens* bei der Beschreibung von Diskursen Bezug auf außerdiskursive Praktiken, ohne darin jedoch genauer auf dieses Verhältnis einzugehen bzw. das Verhältnis zu konturieren (vgl. Foucault 1981, S. 74 und S. 170).

lichen Faktoren beeinflusst wird. Deutlich wird dies insbesondere im Hinblick auf die Hervorbringung von Bedeutungen. Eine kontextsensitiven Sprachanalyse, die diese Faktoren einbezieht, ist dementsprechend sinnvoll und wurde schon von Humboldt, Bühler, Vološinov oder Wittgenstein favorisiert bzw. begründet (vgl. Bühler 1999; Humboldt 1963; Vološinov 1975; Wittgenstein 1984).¹²

Einige Ansätze und Überlegungen, die linguistische Diskursanalyse um den Dispositivbegriff zu erweitern, existieren bereits (vgl. unter anderem Jäger 2006 und Spieß 2012). Zudem kann hier an die sprachpragmatische Verortung des Diskursbegriffes angeschlossen werden, insofern durch eine derartige Fundierung des Diskursbegriffes außersprachliche Faktoren nicht einfach aus der Analyse ausgeblendet werden. Im Hinblick auf die Akteure als notwendige Elemente von Diskursen können im Rahmen eines Dispositiven deren Subjektivierungsweisen, deren soziale Rollen sowie die sozialen Positionierungen im Zusammenhang mit sprachlichen Verwendungsmustern analysiert werden. So sind bestimmte sprachliche Handlungen nur aufgrund der sozialen Rolle möglich (z.B. können gerichtliche Urteile nur durch Richter gefällt werden). In diesem Zusammenhang spielen dann auch Formen der Materialisierung und Vergegenständlichung (Objektivationen) eine zentrale Rolle (z.B. Verhalten im Raum, Kleiderordnung etc.), die bei der Bedeutungsgenerierung im Diskurs eine wichtige Rolle spielen. Dabei sind Objektivationen und Materialitäten ehemals diskursiv verhandelte Themen, die wiederum die Möglichkeitsbedingung von diskursiven und auch nicht-diskursiven Praktiken darstellen. Während die sogenannte deskriptive Diskurslinguistik sich dem Dispositivbegriff bislang kaum genähert hat (auch wenn Aspekte multimodaler Diskursgenerierung in die Analyse einfließen), gilt das für die kritische Diskursanalyse oder die wissenssoziologische Diskursanalyse nicht. Jäger (2006, S. 108) bezieht sich auf den Dispositivbegriff und beschreibt diesen als einen »prozessierende[n] Zusammenhang von Wissen, welches in Sprechen/Denken – Tun – Vergegenständlichung eingeschlossen ist«.

In (wissens)soziologischen Kontexten und Auseinandersetzungen um Foucault gibt es eine rege Diskussion um den Dispositivbegriff. Keller sieht dabei Dispositive in einem Komplex von »Mittel[n], Mechanisme[n] und Maßnahmen, die zur Bearbeitung eines bestimmten Handlungsproblems eingerichtet werden (Institutionen bzw. Organisationen, die die Diskurse erzeugen, Gesetze, Regelwerke, Klassifikationen, Bauten, Erziehungsprogramme usw.)« (Keller 2006, S. 136). In diesem Zusammenhang plädiert Keller dafür, Diskursanalyse nicht nur textbezogen zu praktizieren, sondern die Analyse von Vergegenständlichungen, Subjektivationen/Akteuren, Machtwirkungen als Teil der Diskursanalyse zu begreifen (Keller 2008, S. 99; vgl. auch Keller 2012, S. 214 f.). Schneider/Hirsland (2005, S. 259) heben drei Aspekte des Dispositivbegriffs hervor: Es handelt sich dabei a) um das heterogene Ensemble, b) die Vernetzung und Wirkweise sowie c) die Problemlösung.

12 Insbesondere gesprächsanalytische Untersuchungen befassen sich mit institutionellen Bedingungen und Zusammenhängen sowie deren Einfluss auf das sprachliche Handeln, vgl. z.B. im Hinblick auf die Institution Schule/Hochschule Levy-Tödter/Meer (2009), vgl. im Hinblick auf Organisationen und Institutionen Habscheid (2008), vgl. im Hinblick auf Kommunikation im Gesundheitswesen zwischen Arzt-Patient Spranz-Fogasy/Lindtner (2009).

Dadurch dass sprachliche und außersprachliche soziale Praktiken im diskursiven Bedeutungskonstitutionsprozess¹³ eine Rolle spielen, liegt es nahe, sich aus linguistischer Perspektive dem Dispositivbegriff zu öffnen und die Beziehungen von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken im Hinblick auf Sprache zu beschreiben (vgl. Bührmann/Schneider 2008; vgl. dazu auch Spieß 2012).¹⁴ Betrachtet man verschiedene Ansätze der Diskurslinguistik, so weisen die Analysen über die Analyse des rein Sprachlichen hinaus, insofern sie beispielsweise institutionelle Rahmenbedingungen, Bedingungen der sozialen Veranstaltungen etc. in die Analyse integrieren. (vgl. Günthner/Knoblauch 1994). Gleichzeitig können Materialisierungen oder Vergegenständlichungen als Effekte von Diskursen aufgefasst werden, z.B. bewirken gesetzliche Regelungen (die zunächst diskursiv hervorgebracht werden, wie etwa das Antidiskriminierungsgesetz) beispielsweise Veränderungen im sozialen Umgang, was sich unter anderem wieder im Sprachgebrauch niederschlagen kann¹⁵. Eine tiefenstrukturelle bzw. tiefensemantische Analyse von Diskursen verweist auf diskursbeschränkende bzw. -beeinflussende Normen, Ideen, Institutionen und Mechanismen,¹⁶ die sich aus vergangenen Diskursen ergeben haben. Diese Vergegenständlichungen werden über Sprachanalysen zugänglich gemacht (vgl. Spieß 2008, Spieß 2011a).

Im Hinblick auf die Auffassung, dass Diskurse nie nur aus einem Zeichensystem bestehen, können ebenso andere Zeichencodes (wie z.B. Bilder, Gesten, körperliche Verhaltensweisen etc.) im Verhältnis zu sprachlichen Phänomenen mithilfe des Dispositivbegriffs in ihrer Funktionalität für diskursive Strukturen und in ihrer Abhängigkeit von diesen näher bestimmt werden. So können beispielsweise Bilder bestimmte Aussagen, Argumente etc. verstärken und selbst eine argumentative Funktion im Diskurs einnehmen; eine Rolle spielt dabei auch, an welchen Orten Bilder (oder Plakate) im öffentlichen Raum positioniert werden.

Dispositive können als Rahmen bzw. als Infrastruktur für die Produktion von Wissen aufgefasst werden (vgl. Bührmann/Schneider 2008, S. 51 ff). Dabei ist das Verhältnis von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken stark miteinander verschränkt. Innerhalb dieses Rahmens kommen in einer linguistisch fundierten Analyse, die auf Sprache als Analysegegenstand bezogen bleibt, aber sich in Abhängigkeit von außersprachlichen

13 Zur Bedeutungskonstitution in Diskursen und durch Diskurse vgl. Spieß (2011a, 2011b). Unter anderem Schneider und Hirsland fassen Diskurse als eine »Praxis des Bedeutens«, Diskurse bringen also Bedeutung hervor (vgl. Schneider/Hirsland 2005, S. 258 f.).

14 Jäger beispielsweise hat sich aus linguistischer Perspektive mit dem Dispositivbegriff auseinandergesetzt, legt aber einen hegemonialen, restriktiven Machtbegriff zugrunde (vgl. Jäger 2006).

15 Vgl. hier z.B. die Diskussionen um den geschlechtergerechten Sprachgebrauch und die mittlerweile vorhandenen vielfältigen Möglichkeiten der Markierung der Kategorie *Geschlecht* im Sprachgebrauch.

16 Spieß (2011a) hat in ihrer empirischen Analyse des Bioethikdiskurses um Stammzellforschung anhand der Analyse von Schlüsselwörtern, Metaphern und Argumentationstopoi diskursive Grundfiguren in Form von zwei Argumentationstypen als für den Bioethikdiskurs um Stammzellforschung grundlegende Muster herausgearbeitet. Diese Muster bzw. Grundfiguren strukturieren den gesamten Diskurs (vgl. ebd., S. 529–537).

Faktoren bzw. nicht-diskursiven Praktiken begreift, folgende sprachlichen Untersuchungsgegenstände in Frage:

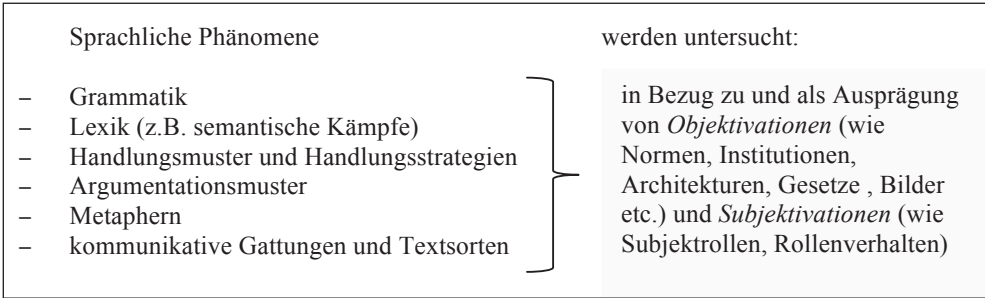


Abbildung 4: Sprachliche Phänomene

In der Diskurslinguistik sind in den vergangenen Jahren zunehmend Untersuchungen entstanden, die multimodale Aspekte in die Analyse mit einzubeziehen, da in Diskursen verschiedene Zeichensysteme aufeinander Bezug nehmen und an der Bedeutungskonstitution und Sinnkonstitution beteiligt sind (vgl. Meier 2011).¹⁷

An der Entstehung und Weiterentwicklung gesellschaftlicher Diskurse sind unterschiedliche Zeichensysteme beteiligt, die miteinander in Interaktion treten, aufeinander mehr oder weniger explizit Bezug nehmen, so zum Beispiel die Bereiche Bild/Film, Musik/Ton, Mimik/Gestik/Proxemik/Kinesik.

Erfassung von Multimodalität innerhalb von Diskursen bedeutet die Erfassung unterschiedlicher Zeichensysteme in ihrer Funktion für den kommunikativen Zusammenhang, wobei in linguistischer Perspektive immer von der Sprachlichkeit ausgegangen wird und das Wechselverhältnis von sprachlichem Zeichensystem mit nicht-sprachlichen Zeichensystemen beschrieben wird. Um die Bedeutung nicht-sprachlicher Zeichensysteme zu explizieren, bedarf es jedoch der Sprache, so dass der Sprache eine besondere Relevanz und Stellung innerhalb multimodaler Diskurse zukommt.

Der Dispositivbegriff kann dabei gerade im Hinblick auf Multimodalität fruchtbar gemacht werden, da die genannten nicht-sprachlichen Zeichensysteme innerhalb von Diskursen in Bezug zum sprachlichen Zeichensystem stehen und an der Bedeutungskonstitution beteiligt sind, die ein Dispositiv strukturiert. So können Diskursmetaphern nicht nur verbal ausgedrückt werden, sondern auch durch Bilder oder Photographien. Und Bilder spielen auch in öffentlich-politischen Diskursen eine zentrale Rolle im Hinblick auf die Unterstützung diskursiver Strategien.¹⁸ So verweist Meier (2011) darauf, dass Diskursanalysen sprachliche Äußerungen in ihrem größeren Zusammenhang, der

17 Zur Multimodalität von Kommunikation sind in der Linguistik in jüngerer Zeit verschiedene Publikationen erschienen. Ein Zusammenhang zum foucaultschen Diskurs- oder Dispositivbegriff wurde in den meisten Fällen jedoch nicht hergestellt. Vgl. Fix/Wellmann (2000), Stöckl (2011), Schmitz (2005), Stukenbrock (im Erscheinen), Fricke (2007, 2012).

18 Vgl. hier z.B. den Einsatz von Plakaten in politischen Diskursen der Wahlkampfkommunikation.

sowohl medial, musikalisch, architektonisch oder räumlich gestaltet sein kann, in den Blick nehmen sollten (vgl. Meier 2011, S. 499)

Ferner ist in diesem Zusammenhang zu sagen, dass Kommunikation immer schon im Austausch anderer, nicht-sprachlicher Zeichensysteme stattfindet, wie oben bereits kurz angedeutet, etwa bei Gesprächen durch Mimik, Gestik, Körperhaltung, durch die Anordnung des Körpers im Raum oder auch durch Kleiderordnungen. Und ebenso wie Face-to-Face-Kommunikation auf nicht-sprachliche Zeichensysteme rekurriert, geschieht dies auch bei gesellschaftlicher, öffentlich-politischer Kommunikation z.B. durch Bilder oder Ton/Musik, Anordnung der sprachlichen Aussagen im (öffentlichen) Raum oder in den Massenmedien (vgl. Warnke 2013; Meier 2008, 2011).

In den Rahmen des Dispositivs können diese Formen nichtsprachlicher Zeichen integriert werden. Je nach Gegenstandsbereich und Fragestellung wird aber auch der Dispositivbegriff für die Untersuchungszwecke sowohl theoretisch wie auch methodisch operationalisiert werden müssen (vergleichbar mit Operationalisierungen des linguistischen Diskursbegriffes), denn es können immer nur Ausschnitte aus Dispositiven analysiert werden. Im Hinblick auf den Aspekt der Multimodalität oder einer Diskurssemiotik birgt eine Dispositivanalyse viel Potenzial. Hier ist auf dem Feld der Linguistik jedoch noch Einiges an Arbeit zu leisten.

6. Literatur

- Adamzik, K. (2004): *Textlinguistik. Eine einführende Darstellung*. Tübingen: Niemeyer.
- Antos, G./Pogner, K.-H. (2003): Kultur- und domänengeprägtes Schreiben. In: Wierlacher, A./Bogner, A. (Hrsg.): *Handbuch interkulturelle Germanistik*. Stuttgart und Weimar: J.B. Metzler, S. 396–400.
- Auer, P. (1986): Kontextualisierung. In: *Studium Linguistik* 19, S. 22–47.
- Bachmann-Stein, A. (2004): *Horoskope in der Presse. Ein Modell für holistische Textsortenanalysen und seine Anwendung*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Berger, P./Luckmann, T. (2004): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe von H. Plessner*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Blommaert, J. (2005): *Discourse. A Critical Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bluhm, C./Deissler, D./Scharloth, J./Stukenbrock, A. (2000): Linguistische Diskursanalyse: Überblick, Probleme Perspektiven. In: *Zeitschrift für Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 86, S. 3–19.
- Böke, K. (1991): Vom »werdenden Leben« zum »ungeborenen Kind«. Redestrategien in der Diskussion um die Reform des §218. In: Liedtke, F./Böke, K./Wengeler, M. (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 205–219.
- Brinker, K. (2005): *Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden*. Berlin: Erich Schmidt.
- Bühler, K. (1999): *Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. Mit einem Geleitwort von Friedrich Kainz*. Stuttgart: UTB.
- Bührmann, A./Schneider, W. (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Busse, D. (1987): *Historische Semantik. Analyse eines Programms*. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Busse, D. (1988): Kommunikatives Handeln als sprachtheoretisches Grundmodell der historischen Semantik. In: Jäger, L. (Hrsg.): Zur historischen Semantik des deutschen Gefühlswortschatzes. Aspekte, Probleme und Beispiele seiner lexikographischen Erfassung. Aachen: ALANO, S. 247–272.
- Busse, D. (1989): »*Chaotien und Gewalttäter*«. Ein Beitrag zur Semantik des politischen Sprachgebrauchs. In: Burkhardt, A./Hebel, F./Hoberg, R. (Hrsg.): Sprache zwischen Militär und Frieden. Ausrüstung der Begriffe? Tübingen: Narr, S. 93–121.
- Busse, D. (2007): Diskurslinguistik als Kontextualisierung: Methodische Kriterien. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zur Analyse gesellschaftlichen Wissens. In: Warnke, I. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault – Theorie und Gegenstände. Berlin und New York: de Gruyter, S. 81–105.
- Busse, D./Teubert, W. (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? In: Busse, D./Hermanns, F./Teubert, W. (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 10–28.
- Diekmannshenke, H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hrsg.): Bildlinguistik: Theorien – Methoden – Fallbeispiele. Berlin: Erich Schmidt.
- Domasch, S. (2007): Biomedizin als sprachliche Kontroverse. Die Thematisierung von Sprache im öffentlichen Diskurs zur Gendiagnostik. Berlin und New York: de Gruyter.
- Felder, E./Gardt, A. (2014): Handbücher Sprachwissen. Band 1: Handbuch Sprache und Wissen. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Fix, U. (2005): Texte zwischen Musterbefolgen und Kreativität. In: Der Deutschunterricht 57, S. 13–23.
- Fix, U. (2006): Was heißt Texte kulturell verstehen? Ein- und Zuordnungsprobleme beim Verstehen von Texten als kulturellen Entitäten. In: Blühdorn, H./Breindl, E./Waßner, H. (Hrsg.): Text – Verstehen. Grammatik und darüber hinaus. Jahrbuch 2005 des Instituts für deutsche Sprache. Berlin und New York: de Gruyter, S. 254–276.
- Fix, U. (2008a): Nichtsprachliches als Textfaktor: Medialität, Materialität, Lokalität. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 36, S. 343–354.
- Fix, U./Wellmann, H. (2000): Bild im Text – Text im Bild. Heidelberg: Universitätsverlag.
- Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fricke, E. (2007): Origo, Geste und Raum – Lokaldeixis im Deutschen. Berlin und New York: de Gruyter.
- Fricke, E. (2012): Grammatik multimodal: Wie Wörter und Gesten zusammenwirken. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Gardt, A. (2007): Diskursanalyse – Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten. In: Warnke, I. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin und New York: de Gruyter, S. 27–52.
- Gardt, A. (2012): Textanalyse als Basis der Diskursanalyse. Theorie und Methoden. In: Felder, E. (Hrsg.): Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklarativen. Berlin und Boston: de Gruyter, S. 29–55.
- Girnth, H. (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik: Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer.
- Günthner, S./Hüpper, D./Spieß, C. (2012): Genderlinguistik. Sprachliche Konstruktionen von Geschlechtsidentität. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Günthner, S./Knoblauch, H. (1994): »Forms are the food of faith«. Gattungen als Muster kommunikativen Handelns«. In: KZfSS 46(4), S. 693–723.
- Habscheid, S. (2008): Kommunikation in Institutionen und Organisationen. In: Schwenk, H. J./Olpinska, M. (Hrsg.): Translatork in Forschung und Lehre. Beiträge der Jahrestagung und internationalen wissenschaftlichen Konferenz des Verbandes polnischer Germanisten (VGP) in Łódź/ Bronisławów. Warszawa: Wydawnictwo Euro-Edukacja, S. 141–154.
- Hannappel, H./Melenk, Hartmut (1984): Alltagssprache. Semantische Grundbegriffe und Analysebeispiele. München: UTB.

- Heinemann, M./Heinemann, W. (2002): Grundlagen der Textlinguistik. Interaktion – Text – Diskurs. Tübingen: Niemeyer.
- Heinemann, W./Viehweiger, D. (1991): Textlinguistik. Eine Einführung. Tübingen: Niemeyer.
- Herrgen, J. (2000): Die Sprache der Mainzer Republik (1792/93). Historisch-semantische Untersuchungen zur politischen Kommunikation. Tübingen: Niemeyer.
- Humboldt, W. von (1963): Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues [1827-1829]. In: Flitner, A./Giel, K. (Hrsg.): Schriften zur Sprachphilosophie. Werke in fünf Bänden. Band 3. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 144–367.
- Jäger, S. (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS, S. 83–114.
- Kamber, E./Ettinger, P. (2008): Strukturen und Wandel von Öffentlichkeit und ihre seismographische Funktion. In: Bonfadelli, H./Imhof, K./Blum, R./Jarren, O. (Hrsg.): Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel. Wiesbaden: VS, S. 170–188.
- Keller, R. (2006): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS, S. 115–146.
- Keller, R. (2008): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung von Diskursforschung. In: Historical Social Research 33, S. 73–107.
- Keller, R. (2012): Wissenssoziologische Diskursforschung. In: Felder, E. (Hrsg.): Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklarativen. Berlin und Boston: de Gruyter, S. 197–224.
- Klug, N.-M. (2013): Bilder als Texte. Methoden einer semiotischen Erweiterung angewandter Diskursanalyse. In: Roth, K. S./Spiegel, C. (Hrsg.): Perspektiven einer angewandten Diskursforschung. Berlin: Akademie, S. 163–187.
- Konerding, K.-P. (2009): Diskurslinguistik. Eine neue linguistische Teildisziplin. In: Felder, E. (Hrsg.): »Sprache«. Heidelberger Jahrbücher. Heidelberg: Springer, S. 155–177.
- Levy-Tödter, M./Meer, D. (2009): Hochschulkommunikation in der Diskussion. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Meier, S. (2008): Von der Sichtbarkeit im Diskurs – Zur Methode diskursanalytischer Untersuchung multimodaler Kommunikation. In: Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault – Methoden. Berlin und New York: de Gruyter, S. 263–286.
- Meier, S. (2011): Multimodalität im Diskurs. Konzept und Methode einer multimodalen Diskursanalyse. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1., Wiesbaden: VS, S. 499–532.
- Müller, C./Cienki, A. (2009): Words, gestures, and beyond. Forms of multimodal metaphor in the use of spoken language. In: Forceville, C./Urios-Aparisi, E. (Hrsg.): Multimodal Metaphor. Berlin und New York: de Gruyter, S. 297–328.
- Niehr, T. (2004): Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung. Heidelberg: Winter.
- Reckwitz, A. (2004): Die Kontingenzzperspektive der »Kultur«. Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm. In: Jaeger, F./Rüsen, J. (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Band III: Themen und Tendenzen. Stuttgart und Weimar: Metzler, S. 1–20.
- Roth, K. S. (2008): Interpersonale Diskursrealisationen. Überlegungen zu ihrer Integration in die diskurssemantische Forschung. In: Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin und New York: de Gruyter, S. 323–358.
- Roth, K. S./Spiegel, C. (2013): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. Berlin: Akademie.

- Schmitz, U. (2005): Blind für Bilder. Warum sogar Sprachwissenschaftler Bilder betrachten müssen. In: OBST 69, S. 187–227.
- Schneider, W./Hirsland, A. (2005): Macht – Wissen – gesellschaftliche Praxis. Dispositivanalyse und Wissenssoziologie. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz: UVK, S. 251–275.
- Spieß, C. (2007): Strategien der Textvernetzung. Isotopien als Konstituenten intertextueller Relationen. In: Herrmann, K./Hübenthal, S. (Hrsg.): Intertextualität. Perspektiven auf ein interdisziplinäres Arbeitsfeld, Aachen: Shaker, S. 189–210.
- Spieß, C. (2008): Linguistische Diskursanalyse als Mehrebenenanalyse – Ein Vorschlag zur mehrdimensionalen Beschreibung von Diskursen aus forschungspraktischer Perspektive. In: Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin und New York: de Gruyter, S. 237–259.
- Spieß, C. (2011a): Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Spieß, C. (2011b): Die sprachlich-diskursive Konstitution von Weltanschauung und Weltbild im Stammzeldiskurs durch Lexik, Metaphorik und Argumentationsmuster. In: *tekst i dyskurs/Text und Diskurs* 4, S. 133–156.
- Spieß, C. (2012): Linguistische Genderforschung und Diskurslinguistik. Theoretische, methodische und empirische Implikationen. In: Günthner, S./Hüpper, D./Spieß, C. (Hrsg.): Genderlinguistik. Sprachliche Konstruktionen von Geschlechtsidentität. Berlin und Boston: de Gruyter, S. 53–85.
- Spieß, C. (2013): Texte, Diskurse und Dispositive. Zur theoretisch-methodischen Modellierung eines Analyserahmens am Beispiel der Kategorie *Schlüsseltext*. In: Roth, K. S./Spiegel, C. (2013) (Hrsg.): *Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven*. Berlin: Akademie, S. 17–42.
- Spitzmüller, J./Warnke, I. (2011): *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin und New York: de Gruyter.
- Spranz-Fogasy, T./Lindtner, H. (2009): Fragen und Verstehen. Wissenskonstitution im Gespräch zwischen Arzt und Patient. In: Felder, E./Müller, M. (Hrsg.): *Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes »Sprache und Wissen«*. Berlin und New York: de Gruyter, S. 141–170.
- Stein, S. (2004): Texte, Textsorten und Textvernetzung. Über den Nutzen der Textlinguistik (nicht nur) für die Fremdsprachendidaktik. In: *Beiträge zur Fremdsprachenvermittlung. Sonderheft 7*, S. 171–222.
- Stöckl, H. (2011): Sprache-Bild-Texte lesen. Bausteine zur Methodik einer Grundkompetenz. In: Diekmannhenke H./Klemm, M./Stöckl, H. (Hgg.): *Bildlinguistik. Theorien – Methoden – Fallbeispiele*. Berlin: Erich Schmidt, S. 45–70.
- Stukenbrock, A. (im Erscheinen): *Deixis in der face-to-face-Interaktion*. Berlin und Boston: de Gruyter.
- Volmert, J. (1989): *Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel, Ein integriertes Modell zur semantisch-pragmatischen Beschreibung öffentlicher Rede*. München: Wilhelm Fink.
- Vološinov, V. N. (1975): *Marxismus und Sprachphilosophie. Grundlegende Probleme der soziologischen Methode in der Sprachwissenschaft*. Herausgegeben und eingeleitet von S. M. Weber. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Warnke, I. (2002): *Adieu Text – bienvenue Diskurs? Über Sinn und Zweck einer poststrukturalistischen Entgrenzung des Textbegriffes*. In: Fix, U./Adamzik, K./Antos, G./Klemm, M. (Hrsg.): *Brauchen wir einen neuen Textbegriff? Antworten auf eine Preisfrage*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 125–141.
- Warnke, I. (2004): *Diskurslinguistik als Kulturwissenschaft*. In: Erhart, W. (Hrsg.): *Grenzen der Germanistik. Rephilologisierung oder Erweiterung?* Stuttgart und Weimar: Metzler, S. 308–324.
- Warnke, I. (2013): *Urbaner Diskurs und maskierter Protest – Intersektionale Feldperspektiven auf Gentrifizierungsdynamiken in Berlin Kreuzberg*. In: Roth, K./Spiegel, C. (Hrsg.): *Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven*. Berlin: Akademie, S. 189–221.

- Wengeler, M. (1992): Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussion nach 1945. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Wengeler, M. (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985). Tübingen: Niemeyer.
- Wittgenstein, L. (1984): Tractatus logico-philosophicus. Tagebücher 1914–1916. Philosophische Untersuchungen. Werkausgabe Band 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp. Logico-philosophicus.
- Ziem, A. (2008): Frames und sprachliches Wissen. Kognitive Aspekte der semantischen Kompetenz. Berlin und New York: de Gruyter.

Anschrift:

Dr. Constanze Spieß
Westfälische Wilhelms-Universität
Germanistisches Institut
Schlossplatz 34
48143 Münster
constanze.spiess@uni-muenster.de

Rezension

Matthias Kaufmann (2013):
Kein Recht auf Faulheit.
Das Bild von Erwerbslosen in der
Debatte um die Hartz-Reformen.
Wiesbaden: VS.

Die gerade erschienene Dissertation vom Matthias Kaufmann befasst sich mit den arbeitsmarktpolitischen Debatten und dem medialen Bild über Erwerbslose während der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder (1998–2002) und damit mit dem Zeitraum unmittelbar vor der Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze.

Kaufmann geht es dabei in erster Linie um die SPD selbst. So erhofft er sich durch seine Studie Klarheit darüber, ob sich diskriminierende Tendenzen gegenüber Erwerbslosen »in der SPD jener Jahre tatsächlich feststellen lassen« (S. 18). Für seine Untersuchung hat er 4.600 Zeitungsartikel aus der BILD, dem Spiegel, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie der Frankfurter Rundschau gesichtet, von denen er etwa 1.700 eingehend untersuchte (S. 19).

Ausgehend von seinem Erkenntnisinteresse formuliert er die These, dass diskriminierende Tendenzen in Bezug auf das Bild von Erwerbslosen »mit einem veränderten Solidaritätsverständnis in der SPD in Zusammenhang stehen könnten« (ebd.). Dabei würden »Vorstellungen der gemeinschaftlichen Absicherung und gegenseitigen Verantwortung potenziell Betroffener füreinander ersetzt durch marktartige Mechanismen« (S. 19 f.), wohingegen vernachlässigt bleibe, »dass Schutzrechte für Arbeitslose auch die Position der Arbeitnehmer in ihren Arbeitsbeziehungen stärken« (S. 20). Darüber hinaus möchte Kaufmann aufzeigen, welche debattenstrategischen Auffälligkeiten diese Entwicklung beförderten, wofür er annimmt, dass diese Auffälligkeiten »im Wesentlichen dazu dienen, die ohnehin beabsichtigten Policies als alternativlos darzustellen« (ebd.).

Eine Lücke im Forschungsstand findet dieses Vorhaben, da der Untersuchungszeitraum im Gegensatz zu Debatten ab 2002 bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen war. Kaufmann

macht allerdings auch eine Lücke hinsichtlich der Analyse der Diskriminierung von Erwerbslosen aus, die Literatur sei »leicht überschaubar« (S. 21). Zahlreiche Studien, die in den letzten Jahren zu dem Thema erschienen sind, bleiben unberücksichtigt. Keine Erwähnung finden etwa die Arbeiten von Stephan Lessenich (2008) und es überrascht außerdem, dass ebenfalls Arbeiten unerwähnt bleiben, die sich explizit mit der diskursiven Konstruktion einer ›faulen Unterschicht‹ befassen, wie etwa der Einführungsband zu Klassismus von Andreas Kemper und Heike Weinbach (2009), die Studie »Faul, Frech, Dreist« von Christian Baron und Britta Steinwachs (2012) oder die vielen Arbeiten zur diskursiven Konstruktion der ›Neuen Unterschicht‹, etwa von Fabian Kessl (2005) oder Karl August Chassé (2010).

Im zweiten Kapitel zu den theoretischen, methodologischen und methodischen Grundlagen der Studie verdeutlicht Kaufmann zunächst »die Relevanz der untersuchten Kommunikation für politische Prozesse« (S. 23). Er geht von Begriffen der Mediengesellschaft und der Mediendemokratie aus, die die Rolle der Medien für demokratische Prozesse betonen. Damit folgt er dem in der Publizistikwissenschaft dominierenden Interdependenzparadigma, das die wechselseitige Abhängigkeit von politischem und medialem Betrieb akzentuiert. Methodologisch fasst er seine Arbeit als Debattenanalyse, die er im Kontext diskurs- und inhaltsanalytischer Verfahren verortet (S. 22). Sich allein auf die Diskursanalyse zu beziehen, erscheint Kaufmann zweifelhaft, da bei den untersuchten Mediendebatten nicht von Diskursen im engeren Sinn gesprochen werden könne. Oft würde sich bei Debatten in der Medienöffentlichkeit wenig inhaltlich auf konkurrierende Argumentationen bezogen, was ein »Schlüsselmerkmal von Diskursivität« (S. 48) sei. Hier wird deutlich, dass eher der Habermassche Diskursbegriff als der Foucaultsche als Rahmen dient, auch wenn er seinen Diskursbegriff zwischen Foucault und Habermas verortet. Dieser Widerspruch ergibt sich unter anderem daraus, dass Kaufmann ein verengtes Verständnis des Foucaultschen Diskursbegriffs hat, wenn er an-

gibt, dass in seiner Arbeit im Gegensatz zu Foucault »Wissen nicht historisch analysiert [wird], denn dafür ist der Untersuchungszeitraum, der sich aus dem Erkenntnisinteresse ergibt, zu kurz« (S. 56). Dabei bieten viele Ansätze in der Tradition der Foucaultschen Diskursanalyse durchaus Perspektiven, die über eine diachrone bzw. historische Diskursanalyse hinausgehen.

Den methodologischen Ausführungen anschließend, begründet Kaufman die Auswahl der Medienbeiträge und formuliert seine forschungsleitenden Fragen: Es geht ihm um das Bild der Erwerbslosen, die Attribute, mit denen sie versehen werden, das dahinter stehende Menschenbild und um die verwendeten Argumentationstechniken (S. 65 f.). Außerdem fragt er, ob sich die Zuschreibungen als Diskriminierung werten lassen, wobei er es dabei belässt, Diskriminierung als »pauschale, gruppenbezogene Herabwürdigung« (S. 65) zu fassen. Hier wäre eine Abgrenzung zu anderen Diskriminierungsbegriffen – etwa zur »symbolischen Diskriminierung« (Rommelspacher), »symbolischen Gewalt« (Bourdieu) oder »sprachlichen Diskriminierung« – sinnvoll gewesen, um Klarheit darüber zu erhalten, wie der Zusammenhang zwischen einer alltäglichen und einer institutionellen oder strukturellen Diskriminierung zu fassen ist. Eine Frage, die in der Studie insgesamt unterbelichtet bleibt.

Im dritten Kapitel steckt Kaufmann die Fokuse seiner Untersuchung ab, die sich auf die Begriffe Sozialstaat, Arbeit und SPD bringen lassen. Kenntnisreich skizziert er die Entwicklung der SPD seit dem Berliner Grundsatzprogramm von 1989, in dem – aus heutiger Sicht bemerkenswert – Arbeitslosigkeit gefasst wird als »kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern [als] ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem« (S. 99). Detailliert werden davon ausgehend die Veränderungen der sozialdemokratischen Agenda vor dem Hintergrund sozialer Umbrüche, wirtschaftlicher Entwicklungen, Veränderungen des Zeitgeistes und von Globalisierungsprozessen beleuchtet, die, ähnlich wie »New Labour« in Großbritannien, eine Ausrichtung der SPD als »Neue Mitte« beförderten.

Das zentrale Kapitel der vorliegenden Studie stellt das vierte Kapitel dar, in dem die empirischen Ergebnisse der Untersuchung der öffentlichen Debatten zur Arbeitsmarktpolitik zwischen

1998 und 2002 vorgestellt werden. Anhand eines Zeitstrahls (S. 122), der die ausgemachten Debattenstränge veranschaulicht, wird bereits deutlich, dass der Strang »Faule Arbeitslose« in der alltäglichen Debatte »sich wie der Strang »Fördern und Fordern und ähnliche Gegenleistungskonstruktionen« durch den gesamten Untersuchungszeitraum zieht. Auf den folgenden etwa 170 Seiten zeigt er die jeweiligen Impulse auf (sofern vorhanden), die den entsprechend Debattenstrang auslösten, gibt sodann einen Überblick über den zeitlichen Verlauf des Stranges, widmet sich den Schwerpunkten sowie den Auslassungen und fasst schließlich jeden einzelnen Strang kurz zusammen.

Eine Schlüsselrolle kommt dem Debattenstrang im Zusammenhang mit der bekannten »Kein-Recht-auf-Faulheit«-Aussage des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder im April 2001 zu, die auch der vorliegenden Studie ihren Titel gab. In einem Bild-Interview sagte Gerhard Schröder:

»Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden. Das ist richtig so. Ich glaube allerdings, dass die Arbeitsämter die entsprechenden Möglichkeiten noch konsequenter nutzen können.« (Bild, 6.4.01: »Es gibt kein Recht auf Faulheit«, S. 123)

Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Interview dominierten die arbeitsmarktpolitische Diskussion in den folgenden Wochen und führten letztlich zur Ankündigung des damaligen Arbeitsministers Walter Riester, die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammenzulegen. In der Analyse des Debattenstranges fokussiert Kaufmann die Äußerungen Schröders und kommt zu dem Schluss, dass beim damaligen Kanzler zwar keine direkten Textbelege für einen Generalverdacht gegen Erwerbslose zu finden seien, allerdings könnten die Passagen entsprechend gedeutet werden, da Schröder andere Antworten auf Arbeitsmarktprobleme nicht liefere, womit er Spielräume in Richtung eines Pauschalverdachts öffne (S. 142).

Die Präsentation der einzelnen Stränge entlang der Abschnitte Impuls, Überblick, Schwerpunkte und Auslassung hat den Vorteil, dass dadurch die Ergebnisse der Untersuchung sehr übersichtlich und leicht nachvollziehbar sind. Ein Nachteil besteht hingegen darin, dass die analytischen Trennungen strangübergreifende Perspektiven behindern, wogegen Kaufmann bemüht ist, Bezüge zwischen den Strängen herzustellen, was im Kern gelingt. So wird beim Strang »Faule Arbeitslose« in der alltäglichen Debatte« darauf hingewiesen, dass diese Figur sich zwar im gesamten Untersuchungszeitraum finde, aber »ab 2001 deutlich häufiger und mit zunehmender Dichte im Zeitverlauf zum Einsatz kommt« (S. 186). In diesem sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum ziehenden Strang kommt auch einer der stärksten Befunde der Studie ans Licht, wenn Kaufmann zusammenfasst,

»dass Erwerbslose in der alltäglichen Debatte lediglich als amorphe Gruppe auftauchen, deren individuelle Bedürfnisse und deren besondere Probleme mit dieser Rolle und den damit verbundenen Bildern und Klischees nicht von großem Belang erscheinen. Von Interesse ist allenfalls ihre Einstellung zur Arbeit, bei der Eigeninitiative laut Klischeebild keine tragende Rolle spielt.« (S. 201)

Es kommen zwar Stimmen zu Wort, die die Faulheitskonstruktionen kritisieren, allerdings ist der »Begriff vom ›faulen Arbeitslosen‹ in seinen verschiedenen Gestalten und Andeutungsformen so allgegenwärtig, dass er in der Debatte meist keiner Erklärung, Differenzierung oder Rechtfertigung seiner Verwendung seitens der Sprecher bedarf« (ebd.). Kaufmann zeigt ebenfalls auf, dass der Erziehungscharakter der Debatte, der vor allem in Bezug auf die Debatte um ›die Neue Unterschicht‹ ab 2004/2006 häufig kritisch festgestellt wurde, hier bereits vorzufinden ist. Erwerbslose würden konstruiert als zu erziehende Subjekte,

»denen erst bei entsprechendem Lernerfolg [...] wieder bürgerliche Freiheiten in vollem Umfang zugestanden werden. Dazu gehört, dass diese Erziehungsabsichten einseitig auf Erwerbslose ausge-

richtet sind, nicht aber auf andere Akteure am Arbeitsmarkt, die Regelungen missbrauchen oder sonstwie Anteil an der Höhe der Erwerbslosigkeit haben. Die Idee einer bedingungslos und auf Grundlage der Menschenrechte gewährten Grundversorgung, die auch durch angemessene Kontrollen zur Missbrauchsvermeidung unbeschadet bleiben könnte, wird zugunsten eines Arsenal an Bevormundungs- und Entmündigungsmaßnahmen zurückgedrängt.« (S. 202)

Kaufmann betont, dass vor dem Hintergrund journalistischer Standards Erwerbslose kaum als GesprächspartnerInnen auf Augenhöhe direkt zu Wort kommen.

Neben diesen interessanten Befunden ruft die Studie erfreulicherweise teilweise vergessene Diskussionen wieder in Erinnerung, die aus heutiger Sicht in einem anderen Licht erscheinen. So etwa wenn es um harte Maßnahmen im Umgang mit Erwerbslosen geht. Wer erinnert sich heute noch an die Debatte um die ›Wisconsin-Vorschläge‹ des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch? Koch war im Jahr 2001 in Wisconsin, dem Partnerstaat Hessens, zu Gast und brachte von seiner Reise einige Ideen für den deutschen Sozialstaat mit: Um die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen zu vermindern, regte er damals einen härteren Umgang mit LeistungsempfängerInnen an. Zwar wurde Koch damals auch scharf für seine Vorschläge kritisiert, doch letztlich wurden im Verlauf wesentliche Teile von Kochs Vorschlägen in das Hartz-Papier aufgenommen, etwa der geforderte Ausbau von Zeitarbeit, die Erhöhung des Drucks und die Förderung von Selbständigkeit (S. 219). Im Zuge der ›Wisconsin-Vorschläge‹ fand zudem eine bemerkenswerte Umdeutung des Begriffs der Solidarität statt. Solidarität richtete sich nun in erster Linie an Erwerbslose. »Sie müssten sich so solidarisch zeigen und die offenen Stellen, die es gebe, annehmen; der Staat habe die Aufgabe, sie in diese Richtung auch mit mehr Druck zu drängen« (S. 224). Eine wichtige Rolle für die Debatte um ›notwendige‹ Reformen ist eine parallel laufende Spar-Debatte, die direkten Einfluss auf das Erwerbslosen-Bild und die arbeitsmarktpolitische Debatte hat: »Als moralisch in der öffentlichen Debatte diskreditierte gesellschaftliche

Gruppe sind die Erwerbslosen die ersten, die zur Verringerung der öffentlichen Schuldenlast beitragen müssen« (S. 289).

Im fünften Kapitel führt Kaufmann seine Fallstudienresultate mit der im dritten Kapitel skizzierten sozialstaatlichen Ausrichtung der SPD zusammen. Dafür geht er zunächst darauf ein, wie sich die Hartz-Gesetze ausgeprägt haben (S. 292). Überraschenderweise meint Kaufmann an dieser Stelle, die Hartz-Gesetze seien ein vorläufiger Schlusspunkt der Debatten, wobei er diese Behauptung nicht weiter ausführt und entsprechend auch keine Belege dafür anführt. Die ab 2004, spätestens aber ab 2006 virulente mediale Rede von der »Neuen Unterschicht«, die fortan sozialstaatliche Debatten prägte, verortet Kaufmann daher offensichtlich nicht im Kontext der von ihm untersuchten Debatten. Dabei ist das in der Studie ausgemachte Bild des Arbeitslosen als »faul, lethargisch, aber berechnend« (S. 213) ebenfalls zentral für die Unterschichtsdebatte. Erinnerung sei hier etwa an die BILD-Kampagne gegen »Deutschlands frechsten Arbeitslosen« (bild.de, 31.01.2010), in der Arno Dübel als »faul, frech, dreist« erschien, wie Christian Baron und Britta Steinwachs in der gleichnamigen Studie ermitteln konnten (2012).

Die Zusammenführung der Ergebnisse mit der SPD-Ausrichtung gelingt Kaufmann dennoch, auch wenn die Ergebnisse seines primären Erkenntnisinteresses kaum überraschen dürften: Die SPD-Regierung weicht vom Menschenbild ihres Berliner Programms und auch in einigen Punkten vom Sozialstaatskonsens ab (S. 304 f.). Erfreulich an diesem Kapitel ist zweierlei: Zum einen wird die Verantwortung von SPD-PolitikerInnen klar benannt, da weite Teile der Parteispitze fleißig am Bild des faulen Arbeitslosen mit zeichneten. Zum zweiten richtet Kaufmann seinen Blick auch auf den weiteren Kontext der arbeitsmarktpolitischen Reformen in Bezug auf den Zusammenhang von Erwerbslosen und Erwerbstätigen, auch wenn Kaufmann einräumt, hier nur spekulieren zu können: Es sei wahrscheinlich, dass »die Debatten um ›faule Arbeitslose‹ bewusst als rhetorischer Hebel zur Senkung von Lohnsummen in der deutschen Wirtschaft eingesetzt wurden« (S. 303). Abschließend fasst Kaufmann die hier bereits genannten und diskutierten Ergebnisse seiner Studie im letzten Kapitel zusammen.

Aufgrund der erwähnten Kritikpunkte fällt die Gesamtbeurteilung der Studie zwiespältig aus. Dennoch sind die Befunde erhellend, da sie die diskursive Konstruktion von »guten« und »schlechten« Arbeitslosen belegen und aufzeigen, mit welchen diskursiven Strategien am Vorabend der Hartz-Reformen der weitreichende Umbau des Sozialstaats eingeleitet wurde. Die Arbeit liefert zudem Ansätze für diskurstheoretisch fundierte Untersuchungen zu den Entwicklungen des Sozialstaatsdiskurses in Deutschland. Die Ergebnisse der Studie lassen vermuten, dass sich das Sagarbeitsfeld im Sozialstaatsdiskurs gewandelt hat. Während zwischen 1998 und 2002 kaum kritische Stimmen am Aktivisierungsparadigma zu vernehmen waren, ist insbesondere in den letzten Jahren eine leichte Veränderung im Arbeitslosigkeitsdiskurs festzustellen. So häufen sich kritische Berichte über die Praxen und Anordnungen im JobCenter. Eine systematische diskursanalytische Auswertung der Entwicklung des Arbeitslosendiskurses seit dem Regierungswechsel 1998 könnte diese Annahme prüfen und – sofern sie sich bestätigen würde – nach den Möglichkeitsbedingungen fragen, die zu den veränderten diskursiven Formationen geführt haben. Außerdem wäre angesichts jüngster Debatten – wie etwa der »Sarrazinebatte« 2010, der aktuellen Auseinandersetzung um »Armutsmigration« und der virulenten Diskussion einer »Neuen Unterschicht« – von Interesse, welche Arbeitslosengruppen diskursiv hervorgebracht und gegeneinander in Stellung gebracht wurden. Zur Beantwortung dieser Fragen ist im Vergleich zur vorliegenden Studie ein stärker an den Foucaultschen Diskursbegriff anknüpfendes Forschungsprogramm notwendig.

Literatur

- Baron, C./Steinwachs, B. (2012): *Faul, Frech, Dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen*. Münster: Edition Assemblage.
- Chassé, K. A. (2010): *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*. Wiesbaden: VS.
- Kemper, A./Weinbach, H. (2009): *Klassismus. Eine Einführung*. Münster: Unrast.

- Kessl, F. (2005): Das wahre Elend? Zur Rede von der ›neuen Unterschicht‹. In: Widersprüche 25(4), S. 29-43.
- Lessenich, S. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.

Anschrift:

Sebastian Friedrich
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Email: sebastian.friedrich@diss-duisburg.de

Christoph Biester

Leistungsorientierte Vergütung in der Wissenschaft

Eine theoretische und empirische Analyse der neuen Professorenbesoldung



2013, 256 Seiten
broschiert, € 34,95
(44-2909)

Die Einführung von Leistungszulagen in der neuen Professorenbesoldung steht für einen Wandel in der Wissenschaftspolitik, dem

dramatisch wahrgenommene Folgen zugeschrieben werden: Dass die Forschung zu Lasten der Lehre privilegiert, die intrinsische Motivation verdrängt und die Wissenschaft insgesamt abgewertet würde, sind nur drei häufig prognostizierte Folgen der Reform, für die empirische Belege weitgehend fehlen. Die Analyse der Leistungsbezügeverordnungen, Fallstudien zur Einführung der W-Besoldung in Universitäten und eine qualitative Studie der Perspektive der Professorinnen und Professoren zeichnen ein differenziertes und empirisch reichhaltiges Bild der Praxis von Leistungszulagen in der Wissenschaft.

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Bericht zur internationalen Tagung

»Risikodiskurse, Diskursrisiken: Europäische Perspektiven auf den sprachlichen Umgang mit Technikrisiken« vom 9. bis 11. September 2013 in Heidelberg

Das Forschungsnetzwerk »Sprache und Wissen« hat sich zum Ziel gesetzt, in verschiedenen gesellschaftlich relevanten Wissensdomänen die Versprachlichung fachspezifischer Gegenstände und Sachverhalte zu untersuchen. SprachwissenschaftlerInnen und FachexpertInnen des Forschungsnetzwerks treffen sich seit nunmehr zehn Jahren regelmäßig in Heidelberg, um gemeinsam fachliches Wissen aus sprachlicher Sicht zu analysieren.¹ Die Netzwerktagung »Risikodiskurse, Diskursrisiken: Europäische Perspektiven auf den sprachlichen Umgang mit Technikrisiken« vom 9. bis 11. September 2013 wurde vor diesem Hintergrund in Kooperation mit dem Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) sowie dem Europäischen Zentrum für Sprachwissenschaften (EZS) durchgeführt.² Die Veranstalter Ekkehard Felder, Armin Grunwald und Marcus Müller brachten dazu europäische Geistes- und Sozialwissenschaftler aus der akademisch-disziplinären Forschung und der problemorientierten-interdisziplinären Technikfolgenabschätzung zusammen, die aus ihren je unterschiedlichen Perspektiven sprachliche Risikodiskurse untersuchten. Im Zentrum der Tagung stand die vergleichende Analyse europäischer Risikodiskurse sowie eine methodische Bestimmung und Neuorientierung der Risikoforschung, zum Beispiel in der Zusammenarbeit zwischen LinguistInnen und SoziologInnen. Ausgangspunkt sind dabei naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen, die mitunter als ein existenzielles Menschheitsrisiko erfahren werden. Die Bedeutung eines sozialkonstruktivistisch geprägten Risikobegriffs in der internationalen Forschung ist dadurch erklärbar,

dass die Rahmenbedingungen im Bereich der Natur-, Lebens- und Geowissenschaften immer stärker in gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Meinungsbildungsdiskursen gesetzt werden. Wesentliche Determinanten dieses Meinungsbildungsprozesses systematisch in verschiedenen Disziplinen zu beleuchten, war ein Ziel der Tagung.

Der Technikphilosoph *Armin Grunwald* (Berlin) eröffnete die Tagung mit dem einführenden Vortrag »Assessment of debates as a task for technology assessment« zu den Herausforderungen der Technikfolgenabschätzung. Es wurde deutlich, dass auch sachorientierte Risikoabschätzungen in Technikdiskursen nie losgelöst von den – sprachlich formierten – gesellschaftlichen Vorstellungen über Sinn und Zweck neuer Technologien erfolgen können. Insofern ist nach Grunwald die Sprachanalyse technologischer Diskurse eine wichtige Säule der Technikfolgenabschätzung. Dabei zeigte er, wie elementar Zukunftsprognosen für Entscheidungsvorgänge in der modernen Gesellschaft sind. Grunwald brachte den Terminus des »Vision Assessment« ein, welcher nur schwer übersetzbar ist. Er führte mit dem Begriff, der seine Vorgänger im »Leitbild Assessment« und im »Metaphor Assessment« hat, vor Augen, dass häufig kein gesichertes Wissen über Konsequenzen von technischen Neuerungen zur Verfügung steht und somit die Debatten um die Themen in den Vordergrund rücken. Gerade dieser Terminus wurde in der anschließenden Diskussion aufgegriffen und hinterfragt.

In der Folge wurden Grundlagen der sprachlichen Konstitution und gesellschaftlichen Formierung von Wissen und Nichtwissen über Technologien aus der Perspektive der Wissenssoziologie und der Diskurslinguistik dargestellt und in Beziehung gesetzt. Einen übergreifenden Charakter hatte dabei der Vortrag des Soziologen *Reiner Keller* (Augsburg), »Die gesellschaftliche Dimension von Wissen in der Diskursanalyse«, der ausgehend von einer Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) zur Analyse von gesellschaftlichen Wissensverhältnissen und Wissenspolitiken eine »neue Grammatik der Verantwortlichkeit« beobachtet. Als Mechanismen in Risikodiskursen hob

1 Zum Forschungsnetzwerk »Sprache und Wissen« siehe www.suw.uni-hd.de.

2 Die Tagung wurde finanziell gefördert von der DFG.

Keller dabei vor allem die Rolle kultureller Kontexte und riskanter Ereignisse sowie von institutionellen Strukturierungen der Öffentlichkeit und Politik hervor. Keller bezog in die Grammatik der Verantwortlichkeit auch die Grenzen und Unschärfen des wissenschaftlichen Wissens ein, was im Vortrag von *Andreas Lösch* (Karlsruhe) erneut aufgenommen wurde, da dieser zunächst postulierte, dass komplexe neue Technologien häufig Nichtwissensphänomene darstellen würden. Er stellte in seinem Vortrag »Die diskursive Herstellung von Risiken in öffentlichen Diskursen zu Nichtwissen« die Frage, wie sich verantwortbar mit neuen Technologien umgehen ließe, wenn eine traditionelle Risikokalkulation und Risikozusialisierung unmöglich sei. Der Vortragende gab als eine mögliche Antwort an, Nichtwissen als Risiko zu kommunizieren, was er am Beispiel der Nanotechnologie als in diesem Sinne idealtypisches Nichtwissensphänomen ausführte. In der Gesamtschau sieht er öffentliche Diskurse als Orte der Technikfolgenabschätzung an, weshalb die Entwicklung von geeigneten Analysemethoden zentral sei. Dies bestätigt die von Grunwald zu Beginn gegebene Einschätzung, dass die Sprachanalyse eine wichtige Säule der Technikfolgenabschätzung darstellt.

Weniger mit einem diskursiven Risikoereignis, sondern vielmehr mit Risiken im Diskurs beschäftigten sich *Nina Janich* und *Nina Kalwa* (Darmstadt) in ihrem Vortrag. Sie gingen dabei der Ausgangshypothese nach, ob Nichtwissen ein Diskursrisiko darstellen würde und ob schon die Zuschreibung von Nichtwissen als ein Diskursrisiko angesehen werden müsste. Ganz allgemein fassten sie ein Diskursrisiko als »die Gefahr eines Scheiterns von Akteuren im Diskurs«. Die Sprecherinnen explizierten ihr Konzept von Nichtwissen als Diskursrisiko anhand von interner und externer Wissenschaftskommunikation. Als methodische Zugänge wurden die Pragma-Stilistik, die Textlinguistik und die Diskurslinguistik herangezogen. Im Ergebnis hielten sie unter anderem fest, dass Nichtwissen und Diskursrisiko konstitutiv zum wissenschaftlichen Diskurs gehören, denn sie sind Forschungsmotiv und Legitimation. Jedoch muss Nichtwissen nicht zwangsläufig zu einem Diskursrisiko werden, sondern dies steht in Abhängigkeit zu Diskurs, Domäne und Kontext. *Kersten Sven Roth* und *Jürgen Spitzmüller* (Zürich) untersuchten Nichtwissen als

Problem der massenmedialen Wissens(schafts)vermittlung, wobei sie (angelehnt an Wehling 2006 und ähnlich wie Janich/Kalwa) davon ausgehen, dass Wissen immer auch ein »nicht-gewusstes Nichtwissen« oder ein »gewusstes Nichtwissen«, im Sinne eines »(noch) nicht genau wissen« oder »nicht wissen können«, produziere. Diese »Ignorance-Claims« (Nichtwissens-Behauptungen) seien selbst Resultate von Aushandlungen. Probleme, die beim Wissenstransfer oder in der Wissenschaftsvermittlung auftreten können, erläuterten die Sprecher in ihrem eigenen Feld, der Sprachwissenschaft, wobei sie auf öffentliche und linguistische Sprachkritik Bezug nahmen.

Die sprachliche Konstitution von Wissen blieb auch in den weiteren diskurslinguistisch orientierten Vorträgen zentral. *Martin Wengeler* (Düsseldorf) sprach in seinem Vortrag »*Die Angst vor dem Absturz kehrt zurück*«. Zur Konstruktion von Gefahren und Risiken als Bestandteil wirtschaftspolitischer Krisendiskurse: *Cui bono?*« über sprachliche Konstruktionen sozialer und wirtschaftlicher Krisen im öffentlich-politischen Alltagsdiskurs. Dabei vertrat er die Grundannahme, dass abstrakte Gegenstände wie »Krisen« vor allem in ihrer sprachlichen Vermittlung durch Massenmedien zum Gegenstand menschlicher Erfahrung werden. So fragte Wengeler, wie in einer Gesellschaft »Wissen« darüber geschaffen werde, ob und wann sich Staaten in der Krise befinden würden. Da, so Wengeler, »Krisen« an Sprache und Kommunikationsprozesse gekoppelte epistemische Größen seien, lassen sie sich linguistisch interpretieren. In einem von ihm und Alexander Ziem geleiteten DFG-Forschungsprojekt wurden dazu rund 10 000 Presstexte mit korpuslinguistischen, frameanalytischen, konstruktionsgrammatischen und lexikometrischen Methoden ausgewertet. Daneben werden zur Betrachtung von Argumentationsmustern Topos-Analysen durchgeführt, wobei vor allem der »Topos der düsteren Zukunft« hervorsticht, der in allen untersuchten Phasen als zentrales Muster auftritt.

Den Ausgangspunkt im Beitrag von *Ekkehard Felder* und *Katharina Jacob* (Heidelberg) bildete die sprachlich-kommunikative Gebundenheit von (kollektiven) Entscheidungsprozessen, die bei Risikodiskursen ein besonderes Gewicht erhalten. Sie unterschieden zunächst zwischen individualisierten Wissensbeständen

aus intersubjektiv unstrittig vorgegebenem (Daten) und aus durch Deutung gewonnenen Gemachtem (Fakten). Diese Fakten sind dann unmittelbar an Diskursakteure gebunden und existieren nicht aus sich heraus. Zur Erfassung von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen schlägt Felder die pragma-semiotische Textarbeit mit drei grundlegenden Sprachhandlungstypen (Sachverhaltskonstitution, Sachverhaltsverknüpfung und Sachverhaltsbewertung) vor. Diese Typologie wird von Jacob für eine »Heuristik des Entscheidens« modifiziert und ergänzt. Jacob ging in dem Vortrag schließlich näher darauf ein, dass zwischen dem Entscheiden als Prozess und der Entscheidung als Resultat unterschieden werden sollte, was sie am politischen Diskurs um erneuerbare Energien näher erläuterte. *Andreas Gardt* und *Paul Reszke* (Kassel) griffen in ihrem Vortrag zunächst die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit auf. Den sprachtheoretischen Überlegungen von Gardt folgte die Analyse Reszkes zur medialen Verarbeitung von Amokläufen. Dabei stellte er die Frage in den Mittelpunkt, ob der Diskurs über Schulumokläufe Bericht, Verarbeitung oder Auslöser sei. Dazu verglich er die Berichterstattung über Amokläufe von sogenannten Qualitätszeitungen oder seriösen Zeitungen wie der *Süddeutschen Zeitung* mit denen der Boulevardzeitungen wie der *BILD-Zeitung*. Daneben wurden in die Analyse auch politische Reden, etwa des damaligen Bundespräsidenten Köhler, sowie wissenschaftliche Studien zu Amokläufen einbezogen, um verschiedene Diskurs-Ebenen (Textsortenunterschiede, Status des Textproduzenten, relevantes Ereignis) herauszuarbeiten.

In empirischen Analysebeiträgen wurden Risikodiskurse aus verschiedenen europäischen Ländern zu den Themen »Atomtechnologie«, »Klimawandel«, »Grüne Gentechnologie«, »Synthetische Biologie«, »Nanotechnologie« und »Fracking« untersucht, wobei sich stets gezeigt hat, dass europäische Technologiediskurse stark von nationalkulturellen Eigenheiten geprägt sind, die in den jeweiligen Kulturen der Medienberichterstattung tradiert sind. *Marcus Müller* (Heidelberg) und *Friedemann Vogel* (Freiburg) stellten eine Studie zu Ausprägungen des Risikobegriffs in europäischen Technologiediskursen vor, welche das korpuslinguistische Monitoring von Risi-

kodiskursen verdeutlichen konnte. An drei Korpora zum englischen, deutschen und italienischen Mediendiskurs wurde das jeweilige Konzept von »Risikotechnologie« herausgearbeitet. In visualisierten Netzwerken, die durch eine multiple vergleichende Kookkurrenzanalysen hergestellt wurden, konnten sie semantische Bezüge der lexikalischen Begriffsindikatoren für die thematischen Kontexte »Pflanzenbiotechnologie«, »Nanotechnologie« und »Nukleartechnologie« herausarbeiten. Auf dieser Basis wurde der Begriff »Risiko« in einem induktiv erstellten Framemodell – jeweils aufgeschlüsselt nach nationalen Diskursen und Technologie – dargestellt und vergleichend quantifiziert. *Brigitte Nerlich* (Nottingham) machte zu Beginn ihres Vortrags »Coming to terms with climate change through metaphors« deutlich, dass es sich beim Klimawandel um ein wissenschaftliches, politisches und ethisches Problem handelt, jedoch auch die sprachlichen Unwägbarkeiten zu beachten sind, da Metaphern in der sprachlichen Fassung von Lebenswirklichkeit wichtige Orientierungshilfen darstellen. Das Framing eines Sachproblems in Form von Metaphern kann bereits eine bestimmte Richtung der Problem-Lösung vorgeben. Die Variationen der Metaphern zeigen dabei auch die Veränderungen in der Welt an, wie Nerlich anhand von Metaphern zum Komplex »Klimawandel« (»greenhouse effect« und »carbon footprint«) zeigen konnte.

Der Beitrag »The media coverage of risk technologies in Denmark« von *Mikkel Fugl Eskjær* und *Mette Marie Roslyng* (Aalborg/Kopenhagen) hatte zum Ziel, Risikodiskurse in der Medienberichterstattung zu identifizieren und zu beschreiben. Dabei verschränkten sie quantitative und qualitative Methoden. In ihrem Korpus untersuchten sie einen Zeitraum von vier Monaten mit besonderem Blick auf vier Themen in dänischen Tageszeitungen, Fernseh- und Radio-Nachrichtensendungen. Zur Erklärung der äußerst heterogenen Medienberichterstattung verwiesen sie auf die Theorie der Risikogesellschaft (Ulrich Beck) sowie – worauf mehrfach auf der Tagung hingewiesen wurde – auf das Eindringen von medialer Aktivität in alle Lebensbereiche. Diese Mediatisierung ersetzt vielfach andere Formen der sozialen Interaktion.

Darüber hinaus wurden Risikoformierungen in verschiedenen kommunikativen Konfiguratio-

nen vorgestellt, wobei die Frage nach dem Einfluss der jeweiligen medienspezifischen Zeichenbildungsprozesse im Vordergrund stand, zum Beispiel live im Fernsehen übertragene Schlichtungsgespräche, im Vergleich der englischen Presse mit literarischen Texten oder in multimodalen und räumlich-architektonischen Zeichen-displays. Der analytische Blick wurde ergänzt durch Berichte über partizipative Verfahren und Modelle der gesellschaftlichen Erarbeitung, Diskussionen und Streuung von Wissen. Hier wurden auch die praktischen Anwendungsperspektiven eines diskursanalytischen ausgerichteten ›Risk Assessment‹ deutlich.

Ingo H. Warnke und Linda Kleber (Bremen) wählten zur Demonstration eines diskursgrammatischen Zugangs zu Risikodiskursen die Schlichtungsgespräche zu ›Stuttgart 21‹. Die Schlichtungsprotokolle bildeten das Untersuchungskorpus ihrer Studie. Dabei fragten sie in ihrem Vortrag »Gefahren höflich minimieren: Zu epistemischen Konzessionen als Risikovermeidungsstrategie in urbanen Konfliktszenarien« nach der Konzessivität und Relevanz bei Risikogesprächen. Konzessivkonstruktionen und ihr funktionalgrammatischer Status wurden dabei als Form der Aussagenverknüpfung in den Mittelpunkt gestellt. Warnke und Kleber konnten anhand von Beispielen verdeutlichen, dass konzessive Verknüpfungen als Strategie dienen können, das individuelle und intra-individuelle »face« in Debatten zu wahren und so Gesprächsrisiken sozial angemessen auffangen zu können. Axel Goodbody (Bath) skizzierte, welche Stellung Klimawandel-Narrative in der Literatur einnehmen und ob sie in der öffentlichen Debatte gespiegelt werden. Dabei ging er zunächst der Frage nach, in welcher Hinsicht überhaupt von einem »literarischen Risiko-Diskurs« gesprochen werden könnte. Dies untermauerte er anhand einer Vielzahl von literarischen Texten, die sich mit der Klimaerwärmung oder -veränderung auseinandersetzen. Eindrücklich daran ist, dass Goodbody auch einen Vergleich zwischen englischer, amerikanischer und deutscher Literatur zog, um daran ein spezifisches »cultural framing« festzustellen und aufzuzeigen. Eine ergänzende Sichtweise auf Risikodiskurse brachte Stephan Habscheid (Siegen) mit der überzeugenden Idee der Geosemiotik ein. Er knüpfte zunächst an vorherige Vorträge an, in denen »Risiken« ebenfalls

von unkalkulierbaren »Gefahren« unterschieden wurden (nach Egner/Pott 2010, oder in Anlehnung an Luhmann 1991). Gemäß Habscheid können Menschen »Risiko« und »Sicherheit« nicht unmittelbar begreifen, sondern wir erleben sie vermittelt über Kommunikationsprozesse und Informationsverarbeitungen. Die »Verräumlichung« von Risiko und Sicherheit explizierte er an dem Beispiel der Diskussion um den Einsatz von »Body-Scannern« an Flughäfen. Josef Klein (Koblenz-Landau) filterte in seiner Untersuchung »Risiko und Resonanz. Welche sprachlichen Charakteristika begünstigen Beifall und Zitat – und damit die Diskursdynamik?« Politiker-Reden auf saliente Sätze in Risiko-Debatten in ihrer Resonanz beim Publikum, in den Medien und im Diskurs. Er rückte damit den Satz in den Mittelpunkt einer diskurslinguistischen Untersuchung. Unter salienten Sätzen fasste er solche Sätze, die in der Kommunikation eine herausragende Rolle spielen und sich so im kollektiven Wissen oder sogar langfristig im kollektiven Gedächtnis einer Gesellschaft verankern. Sie sind damit Kristallisationspunkte kollektiven (politischen) Wissens. Dafür müssen diese Sätze den geschlossenen Raum verlassen und vermittelt über die Medien von einem größeren Publikum wahrgenommen werden. Dies zeigte er prägnant an dem Satz »Scheitert der Euro, dann scheidet Europa« auf, der sich als Angela Merkels Credo in der Euro-Krise in den Medien verbreitete.

Wolf-Andreas Liebert (Koblenz-Landau) wandte sich in seinem Vortrag »Teilen statt Vermitteln. Die Zukunft wissenschaftlichen Wissens« erneut der Relevanz des Nichtwissens im Kontext der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu. Gemäß Liebert werde in Krisenfällen insbesondere deutlich, dass die Wissenschaft nicht immer ein passgenaues Wissen zur Bewältigung zur Verfügung stellen kann. Gleichzeitig steigt in der post- oder spätmodernen Gesellschaft, der »Risikogesellschaft« (Beck 1986), die sich der Allgegenwart des Risikos bewusst ist, der Bedarf nach einer Robustheit des Wissens an. Dieses robuste Wissen inkludiert die Thematisierung von Nichtwissen, dessen Existenz vonseiten der politischen Administration, aber auch von der Wissenschaft selbst häufig verschleiert wird. Hierbei sprach Liebert einen weiteren entscheidenden Faktor an, die Entwicklung zur Individualisierung. Durch eine Mentali-

tät der Selbstermächtigung und Selbstorganisation verschaffen sich BürgerInnen ihr Wissen vermehrt selbst, zum Beispiel im Internet, begünstigt durch die mediale Durchdringung der gesamten Lebenswelt (nach Krotz 2001, 2007). Dieser Entwicklung könnte mit einer Systematisierung des Wissens begegnet werden. Für den Transfer von Wissen zwischen ›Laien‹ und Experten stellte er ein in die Zukunft weisendes Projekt vor: Angelehnt an verschiedene Plattformen für enzyklopädische Wissensformate, wie »Wikipedia«, fragte er, wie sich eine solche Enzyklopädie der Wissenschaft finanzieren ließe, um der wissenschaftlichen Verantwortung, Wissen mit der Gesellschaft zu teilen, gerecht zu werden. *Mario Kaiser* (Basel) führte in seinem Vortrag »Risikodiskurse in den Medien und ihr Niederschlag in Assessmentregimen« Paul Virilios Begriff der »Chronopolitik« ein. Er versteht darunter eine politische Bewirtschaftung der Differenz von Gegenwart und Zukunft und sieht dabei zwei chronopolitische Idealtypen, die Prävention und die Präemption. Er zeigte zwei in seinen Augen idealtypische Formen von Chronopolitik anhand von Filmbeispielen, *Back to the Future* (Prävention) und *Terminator* (Präemption). Das erste Beispiel steht für die Normalisierung und Konservierung der Gegenwart, das zweite Beispiel für die Reformierung oder Revolutionierung der Gegenwart, deren Deutungen in der Diskussion umstritten waren. Dieses Modell übertrug er schließlich auf heutige Technologien, die eventuell Risiken bergen könnten. Der Gründer der Wissenschaftskommunikations-Plattform *Biofaction*, *Markus Schmidt* (Wien), setzt sich mit der synthetischen Biologie als einem neuen Bereich in den Lebenswissenschaften auseinander, deren Stellung im Wissenschaftsfeld noch unbeantwortet ist. Es stellt sich deshalb die Frage, welchem Frame die synthetische Biologie zukünftig zugeordnet wird, wo sie verordnet wird, was wiederum Rückwirkungen auf ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit hätte (als Frames denkbar wären »Nanotechnologie«, »Grüne Gentechnik« oder »Informationstechnologie«). Da es hierzu bisher wenig gesichertes Wissen gibt, hat *Biofaction* in einer Art wissenschaftlich-künstlerischem Experiment zur filmischen Umsetzung der Synthetischen Biologie aufgerufen. Diese Filme können, so Schmidt, neben ihrem künstlerischen Wert als ein Indikator für zukünftige Debatten genutzt werden sowie

Aufschluss über das Framing von Synthetischer Biologie geben; kurz: uns darüber Anhaltspunkte geben, wohin sich die Debatte um die Synthetische Biologie entwickeln könnte.

Die Tagung setzte sich zum Ziel, ForscherInnen aus dem Bereich der Technikfolgenabschätzung und der soziologischen Diskursforschung systematisch mit VertreterInnen der linguistischen Diskurs- und Medienanalyse ins Gespräch zu bringen. Die beteiligten Disziplinen teilten dabei die Ausgangsposition, dass Diskurse soziale Praktiken der Themenformierung sind, in denen sich die epistemischen und deontischen Zugriffsmöglichkeiten auf Sachverhalte konstituieren. Das größte Forschungsdesiderat hat sich in der Zusammenarbeit und Methodenverschränkung zwischen Soziologen und Linguisten gezeigt. Darin besteht auch der stärkste unmittelbare Impuls der Tagung. Die Tagung zeigte, dass die Forschung zur sprachlichen Konstituierung von Technikrisiken insbesondere durch eine gesteigerte Kooperation von Technik- und Wissenschaftssoziologie einerseits und Korpuslinguistik sowie Linguistischer Diskursanalyse andererseits eine Stärkung erhalten kann. Gerade die Verknüpfung von Diskursforschung und Hermeneutischer Wissenssoziologie in der WDA ist für die Zusammenarbeit mit SprachwissenschaftlerInnen fruchtbar. Methodisch hat sich darüber hinaus die Notwendigkeit gezeigt, qualitative und quantitative Analyseverfahren zu verschränken, was in mehreren Beiträgen zum Ausdruck kam. Über die Relevanz und Dringlichkeit von Untersuchungen zur sprachlichen Konstitutionen von Risiken bzw. Risikodiskursen bestand große Einigkeit; es müssen nun die geeigneten Methodenansätze gebündelt und geschaffen werden, wozu die Tagung einen ersten wichtigen Schritt unternommen hat.

Literatur

- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Egner, H./Pott, A. (2010): Geographische Risikoforschung. Zur Konstruktion verräumlichter Risiken und Sicherheiten. Stuttgart: Steiner.

Zeitschrift für Diskursforschung

☞ Empfehlen Sie Ihre Zeitschrift!

Als Dankeschön erhalten Sie für jeden Abonnenten ein Buch aus dem aktuellen Juventa-Programm im Wert von € 22,-.

Ich bestelle **Zeitschrift für Diskursforschung** zum Jahresbezugspreis von € 49,- zzgl. Versandkosten ab _____ für mindestens ein Jahr

Ich bestelle **Zeitschrift für Diskursforschung** als Studentenabo zum Jahresbezugspreis von € 35,- zzgl. Versandkosten ab _____ für mindestens ein Jahr

Meine Anschrift:

X

Datum/Unterschrift

Ich bin AbonnentIn von **Zeitschrift für Diskursforschung** und habe den neuen Abonnenten geworben. Bitte senden Sie mir als Dankeschön folgendes Buch (bis € 22,-):

Meine Anschrift/Kunden-Nr.:

X

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich kann diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen bei Beltz Medien-Service, Postfach 10 05 65, D-69445 Weinheim widerrufen. Rechtzeitige Absendung genügt zur Fristwahrung.

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Krotz, F. (2001): Die Mediatisierung kommunikativen Handelns. Der Wandel von Alltag und sozialen Beziehungen, Kultur und Gesellschaft durch die Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Krotz, F. (2007): Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS.

Luhmann, N. (1991): Soziologie des Risikos. Berlin und New York: de Gruyter.

Wehling, P. (2006): Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens. Konstanz: UVK.

Anschrift:

Janine Luth, M.A.

Europäisches Zentrum für

Sprachwissenschaften

Universität Heidelberg

Germanistisches Seminar

Hauptstraße 207-209

D-69117 Heidelberg

Janine.Luth@gs.uni-heidelberg.de

Reiner Keller, Rolf Parr

Publikationsreihen zur Diskursforschung im Überblick (Teil 1)

In der diskurstheoretischen bzw. diskursanalytischen (deutschen) Forschungslandschaft gibt es eine Reihe von Publikationsreihen, die meist an einzelnen Fächern oder Fächergruppen orientiert sind. Die Folge ist, dass diese Reihen und vor allem die Ergebnisse der in ihnen publizierten Bände wechselseitig nicht unbedingt wahrgenommen werden, obwohl ein Austausch über die Fächergrenzen hinweg sehr produktiv sein könnte. Als einen ersten Schritt in Richtung einer ›interdisziplinären Diskursforschung‹ stellen wir daher einige der aktuellen Publikationsreihen zur Diskursforschung dar, und zwar solche, die Diskurse im Sinne Michel Foucaults – mal mehr mal weniger explizit – als materielle Produktionsinstrumente auffassen, mit denen auf geregelte Weise soziale Gegenstände und die ihnen entsprechenden Subjektivitäten produziert werden.

Reihentitel	DISKURSIVITÄTEN. Literatur. Kultur. Medien
Verlag	Synchron Publishers, Heidelberg
Herausgeber	Prof. Dr. Klaus-Michael Bogdal (Universität Bielefeld) Prof. Dr. Alexander Honold (Universität Basel) Prof. Dr. Rolf Parr (Universität Duisburg-Essen)
Programm	In der Reihe finden Studien Platz, die auf herausragende Weise ihre jeweiligen Gegenstände mit Blick auf die sie umgebenden Wissensfelder, sozialen und ästhetischen Konstellationen hin befragen: sei es in Auseinandersetzung mit theoretischen Fragestellungen, sei es durch innovative Erschließung bisher unerforschter Diskurse, Systeme, Felder und Praktiken. Nicht allein welche ›Bedeutungen‹ kulturelle Texturen haben, wird dabei untersucht, sondern vor allem auch, wie diese zustande kommen und unter welchen medialen Bedingungen sie wirksam werden.
Besteht seit	2001

Erschienene Bände

Bd. 1: Gerhard, U./Link, J./Schulte-Holtey, E. (Hrsg.) (2001): Infografiken, Medien, Normalisierung. Zur Kartografie politisch-sozialer Landschaften.

Bd. 2: Manske, A. (2002): Political Correctness und Normalität.

Bd. 3: Link, J./Löhr, T./Neuendorff, H. (Hrsg.) (2003): Das ›Normale‹ im Diskursnetz soziologischer Begriffe.

Bd. 4: Lischeid, T. (2001): Symbolische Politik. Das Ereignis der NS-Bücherverbrennung 1933 im Kontext seiner Diskursgeschichte.

Bd. 5: Lösche, A./Schrage, D./Spreen, D./Stauff, M. (Hrsg.) (2001): Technologien als Diskurse. Konstruktionen von Wissen, Medien und Körpern.

Bd. 6: Gerhard, U./Grünzweig, W./Link, J./Parr, R. (Hrsg.) (2003): (Nicht) normale Fahrten. Faszinationen eines modernen Narrationstyps.

Bd. 7: Klawitter, A. (2003): Die »fiebernde Bibliothek«. Foucaults Sprachontologie und seine diskursanalytische Konzeption moderner Literatur.

Bd. 8: Siems, R. (2004): Die Autorschaft des Publizisten. Schreib- und Schweigeprozesse in den Texten Kurt Tucholskys.

Bd. 9: Schwarz, T. (2006): Robert Müllers Tropen. Ein Reiseführer in den imperialen Exotismus.

Bd. 10: Bogdal, K.-M./Geisenhanslüke, A. (Hrsg.) (2006): Die Abwesenheit des Werkes. Nach Foucault.

Bd. 11: Bogdal, K.-M. (1999): Historische Diskursanalyse der Literatur. 2., aktualisierte Aufl., 2008.

Bd. 12: Geisenhanslüke, A. (2008): Gegendiskurse. Literatur und Diskursanalyse bei Michel Foucault.

Bd. 13: Schmitt-Maaß, C. (2012): Das gefährdete Subjekt. Selbst- und Fremdforschung in gegenwärtiger Ethnopoese.

Bd. 14: Hnilica, I. (2012): Im Zauberkreis der großen Waage. Die Romantisierung des bürgerlichen Kaufmanns in Gustav Feytags »Soll und Haben«.

Bd. 15: Barbey, R./Tommek, H. (Hrsg.) (2012): Literatur und Anarchie. Das Streben nach Herrschaftsfreiheit in der europäischen Literatur vom 19. bis zum 21. Jahrhundert.

Bd. 16: Bogdal, K.-M./Tommek, H. (Hrsg.) (2012): Transformationen des literarischen Feldes in der Gegenwart. Sozialstruktur – Medien – Ökonomien – Autorpositionen.

Kontakt	info@synchron-publishers.com (Verlag) rolf.parr@uni-due.de (für die Herausgeber)
---------	---

Reihentitel	Sprache und Wissen
Verlag	De Gruyter
Herausgeber	Prof. Dr. Ekkehard Felder
Programm	Die Reihe Sprache und Wissen (SuW) ist eine Plattform für hochwertige Arbeiten zur germanistischen Linguistik mit interdisziplinärer Ausstrahlungskraft. Sie greift aktuelle Tendenzen der Wissensgesellschaft unter linguistischer Perspektive auf, um zu zeigen, wie gesellschaftliches und fachspezifisches Wissen durch Sprache erst entsteht und dadurch perspektiviert wird. Die sprachwissenschaftliche Betrachtung diskursiv geprägter Wissensformate soll auf neuartige Weise das Fach und die an Sprache interessierten Wissenschaften voranbringen. Die Reihe versammelt Arbeiten mit semantischen, pragmatischen und grammatischen Beschreibungsansätzen unter varietätenspezifischem sowie text- und diskurslinguistischem Erkenntnisinteresse.
Besteht seit	2007

Erschienene Bände

- Bd. 1: Domasch, S. (2007): Biomedizin als sprachliche Kontroverse. Die Thematisierung von Sprache im Öffentlichen Diskurs zur Gendiagnostik.
- Bd. 2: Ziem, A. (2008): Frames und sprachliches Wissen. Kognitive Aspekte der semantischen Kompetenz.
- Bd. 3: Felder, E./Müller, M. (Hrsg.) (2009): Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Netzwerkes »Sprache durch Wissen«.
- Bd. 4: Bubenhofer, N. (2009): Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse.
- Bd. 5: Radeiski, B. (2011): Seuchen, Ängste und Diskurse. Massenkommunikation als diskursives Rollenspiel.
- Bd. 6: Kämper, H./Scharloth, J./Wengeler, M. (Hrsg.) (2012): 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz.
- Bd. 7: Spieß, C. (2011): Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte.
- Bd. 8: Li, J. (2011): »Recht ist Streit«. Eine rechtslinguistische Analyse des Sprachverhaltens in der deutschen Rechtsprechung.
- Bd. 9: Vogel, F. (2012): Linguistik rechtlicher Normgenese. Theorie der Rechtsnormdiskursivität am Beispiel der Online-Durchsuchung.
- Bd. 10: Müller, M./Kluwe, S. (2012): Identitätswürfe in der Kunstkommunikation. Studien zur Praxis der sprachlichen und multimodalen Positionierung im Interaktionsraum ›Kunst‹.
- Bd. 11: Bücken, J. (2012): Sprachhandeln und Sprachwissen. Grammatische Konstruktionen im Spannungsfeld von Interaktion und Kognition.
- Bd. 12: Felfe, M. (2012): Das System der Partikelverben mit »an«. Eine konstruktionsgrammatische Untersuchung.
- Bd. 13: Felder, E. (2013): Faktizitätsherstellung in Diskursen. Die Macht des Deklarativen.
- Bd. 14: Kalwa, N. (2013): Das Konzept »Islam«. Eine diskurslinguistische Untersuchung.
- Bd. 15: Lasch, A./Ziem, A. (Hrsg.) (2014): Grammatik als Netzwerk von Konstruktionen. Sprachwissen im Dokus der Konstruktionsgrammatik.
- Bd. 16: Spranz-Fogasy, T. (2014): Die allmähliche Verfertigung der Diagnose im Reden. Prädiagnostische Mitteilungen im Gespräch zwischen Arzt und Patient.

Kontakt

<http://www.degruyter.com/view/serial/22318>

Reihentitel	Theorie und Praxis der Diskursforschung
Verlag	Springer
Herausgeber	Prof. Dr. Reiner Keller (Universität Augsburg)
Programm	Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum quer durch die verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen eine lebendige Szene der diskurstheoretisch begründeten empirischen Diskurs- und Dispositivforschung entwickelt. Vor diesem Hintergrund zielt die interdisziplinär angelegte Reihe durch die Veröffentlichung von Studien und Diskussionsbeiträgen auf eine weitere Profilschärfung der Diskursforschung. Die aufgenommenen und aufzunehmenden Veröffentlichungen sind im gesamten Spektrum sozialwissenschaftlicher Diskursforschung und angrenzenden Disziplinen verortet. Die einzelnen Bände beschäftigen sich mit theoretischen und methodologischen Grundlagen, methodischen Umsetzungen und empirischen Ergebnissen der Diskurs- und Dispositivforschung. Zudem kommt deren Verhältnis zu anderen Theorieprogrammen und Vorgehensweisen in den Blick. Veröffentlicht werden sowohl empirische Studien wie theoretisch oder methodologisch ausgerichtete Monographien wie auch Diskussionsbände zu spezifischen Themen.
Besteht seit	2008

Erschienenene Bände

Bd. 1: Truschkat, I. (2008): Kompetenzdiskurs und Bewerbungsgespräche. Eine Dispositivanalyse (neuer) Rationalität sozialer Differenzierung.

Bd. 2: Jäckle, M. (2009): Schule M(m)acht Geschlechter. Eine Auseinandersetzung mit Schule und Geschlecht unter diskurstheoretischer Perspektive.

Bd. 3: Waldschmidt, A./Klein, A./Tamayo, M. (2009): Das Wissen der Leute. Bioethik, Alltag und Macht im Internet.

Bd. 4: Keller, R. (2009): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich.

Bd. 5: Diaz-Bone, R. (2010): Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der Bourdieuschen Distinktionstheorie.

Bd. 6: Zimmermann, C. (2010): Familie als Konfliktfeld im amerikanischen Kulturkampf. Eine Diskursanalyse.

Bd. 7: Kunstmann, A.-C. (2010): Familiäre Verbundenheit und Gerechtigkeit. Fehlende Perspektiven auf die Pflege von Angehörigen – Eine Diskursanalyse.

Bd. 8: Wundrak, R. (2010): Die chinesische Community in Bukarest. Eine rekonstruktive, diskursanalytische Fallstudie über Immigration und Transnationalismus.

Bd. 9: Smykalla, S. (2010): Die Bildung der Differenz. Weiterbildung und Beratung im Kontext von Gender Mainstreaming.

Bd. 10: Wagenknecht, A. (2010): Das Automobil als konstruktive Metapher. Eine Diskursanalyse zur Rolle des Autos in der Filmtheorie.

Bd. 11: Brunner, C. (2011): Wissenobjekt Selbstmordattentat. Epistemische Gewalt und okzidentalistische Selbstvergewisserung in der Terrorismusforschung.

- Bd. 12:* Renout, G. (2012): Wissen in Arbeit und in Bewegung. Aktuelle Strategien von »LebenskünstlerInnen« in Kreativarbeit und zeitgenössischem Tanz.
- Bd. 13:* Dreeser, P./Kumiega, L./Spieß, C. (Hrsg.) (2012): Mediendiskursanalyse. Diskurse – Dispositive – Medien – Macht.
- Bd. 14:* Arnold, A./Dressel, G./Viehöver, W. (Hrsg.) (2012): Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung von narrativer Diskurse.
- Bd. 15:* Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.) (2013): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven.
- Bd. 16:* Elliker, F. (2013): Demokratie in Grenzen. Zur diskursiven Strukturierung gesellschaftlicher Zugehörigkeit.
- Bd. 17:* Freitag, B. (2013): Die Grüne-Gentechnik-Debatte. Der Einfluss von Sprache auf die Herstellung von Wissen.
- Bd. 18:* Garling, S. (2013): Vom Störfaktor zum Operator. Religion in der Entwicklungszusammenarbeit.
- Bd. 19:* Kaufmann, M. (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Harz-Reformen.
- Bd. 20:* Caborn Wengler, J./Hoffarth, B./Kumiega, L. (Hrsg.) (2013): Verortungen des Dispositiv-Begriffs. Analytische Einsätze zu Raum, Bildung, Politik.
- Bd. 21:* Pohn-Weidinger, M. (2014): Heroisierte Opfer. Bearbeitungs- und Handlungsstrukturen von »Trümmerfrauen« in Wien.
- Bd. 22:* Kuhn, O. E. (2014): Alltagswissen in der Krise. Über die Zurechnung der Verantwortung für die Finanzkrise.
- Bd. 23:* Biermann, A. (2014): Das diskursive Verschwinden der Religionsfreiheit. Der Moscheebau zu Köln-Erhenfeld im Spiegel der politischen Kultur.
- Bd. 24:* Christmann, G. B. (Hrsg.) (2015, in Vorbereitung): Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen. Theoretische Konzepte und empirische Analysen.
- Weitere Bände ebenfalls in Vorbereitung.

Kontakt

www.springer.com

Reihentitel	Interdisziplinäre Diskursforschung
Verlag	Springer
Herausgeber	Prof. Dr. Reiner Keller (Universität Augsburg) Prof. Dr. Achim Landwehr (Universität Mainz) Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert (Universität Koblenz Landau) Prof. D. Martin Nonhoff (Universität Bremen)
Programm	Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum in den Geschichts-, Sprach- und Politikwissenschaften, in der Soziologie und in angrenzenden Disziplinen eine lebendige und vielfach vernetzte Szene der diskurstheoretisch begründeten empirischen Diskurs- und Dispositivforschung entwickelt. Die Reihe trägt dieser neuen interdisziplinären Aufmerksamkeit Rechnung. Sie bietet ein disziplinenübergreifendes Forum für die Entwicklung der Diskurstheorien sowie der empirischen Diskurs- und Dispositivforschung und stärkt dadurch deren Institutionalisierung. Veröffentlicht werden: <ul style="list-style-type: none"> • thematisch zusammenhängende inter- und transdisziplinäre Bände, die sich mit ausgewählten Theorien, Methodologien und Themen der Diskurstheorie sowie der empirischen Diskurs- und Dispositivforschung beschäftigen; • disziplinspezifische Monographien und Diskussionsbeiträge, die theoretische, methodologische und methodische Reflexionen sowie Forschungsergebnisse aus einzelnen Disziplinen bündeln; und • herausragende Theorie- und Forschungsmonographien.
Besteht seit	2009
Erschienenen Bände	
<i>Bd. 1:</i> Diaz-Bone, R./Krell, G. (Hrsg.) (2009): Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen.	
<i>Bd. 2:</i> Landwehr, A. (Hrsg.) (2010): Diskursiver Wandel.	
<i>Bd. 3:</i> Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.) (2010): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursforschung. Band 2: Forschungspraxis. 4., erweiterte Auflage.	
<i>Bd. 4:</i> Keller, R. (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Auflage.	
<i>Bd. 5:</i> Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.) (2011): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 3., erweiterte Auflage.	
<i>Bd. 6:</i> Keller, R./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.) (2012): Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung.	
<i>Bd. 7:</i> Clarke, A. (2012): Situationsanalyse. Grounded Theorie nach dem Postmodernen Turn. Hrsg. und eingeleitet von R. Keller.	
<i>Bd. 8:</i> Viehöver, W./Keller, R./Schneider, W. (Hrsg.) (2013): Diskurs – Sprache – Wissen. Interdisziplinäre Beiträge zum Verständnis von Sprache und Wissen in der Diskursforschung.	
<i>Bd. 9:</i> Busse, D./Teubert, W. (Hrsg.) (2013): Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven.	
<i>Bd. 10:</i> Langer, A./ Nonhoff, M./Reisigl, M. (Hrsg.) (2014, in Vorbereitung): Diskursanalyse und Kritik.	
<i>Bd. 11:</i> Fegter, S./Kessl, F./Langer, A./Ott, M./Rothe, D./Wrana, D. (Hrsg.) (2014, in Vorbereitung): Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen. Weitere Bände ebenfalls in Vorbereitung.	
Kontakt	www.springer.com

Obituary/Nachruf, Univ.-Prof. Dr. Herbert Gottweis

(February 8, 1958 – March 31, 2014)

On March 31, Herbert Gottweis, Professor in the Department of Political Science of the University of Vienna and Chair of the Life-Science-Governance Research Platform at the same university, sadly passed away. His death is a significant loss for his family, his friends, his collaborators and colleagues at the University of Vienna, and the international community.

Born in Vienna in 1958, Herbert Gottweis studied Political Science at the University of Vienna. He graduated in 1984 with a dissertation on the »World of Law Making« in Austria, which was published in 1987. In 1984, Herbert moved to the University of Salzburg, where he held the position of University Assistant until 1997. He took leave from that position to spend several years in the United States. On an Erwin Schrödinger Fellowship of the Austrian Science Fund (1989-1990), he was at the Center for European Studies at Harvard University, in Cambridge, Massachusetts, and subsequently joined the Program in Science, Technology, and Society at MIT, also in Cambridge, as an Andrew Mellon Foundational Fellow (1992-1993). He was then Assistant Professor in the Department of Science and Technology Studies at Cornell University, in Ithaca, New York (1993-1995). In those »American« years at Cornell and in Cambridge, he developed an interest in the research field – biotechnology and biomedicine – that would cut across two decades of his career. He also encountered new fields of inquiry, the already fairly established Science and Technology Studies, and the field of Critical or Interpretive Policy Analysis, which was only just emerging. Herbert was deeply influenced by both fields and by their major tenets – he combined an interest in science and technology with an interest in the ways in which power operates through discourses, narratives, and rhetoric. He also helped to institutionalize the field of Interpretive Policy Analysis. Yet he did not choose just one of these fields over the others. Instead, he chose to work in all them at once, without ever becoming territorial about any of them.

In 1995, at the age of 37, he returned to Austria. Although Herbert had encountered in the United States many of those elements that would define his professional identity in the upcoming years, the years in Austria after 1995 helped to crystalize his professional and personal identity.

First, in the first few years after his return, he wrote his second book, which was approved as his »habilitation« in 1997 and published by MIT Press the following year. *Governing Molecules* was pioneering at least from two perspectives—for the object with which this engaged and for the way in which this research object was explored. The book covered the politics of biotechnology, which at the time was virtually unexplored within

the Political Science field. The book was also pioneering for the way in which Herbert engaged with the politics of biotechnology. He developed and used what he called a »post-structuralist« approach, combining a Foucaultian interest in power with narrative analysis, using this approach to make sense of the politics of biotechnology in different countries, at once uncovering and explaining these differences. When I met him as a student at the Department of Political Science at the University of Vienna in 2004, he invited students to pay attention to the politics of meaning and to the ways in which phenomena started or were made to »signify.« One of his favorite questions was how a particular phenomenon was embedded in the »discursive economy« of a country.

Moreover, second, in the mid-1990s he met Ursula, who would become his wife. Over the coming years his wife Ursula and their three children, Theresa, Raphael and Clara, provided him with the emotional and personal stability that allowed him to venture into post-structuralist inquiries and to maneuver with ease in the academic world, which was then about to transform rapidly. Herbert did not see transformations – such as an increasing internationalization of universities, the emergence of mode-two science, and the related, ever-increasing importance of third-party-funding – as threats. Rather, he approached them as opportunities to be seized, inviting others – especially his junior fellows – to follow his example.

In 1998, at the age of forty, he was appointed Professor of Comparative Politics at the Department of Political Science at the University of Vienna. Herbert turned to third-party funding to build his research group, establishing first an informal group called »Transformations in Public Policy«, then joining forces with colleagues from the life sciences to found the interdisciplinary »Life-Science-Governance Research Platform«, a platform that he chaired until his death. From a distance he seemed to be a hierarchical person – one of the first conversations that I had with him was about the dress code at workshops. But in steering his group, he was anti-hierarchical, always encouraging members to articulate ideas regardless of their title or positions. He also strongly believed in and indeed modeled supporting people, giving them the space to develop their own intellectual ideas, not only allowing but at times also encouraging them to disagree with him.

Herbert was awarded several grants in the ELSA program of the Austrian Genome Program and participated in several consortia of the Sixth and Seventh Framework Program. Perhaps it is fair to separate these projects into two parts – a first part in which he studied the governance of the life sciences as well as the governance through the life science from an often critical distance, and a second part in which he began to engage with the life sciences and life scientists, often joining interdisciplinary projects in which he and his collaborators assumed responsibility for the ethical part in an otherwise predominantly scientific project consortium. He often led focus group research in order to develop an understanding of what publics thought about particular issues. This second part was also influenced by another position that he held from 2005 on, when he was the Vice-Chair of the Austrian Science Fund, which gave him responsibility for the social sciences and humanities in Austria. He held a clear vision of how the social sciences should work, often advocating for those ideas in which he believed strongly.

Tragically, his research topics became very personal in the last two years of his life. In spring 2012, he was diagnosed with an aggressive cancer. Consistent with the spirit he demonstrated in much of his professional life, he framed this new turn not as a fact of destiny but as a challenge to be fought. He modified his work schedule, traveled less than in previous years, and began a book manuscript with the working title »The Politics of Undecidability: Life, Death and Democracy.« He died on March 31, at the age of 57. He left so much to his collaborators and to the international research community, which makes this loss difficult to grasp.

Ingrid Metzler

Life-Science-Governance Research Platform, Department of Political Science, University of Vienna

I am grateful to my colleagues Christian Haddad, Walburg Steurer, Ursula Naue and Johannes Starkbaum for their helpful comments and to Deborah Oliver for editing.

Zeitschrift für Diskursforschung

ZfD



Die Zeitschrift für Diskursforschung ist die erste Fachzeitschrift, die der anhaltenden Konjunktur von sozialwissenschaftlicher Diskursforschung im deutschsprachigen Raum Rechnung trägt. Als interdisziplinäres Forum für discourse studies wird sie theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge aus den Sozialwissenschaften und angrenzenden Disziplinen veröffentlichen.

Herausgeber: Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

Beirat: Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

Redaktion: Dr. Saša Bosančić, Matthias Sebastian Klaes, M.A., Universität Augsburg, Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Keller), Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg, E-Mail: zfd@phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821/598-4071, www.uni-augsburg.de/zfd

ZfD – Regeln für die Einreichung der Manuskripte: Die ZfD unterliegt einem doppelten anonymen peer-review-Verfahren. Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden und sollten einen Gesamtumfang von 60000 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Jedem Artikel ist ein Abstract sowohl in deutscher und englischer Sprache (inklusive der Übersetzung des Titels) im Umfang von 600-800 Zeichen beizufügen sowie 6-8 Keywords in beiden Sprachen. Das Manuskript ist anonymisiert und entsprechend der formalstilistischen Hinweise der ZfD einzureichen. Alle Regeln zur Einreichung der Manuskripte finden Sie auf der Homepage www.uni-augsburg.de/zfd

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, 69441 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-386, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement: Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-330, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: medienservice@beltz.de

Einzelheftbestellungen: Beltz Medien-Service bei Rhenus, D-86895 Landsberg, Tel.: 0 81 91/9 70 00-622, Fax: 0 81 91/9 70 00-405, E-Mail: bestellung@beltz.de

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement Euro 49,00, Studierende mit Studiennachweis Euro 35,00 Einzelheft Euro 29,95, jeweils zzgl. Versand. Der Gesamtbezugspreis (Abonnement zzgl. Versandkosten) ist preisgebunden. Jahresabonnement (3 Hefte). Das Kennenlernabo umfasst 2 Hefte zum Preis von Euro 29,95 inkl. Versand. Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabbonnementsende.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Jahresregister 2013 der Zeitschrift für Diskursforschung finden Sie als kostenlosen Download unter <http://www.beltz.de/de/beltz-juventa/zeitschriften.html>

Printed in Germany

ISSN 2195-867X



Claus Tully

Schattenspiele – Technik formt Alltag

Zukünfte, 2014, 258 Seiten, broschiert, € 24,95 (44-2372)

Ohne technische Vernetzung würde der moderne Alltag nicht funktionieren. Die Sensibilität für die sozialen Folgen der Technik, z.B. ihre kontrollierende und einschränkende Funktion, geht in dem Maße zurück, indem die Technik zur Basis sozialen Alltags geworden ist. Das Buch widmet sich diesem Phänomen der Gegenwart.



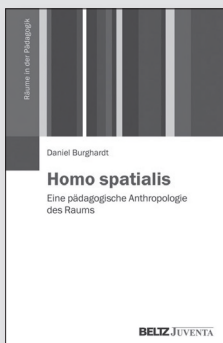
Jürgen Howaldt / Ralf Kopp / Michael Schwarz

Zur Theorie sozialer Innovationen

Tardes vernachlässigter Beitrag zur Entwicklung einer soziologischen Innovationstheorie

Edition Soziologie, 2014, 116 Seiten, broschiert
€ 16,95 (44-2727)

Mit Rückgriff auf die Sozialtheorie von Gabriel Tarde lässt sich zeigen, dass und wie soziale Innovationen soziale Praktiken verändern und damit der zentrale Mechanismus sozialen Wandels sind. Daraus ergeben sich neue Anforderungen für die Soziologie, die soziale Praxis und für die Politik.



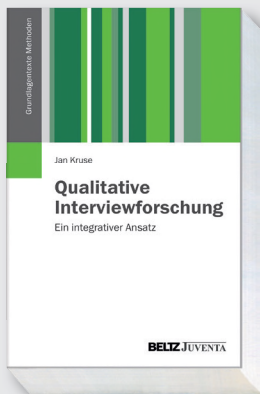
Daniel Burghardt

Homo spatialis

Eine pädagogische Anthropologie des Raums

Räume in der Pädagogik, 2014, 240 Seiten, broschiert
€ 34,95 (44-3021)

Mit dem spatial turn in den Geistes- und Sozialwissenschaften, ist der Raumbegriff wieder ins Zentrum pädagogischer und anthropologischer Forschung gerückt. Das Buch entfaltet anhand maßgeblicher Raumdiskurse des 20. Jahrhunderts aus Entwicklungspsychologie, Phänomenologie und den Kulturwissenschaften eine grundlagentheoretische Diskursanalyse zur pädagogischen Anthropologie.



Jan Kruse

Qualitative Interviewforschung

Ein integrativer Ansatz

Grundlagentexte Methoden, 2014, 712 Seiten, broschiert, € 34,95 (44-2901)

In dem Methodenbuch wird forschungsphasenorientiert sowohl methodologisch umfassend als auch praxisnah in die zentralen Aspekte qualitativer Interviewforschung eingeführt und dabei ein integrativer Ansatz verfolgt, der in den verschiedenen Forschungsphasen und -dimensionen ein zentrales Ziel versucht nicht aus den Augen zu verlieren: die Offenheit gegenüber den Forschungsgegenständen und den Forschungsprozessen vor dem Hintergrund der methodischen Herausforderungen und Problemen qualitativer Sozial-/Interviewforschung.



Brigitte Aulenbacher / Maria Dammayr (Hrsg.)

Für sich und andere sorgen

Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft

Arbeitsgesellschaft im Wandel

2014, 256 Seiten, broschiert, € 29,95 (44-3042)

Das Buch befasst sich mit Blick auf die Krise und Zukunft von Care mit der Selbst- und Fürsorge als modernem Konzept, mit Care, Demokratie und Ökonomie, Ethik und Ökonomie, Gleichheit und Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Migration und Haushaltsarbeit, privater und professioneller Sorgearbeit, Arbeitsbedingungen im Care-Sektor.



Michael Beetz / Michael Corsten / Hartmut Rosa / Torsten Winkler

Was bewegt Deutschland?

Sozialmoralische Landkarten engagierter und distanzierter Bürger in Ost- und Westdeutschland

2014, 394 Seiten, broschiert, € 29,95 (44-2920)

Was Deutschland bewegt, das sind Krisen und Innovationen, das sind Wirtschaftsentwicklungen und Regierungsprogramme, und das sind Medienevents und Katastrophen. Was aber treibt uns Deutsche wirklich an? Wie reagieren wir auf sozialen Wandel? Was tut sich in Ost und West? Diese Studie beschreitet neue Wege und vergleicht die Lebensansichten engagierter und disengagierter Bürger in Deutschland.